

Budgetbericht 2006

Bericht der Bundesregierung



bfg

stellenplan

budgetbericht

erläuterungen

beilagen

Budgetbericht 2006

Bericht der Bundesregierung gemäß § 13 BHG
mit dem Teil des Arbeitsbefehles zum BFG 2006
gemäß § 34 Abs. 3 Z 1 bis 3 BHG



BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

Vorwort

Das Bundeshaushaltsgesetz verpflichtet in § 13 die Bundesregierung, einen Bericht über Lage, Rahmenbedingungen und Entwicklung des Bundeshaushaltes sowie der außerbudgetären Finanzierungsvorhaben zu verfassen. Er hat insbesondere über die Erfüllung des Budgetprogrammes Aufschluss zu geben.

Der Budgetbericht wird vom BMF erstellt, der diesen der Bundesregierung gemeinsam mit dem Entwurf des Bundesfinanzgesetzes vorlegt. Die haushaltsleitenden Organe haben die für die Erstellung des Budgetberichts betreffenden Unterlagen aus ihrem Aufgabenbereich dem Bundesminister für Finanzen zur Verfügung zu stellen. Informationen über den Gesamthaushalt, über das öffentliche Defizit und die Verschuldung nach Maastricht-Kriterien, über die wirtschaftliche Lage und voraussichtliche Entwicklung (§ 34 Abs. 3 Z 1 bis 3 BHG) sind im Budgetbericht enthalten.

Der Budgetbericht wird gleichzeitig mit dem Entwurf des Bundesfinanzgesetzes und des Stellenplans nach der Beschlussfassung durch den Ministerrat dem Parlament übermittelt.

Inhalt

1. Bundesvoranschlag-Entwurf 2006 im Überblick	4
2. Budgetpolitische Ausrichtung	7
3. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	11
4. Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen des Bundeshaushaltes	13
4.1 Bundesvoranschlag-Entwurf 2006	13
4.2 Budget 2005	25
4.3 Budget 2004 – Vorläufiger Erfolg	27
5. Budgetpolitische Schwerpunkte	37
5.1 Personalausgaben	37
5.2 Pensionsharmonisierung 2004	38
5.3 Förderausgaben	40
5.4 Öffentliche Abgaben – Zweite Etappe der Steuerreform 2004/2005	43
5.5 Verwaltungsreform	46
5.6 Finanzausgleich	48
5.7 Privatisierungen	51
6. Ausgliederungen des Bundes	53
7. Finanzbeziehungen zu anderen öffentlichen Haushalten	58
7.1 Transferzahlungen des Bundes an Länder und Gemeinden	58
7.2 Transferzahlungen des Bundes an die Sozialversicherung	58
7.3 EU-Beiträge und Rückflüsse	61
8. Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen des Gesamtstaates	63
9. Außerbudgetäre Finanzierungen	67
Anhang: Übersichten	71

1. Bundesvoranschlag-Entwurf 2006 im Überblick

Dem Bundesvoranschlag-Entwurf (BVA-E) für 2006 liegt die Zielsetzung zu Grunde, das Maastricht-Defizit des Bundes entsprechend dem neuen Österreichischen Stabilitätspakt auf 2,2% des BIP zu senken und die Ausgaben- und Einnahmenquote weiter zu verringern. Das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit soll 2006 auf 1,7% des BIP zurückgehen und bis 2008 soll wieder ein ausgeglichener gesamtstaatlicher Haushalt erreicht werden.

Günstige gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen erleichtern die Erreichung dieser Zielsetzung. Allerdings sind mit der zweiten Etappe der Steuerreform 2004/2005, die am 1. Jänner 2005 in Kraft trat, erhebliche Steuer-senkungen verbunden. Die zwei Etappen der Steuerreform 2004/2005 bringen zusammen ein Entlastungsvolumen von mehr als 3 Mrd. €, wovon zwei Drittel den Bundeshaushalt betreffen. Es war daher äußerste Ausgabendisziplin und eine Steigerung der Effizienz des öffentlichen Mitteleinsatzes erforderlich.

Die Eckdaten für den BVA-E 2006 wurden bereits im Oktober vorigen Jahres im Ministerrat beschlossen. Diese wurden an die Veränderungen bei der Konjunkturerwicklung und an die im vergangenen Herbst vom Parlament beschlossenen Reformen und Abänderungen im Budgetbegleitgesetz 2005 angepasst.

Der nun von der Bundesregierung vorgelegte BVA-E 2006 sieht im allgemeinen Haushalt Gesamtausgaben von rd. 66,2 Mrd. € und Gesamteinnahmen von rd. 60,4 Mrd. € vor. Der administrative Abgang beträgt somit rd. 5,8 Mrd. € oder rd. 2,3% des BIP. Gegenüber dem BVA 2005 bedeutet dies einen Anstieg von 0,3 Mrd. €. In der budgetpolitisch bedeutsameren Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Maastricht) geht das Maastricht-Defizit des Bundes aber von 2,4% im Jahre 2005 auf 2,2% im Jahre 2006 zurück (siehe Tabelle 1). Der Ausgleichshaushalt sieht 2006 Ausgaben von 50,1 Mrd. € und Einnahmen von 55,9 Mrd. € vor. Der Überschuss von 5,8 Mrd. € entspricht wieder dem Abgang im allgemeinen Haushalt (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1 Eckwerte des Bundesvoranschlags-Entwurfs 2006

in Mio. €

	2004 Vorl. Erfolg	2005 BVA	2006 BVA-E
Allgemeiner Haushalt			
Ausgaben	64.977,0	64.419,8	66.160,8
Einnahmen	60.346,9	58.969,1	60.351,2
Abgang	4.630,1	5.450,6	5.809,6
Ausgleichshaushalt			
Ausgaben	30.226,1	49.104,3	50.100,6
Einnahmen	34.856,2	54.555,0	55.910,2
Überschuss	4.630,1	5.450,6	5.809,6
in % des BIP			
Administrativer Abgang ¹	2,0	2,2	2,3
Maastricht-Defizit des Bundes ¹	1,7	2,4	2,2
Maastricht-Defizit des Staates ²	1,3	1,9	1,7
Öffentliche Verschuldung ²	64,0	63,3	62,8

¹2005: Werte im Zeitpunkt der Erstellung des BVA 2005

²2004: Prognosewerte des BMF (Stand Februar 2005)

Die Gesamtausgaben steigen gegenüber dem BVA 2005 um 2,7%. Dieser Anstieg ist deutlich geringer als das nominelle Wirtschaftswachstum (3,9%). Damit sinkt die Ausgabenquote des Bundeshaushaltes von 26,3% (2005) auf 26,0% (2006) des BIP.

Die Verringerung der Ausgabenquote im Bundeshaushalt 2006 war durch eine sehr zurückhaltende Ausgabengestaltung möglich. Dazu gehören eine weitere Kostenbegrenzung im Personalbereich sowie äußerste Zurückhaltung bei den Ermessensausgaben und bei der Übernahme neuer Verpflichtungen. Ein wichtiger Beitrag zur Dämpfung der Ausgabendynamik geht auch von den in den Vorjahren gesetzten Maßnahmen aus, deren Wirkung sich längerfristig aufbaut. Wesentliche Einsparungen werden durch die Verwaltungsreform erreicht. Die Zahl der Planstellen (ohne Annex) geht gegenüber dem Stellenplan 2005 um rd. 2.500 Posten zurück. Durch die Pensionsversicherungsreform 2003 wurde der Anstieg des Bundesbeitrages zur gesetzlichen Pensionsversicherung abgeschwächt. Bei den Transferzahlungen an private Haushalte und Unternehmungen ist insgesamt eine Stabilisierung gegenüber 2005 vorgesehen.

Daneben werden im Budget 2006 Schwerpunkte in folgenden Bereichen gesetzt:

- Für die EU-Präsidentschaft, die Österreich im ersten halben Jahr 2006 innehat, werden 25 Mio. € zur Verfügung gestellt.
- Für die Fu.E-Offensive II stehen 220 Mio. € zur Verfügung, um 20 Mio. € mehr als im BVA 2005.
- Die Ausgaben für Umweltschutz (Kapitel 61) steigen um 6,6%. Die Mittel für das Kyoto-Umweltschutzprogramm werden gegenüber 2005 um 30 Mio. € aufgestockt, sodass hierfür 2006 zusätzlich 90 Mio. € zur Verfügung stehen.
- Im Kapitel 12 Bildung und Kultur steigen die veranschlagten Ausgaben gegenüber dem BVA 2005 um 62 Mio. €.
- Die Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz (im Kapitel 15) steigen um 12,6 Mio. €.
- Für die Flutkatastrophenhilfe in Südasien werden vom Bund gesonderte Mittel zur Verfügung gestellt. Zur künftigen Vorbeugung soll ein eigener internationaler Katastrophenfonds eingerichtet werden, welcher mit bis zu 100 Mio. € dotiert werden soll.

Die Einnahmen steigen mit 2,3% weniger stark als das BIP, sodass sich die Einnahmenquote des Bundeshaus-

haltes von 24,1% (2005) auf 23,7% (2006) des BIP verringert.

Die öffentlichen Abgaben (Kapitel 52) steigen brutto nur um 3,6%, netto um 3,8%, und damit weniger stark als es dem nominellen Wirtschaftswachstum entsprechen würde. Dies ist Resultat der Auswirkungen der zweiten Etappe der Steuerreform, die eine deutliche Senkung der Lohn- und Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer bringt und 2006 zu Mindereinnahmen führen wird. Andererseits ist zu berücksichtigen, dass die Investitionszuwachsprämie 2006 ausläuft.

Auch die Einnahmen aus Dividenden gehen verglichen mit dem BVA 2005 zurück. So ist der OeNB-Gewinnanteil 2006 mit rd. 212 Mio. € budgetiert; 2005 sind es 261 Mio. €. Die Dividendenzahlungen der ÖIAG sinken von 250 Mio. € (2005) auf 200 Mio. € im Jahr 2006 und die Erlöse aus Kapitalbeteiligungen gehen von rd. 377 Mio. € (2005) auf 20 Mio. € zurück.

Die Ausgaben im Ausgleichshaushalt setzen sich aus Tilgungen von Finanzschulden (21,9 Mrd. €), aus Rückzahlungen von kurzfristigen Verpflichtungen (26,0 Mrd. €) und Tilgungen im Zusammenhang mit Währungstauschverträgen (2,2 Mrd. €) zusammen. Die Einnahmen umfassen Kreditaufnahmen zur Finanzierung des Abgangs und der Tilgung von Finanzschulden (28,2 Mrd. €), die Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen (26,0 Mrd. €) sowie Einnahmen im Zusammenhang mit den Währungstauschverträgen (1,7 Mrd. €).

Die Finanzschulden des Bundes unter Berücksichtigung der Schulden und Forderungen aus Währungstauschverträgen werden Ende 2006 voraussichtlich 156,3 Mrd. € betragen.

Das erwartete gesamtstaatliche Maastricht-Defizit beträgt 2006 1,7% des BIP nach 1,9% im Jahr 2005. Dabei entfallen 2,2% auf den Bundessektor. Die Länder und Gemeinden sollen gemäß dem Österreichischen Stabilitäts-pakt einen Überschuss von 0,6% erreichen. Für die gesetzlichen Sozialversicherungsträger wird ein Abgang von rd. 0,1% des BIP erwartet.

Die Staatsschuldenquote ist weiterhin sinkend. 2004 betrug sie 64,0% des BIP. Für 2005 wird eine Staatsschuldenquote von 63,3% erwartet. 2006 soll sie weiter auf 62,8% sinken.

Im Vergleich mit den anderen EU-Staaten nimmt Österreich gemäß der aktuellen Herbstprognose der Europäischen Kommission für die Jahre 2005 und 2006 sowohl bei der Defizitquote als auch bei der Verschuldungsquote eine überdurchschnittlich gute Position ein. Im Euroraum beträgt das öffentliche Defizit 2006 2,5% des BIP. Die öffentliche Schuldenquote nimmt im Euroraum tendenziell zu und wird 2006 mit 70,9% prognostiziert, während die öffentliche Schuldenquote in Österreich deutlich abnimmt.

Infolge der Steuerreform 2004/2005 geht auch die gesamtstaatliche Steuer- und Abgabenquote zurück. Im Jahr 2003 betrug sie noch 43,1% des BIP. 2004 ist sie nach internen Berechnungen des Bundesministeriums für Finanzen auf 42,7% zurückgegangen. 2005 soll sie weiter auf 41,5% zurückgehen. Für 2006 wird eine Steuer- und Abgabenquote von 40,7% erwartet.

2. Budgetpolitische Ausrichtung

Die österreichische Bundesregierung hat in den letzten Jahren eine Budget- und Wirtschaftspolitik der Reformen eingeleitet, die in eine stabilitätsorientierte, makroökonomische Politik eingebettet ist und auf folgenden drei miteinander verbundenen Säulen beruht:

- einem ausgeglichenen Budget über den Konjunkturzyklus,
- einer mittelfristigen Senkung der Steuer- und Abgabenquote auf 40%, d. h. auf den EU-Durchschnitt und
- einer Wachstums- und Beschäftigungspolitik durch Strukturreformen.

Das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes über den Konjunkturzyklus ist kein Selbstzweck. Viele internationale Vergleiche zeigen, dass eine solide Budgetgestaltung mittel- und langfristig zu höherem Wachstum und höherer Beschäftigung führt. Staaten mit hohen Defiziten und daher hohen Schuldenständen sind mit einer Reihe von strukturellen Problemen konfrontiert: Eine dauerhafte Defizitpolitik bedeutet, dass auf Kosten der Zukunft und der künftigen Generationen konsumiert wird. Durch dauerhafte Defizite wird die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes behindert. Der durch hohe Schulden bedingte Zinsendienst entzieht einer Volkswirtschaft Ressourcen, die produktiver eingesetzt werden können. Diese Aufwendungen sind vergangenheitsbezogen. Es muss aber die Aufgabe der Budgetpolitik sein, die Ausgabenstruktur auf zukunftsbezogene Aufwendungen zu verlagern, um der jungen Generation Chancen zu eröffnen. Die Bedienung hoher Schulden wiederum geht in der Regel Hand in Hand mit einer hohen Steuerbelastung, was die Wachstumsdynamik einer Volkswirtschaft negativ beeinflusst.

Aus all diesen Gründen hat die Bundesregierung gemeinsam mit den Finanzausgleichspartnern beschlossen, nach dem kurzfristigen Anstieg des Defizits im Jahr 2005 in Folge der Steuerreform 2004/2005 im Jahr 2008 wieder ein ausgeglichenes gesamtstaatliches Budget zu erreichen.

Eine Wirtschaft kann nur dann ihr Potenzial zur Gänze entfalten, wenn die Leistungs- und Risikobereitschaft der Unternehmer nicht zu sehr mit Zwangsabgaben belastet wird und wenn die Menschen nicht durch zu hohe Ab-

gaben in ihrer wirtschaftlichen Aktivität gebremst werden oder diese aus steuerlichen Gründen ins Ausland verlagern. Österreich hatte im EU-Vergleich eine der höchsten Abgabenquoten. Die Bundesregierung hat sich daher zum Ziel gesetzt, sie bis zum Jahr 2010 auf 40% des BIP zu senken. Mit der Steuerreform 2004/2005 in der Höhe von mehr als 3 Mrd. €, den beiden Konjunkturpaketen, dem Wachstums- und Standortpaket und einer Lohnnebenkostensenkung von rd. 650 Mio. € seit dem Jahr 2000 hat die Bundesregierung die größte steuerliche Entlastungsoffensive eingeleitet, die es in Österreich jemals gegeben hat. Das langfristige Ziel der Bundesregierung, die Steuer- und Abgabenquote bis 2010 auf 40% zu senken, wird mit 40,7% weitgehend bereits 2006, also vier Jahre früher erreicht werden.

Nicht nur der Saldo der staatlichen Finanzen übt einen starken Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen aus, sondern auch die Struktur der öffentlichen Ausgaben. Internationale Erfolgsbeispiele zeigen, dass die Stärkung zukunftsorientierter Ausgabenkategorien das Produktionspotenzial einer Volkswirtschaft deutlich und dauerhaft anheben kann. In diesem Sinne legt die Budgetpolitik das Hauptaugenmerk auf die Stärkung der Ausgaben für Infrastruktur, Forschung und Technologie sowie Ausbildung. Mit zwei Konjunkturpaketen und einem Wachstums- und Standortpaket wurden die Anreize für Forschung und Entwicklung, Ausbildung und Investitionen wesentlich verbessert. Die Budgetmittel für Forschung und Entwicklung wurden zusätzlich ausgeweitet. Im außerbudgetär finanzierten Straßen- und Eisenbahninfrastrukturbereich werden die Investitionen intensiviert.

Ebenso zeigen internationale Vergleiche, dass nachhaltige Budgetkonsolidierungen über die Ausgabenseite erfolgreicher sind. Die Bundesregierung hat daher der ausgabenseitigen Konsolidierung den Vorrang gegeben.

Seit 2000, dem Beginn der neuen Regierungskoalition, wurden umfangreiche Maßnahmen im Sinne des dargestellten „3-Säulen-Konzeptes“ gesetzt:

- Ein bedeutsamer Teil der durchgeführten Reformen bezieht sich auf die Redimensionierung der Personalkapazität des Bundes. Seit dem Jahr 2000 bis jetzt wurden rd. 13.000 Bedienstete abgebaut. 2005 sollen wei-

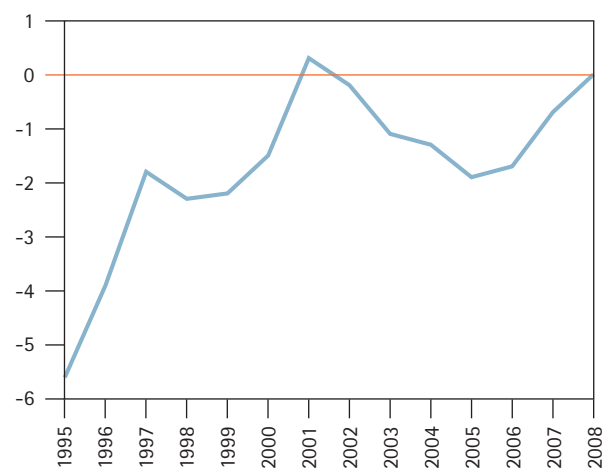
tere rd. 1.600 und 2006 rd. 2.500 Planstellen abgebaut werden. Das Niveau der Aktivitätsausgaben konnte durch Personalreduktion, Dienstrechtsmaßnahmen und moderate Gehaltsabschlüsse seit 2000 konstant gehalten bzw. sogar leicht abgesenkt werden. Trotz dieser tief greifenden Reformmaßnahmen konnte das Leistungsangebot des Bundes ohne Einschränkung aufrechterhalten werden, auch in den sensiblen Bereichen Bildung, Sicherheit und Justiz.

- Zur Budgetkonsolidierung trägt eine umfassende Verwaltungsreform bei, die auf einer ganzheitlichen Budgetrestrukturierungs-Strategie basiert. In den Jahren 2000 bis 2004 brachte die Verwaltungsreform – inklusive den Maßnahmen bei den Aktivitätsausgaben – budgetäre Entlastungen von rd. 1,4 Mrd. €. Sie umfasst neben den Rationalisierungsmaßnahmen im Personalbereich vor allem Strukturreformen des Bundes, wie z. B. die Erneuerung der Finanzverwaltung und Straffung der Abläufe in den Ministerien, Aufgabenübertragungen an die Länder, wie z. B. Melde-, Fund- und Passwesen und den Abbau von Doppelgleisigkeiten, wie z. B. im Bereich der Erwachsenenbildung. In den Jahren 2005 und 2006 wird die Verwaltungsreform plangemäß weitergeführt.
- Zur längerfristigen Sicherung der Altersversorgung wurden eine Reihe von Pensionssicherungsreformen beschlossen. Im Mittelpunkt dieser Reformen standen nachhaltige Maßnahmen zur Anhebung des Zugangsalters zu den vorzeitigen Alterspensionen, des weiteren Ausbaues eines angemessenen Beitrages im Falle der vorzeitigen Inanspruchnahme einer Pension sowie Maßnahmen zur Stärkung der Bedarfsorientierung bei Hinterbliebenenpensionen. Ziel ist es, nicht nur die langfristige und nachhaltige Finanzierbarkeit des österreichischen Pensionssystems zu sichern, sondern insbesondere den Generationenvertrag, vor allem aber Gerechtigkeit zwischen und innerhalb der Generationen aufrecht zu erhalten.
- Kernelement der nachhaltigen Pensionssicherung ist die Harmonisierung der Pensionssysteme. Mit der Harmonisierung des Pensionsrechts wurden nunmehr die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, dass – wenn auch nach einem gleitenden Übergang – für den Großteil der Erwerbstätigen (Arbeitnehmer, Selbständige, Bauern, Beamte des Bundes) die gleichen Grundbedingungen zur Anwendung gelangen. Die Bundesregierung ist mit dem neuen Pensionsrecht einen Weg ge-

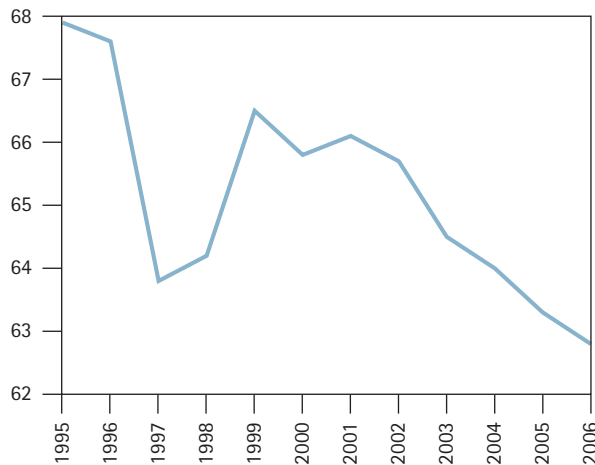
gangen, der zukunftsorientiert ist und den Generationenvertrag nachhaltig absichern wird.

- Im Bereich der Österreichischen Bundesbahnen wurden umfassende Maßnahmen zur Neustrukturierung und Reorganisation gesetzt und die Finanzierung auf neue Grundlagen gestellt mit dem Ziel, den Zuschuss des Bundes zur ÖBB zu stabilisieren. Statt automatischer Verlustabdeckung erfolgen leistungsorientierte vertragliche Regelungen.
- Im neuen Österreichischen Stabilitätspakt für die Periode 2005 – 2008 hat sich der Bund verpflichtet, bis 2008 das Maastricht-Defizit auf 0,75% des BIP zu verringern. Die Länder haben sich verpflichtet, bis 2008 einen Maastricht-Überschuss iHv 0,75% des BIP zu erwirtschaften. Die Gemeinden haben sich zu ausgeglichenen Haushalten über die gesamte Periode verpflichtet, so dass 2008 auf der Ebene des Gesamtstaates wieder ein Nulldefizit erreicht werden kann.
- Für den Bereich der Spitalsfinanzierung wurde im Gesamtpaket zum Finanzausgleich 2005 bis 2008 mit den Anstaltserhaltern festgelegt, dass neben einnahmenseitigen Maßnahmen iHv 300 Mio. € ausgabenseitige Einsparungen in zumindest gleicher Höhe durchgeführt werden sollen. Es wurde vereinbart, dass die Einsparungen durch kürzere Spitalsaufenthalte, Einsparungen bei den Spitalsverwaltungen, bessere Abstimmung zwischen Ärzten und Spitälern sowie durch die Einführung von Tages- und Wochenkliniken erreicht werden sollen.

Entwicklung des gesamtstaatlichen Maastricht-Defizits in % des BIP

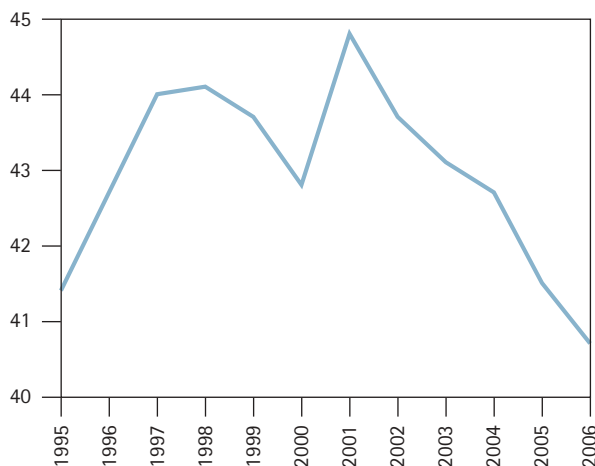


Entwicklung des Schuldenstandes in % des BIP



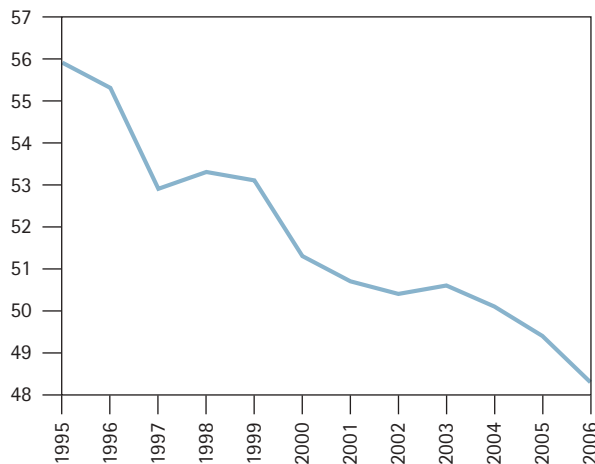
Quelle: BMF

Entwicklung der Steuern und Abgaben in % des BIP



Quelle: BMF

Entwicklung der gesamtstaatlichen Ausgaben in % des BIP



Quelle: BMF

Die Bundesregierung hat mit ihrem klaren budget- und wirtschaftspolitischen Kurs bereits wichtige Erfolge erzielt:

- Zum Jahresende 1999 stand Österreichs Budgetpolitik international ungünstig da: Das öffentliche Defizit (rd. 2,3% des BIP) war gemeinsam mit Portugal das höchste Defizit der EU-15, deren Defizit im Durchschnitt 0,7% betragen hatte. Derzeit zählt Österreich im Euroraum zu den Ländern mit einem unterdurchschnittlichen Budgetdefizit.
- Schon in der letzten Legislaturperiode wurde der Haushalt erfolgreich konsolidiert. Das „Nulldefizit“ wurde mit einem Überschuss von 0,3% des BIP bereits 2001 erreicht. Auch 2002 betrug das gesamtstaatliche Defizit nur 0,2% des BIP. 2003 ist es mit 1,1% des BIP deutlich niedriger als der EU-Durchschnitt (2,7%). Auch 2004 ist das gesamtstaatliche Defizit mit 1,3% des BIP nicht einmal halb so hoch wie in der Eurozone (2,9%).
- Gemessen am Bruttoinlandsprodukt geht die Staatsschuld kontinuierlich zurück. 2001 betrug sie 66,1% des BIP, 2004 sind es nach ersten Berechnungen des Finanzministeriums 64,0%, 2005 werden 63,3% erwartet und 2006 sollte die Verschuldungsquote weiter auf 62,8% sinken. Im Vergleich dazu ist die öffentliche Verschuldung im Euroraum tendenziell gestiegen: Im Jahr 2001 betrug sie 69,4% des BIP. Für 2006 wird eine Verschuldung in Relation zum BIP iHv 70,9% erwartet.
- Österreich hat seit 2001 gute Fortschritte beim Abbau der Abgabenquote gemacht. Mit der Steuerreform 2004/2005 kann die Abgabenquote um etwa 2 Prozentpunkte gesenkt werden. Die gesamtstaatliche Steuer- und Abgabenquote betrug 1999 43,7% des BIP, 2004 nach vorläufigen Werten 42,7%. Im Jahr 2005 soll sie auf 41,5% zurückgehen und 2006 nur 40,7% betragen.
- Die Ausgabendynamik wurde in wichtigen Bereichen deutlich gebremst. Mit der Pensionssicherungsreform und der Pensionsharmonisierung konnte einer der dynamischsten Ausgabenbereiche eingedämmt werden. Die Personalausgaben konnten am Niveau von 1999 stabilisiert werden. Die Ausgabenquote, das sind die Staatsausgaben in Relation zum BIP, sank von 53,1% im Jahre 1999 auf 50,6% im Jahre 2003. 2004 lag sie knapp über 50% und soll 2006 auf 48,3% zurückgehen.

- Die Entwicklung der österreichischen Fu.E-Quote zeigt einen beachtlichen Anstieg der Fu.E-Aufwendungen seit 1995. Mit 2,07% lag Österreich bereits im Jahr 2001 klar über dem Durchschnittswert der EU iHv 1,98%. Bis 2006 soll die Fu.E-Quote auf 2,5% des BIP ansteigen.
- Von den umgesetzten Steuerreformmaßnahmen gehen erhebliche, die Konjunktur stützende Impulse aus. Das haben auch die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute positiv gewertet. Die Binnennachfrage wird erheblich gestärkt und entwickelt sich in den Jahren 2005 und 2006 zu einer wesentlichen Stütze der Konjunktur. Die Angebotsseite der österreichischen Volkswirtschaft profitiert zugleich von international attraktiven Steuersätzen und einer Verbesserung der Investitionsanreize. Das Entlastungsvolumen für private Haushalte und Unternehmen beträgt 3 Mrd. € pro Jahr. Trotz der hierdurch sinkenden Steuereinnahmen geht das Defizit des Bundes im Jahr 2006 zurück.
- Von internationalen Experten wie dem IWF als Vorzeigebispiel für erfolgreiche Reformpolitik gelobt, konnte Österreich in den letzten drei Jahren trotz international schwacher Konjunktur stets überdurchschnittlich hohe reale Wachstumsraten verzeichnen. Das BIP pro Kopf – in Kaufkraftstandards gemessen – liegt um 21% über dem EU-Durchschnitt. Österreich belegt damit hinter Luxemburg, Dänemark und Irland den 4. Platz. Österreich weist die dritt-niedrigste Arbeitslosenrate innerhalb der EU auf. Die Jugendarbeitslosigkeit ist die zweitgeringste innerhalb der EU.

Mit dieser Politik wird Österreich auch seinen Verpflichtungen aus dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt und den EU-Empfehlungen der „Wirtschaftspolitischen Grundzüge“ gerecht.

3. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach dem Einsetzen des globalen wirtschaftlichen Aufschwungs im Jahr 2003 erreichte die Weltwirtschaft im Jahr 2004 mit einem geschätzten realen Wachstum von 4,2% des BIP den Konjunkturmehrpunkt. Für die Jahre 2005 und 2006 wird eine Fortsetzung des weltwirtschaftlichen realen Wachstums auf hohem Niveau erwartet. Die USA wuchsen im Jahr 2004 real mit ungefähr 4,4%. Für die Jahre 2005 und 2006 wird ein moderateres Wachstum von 3,8% bzw. 3,1% des BIP erwartet, da die expansiven Effekte der Geld- und Fiskalpolitik nachlassen. Die leichte Abschwächung des Welthandels und die höheren Rohstoff- und Energiepreise tragen ebenfalls zur Mäßigung bei, während die Abwertung des Dollars und die weiterhin hohen Immobilienpreise eher für ein robusteres Wachstum sprechen. Das hohe Leistungsbilanzdefizit, das auch im Jahr 2006 im allgemein angenommenen Wachstumszenario auf ein Niveau von 5 bis 6% des BIP geschätzt wird, stellt die größte Unsicherheit der Weltwirtschaft in den kommenden Jahren dar. Eine Reduktion des ebenfalls hohen US-Budgetdefizits könnte durch Abschwächung der US-Nachfrage nach Importen zu einem Abbau dieses Ungleichgewichts beitragen. Weitere Risiken bestehen in einem abrupten Anstieg der weltweit niedrigen Zinsen und dem hohen Ölpreis. Aus momentaner Sicht sind die Inflationsgefahr und das Risiko eines starken Zinsanstiegs relativ gering, auch

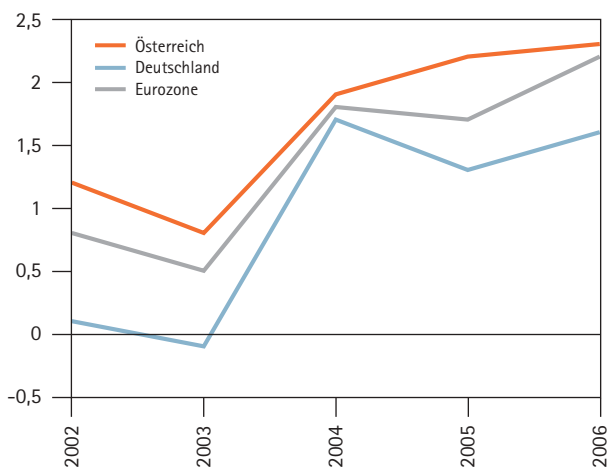
der Ölpreis ist seit den Rekordhochs im Herbst 2004 gesunken.

Die asiatische Wirtschaft expandierte im Jahr 2004 kräftig und trug entscheidend zur Dynamik der Weltwirtschaft bei. Auch für die Jahre 2005 und 2006 wird ein weiterhin robustes Wachstum erwartet. In China deutet alles auf eine leichte Abschwächung nach einem realen Wachstum von rd. 9,2% des BIP im Jahr 2004 hin. Für 2005 und 2006 wird jeweils ein reales Wachstum von 8,2% bzw. 7,2% des BIP erwartet. In Japan setzte seit 2003 ein Aufschwung ein, im Laufe des Jahres 2005 soll im Zuge dessen ein Ende der Deflation erreicht werden. Langfristig wird in ganz Asien eine Flexibilisierung der Wechselkurse unumgänglich sein. Momentan besteht eine mehr oder weniger fixe Bindung an den US-Dollar. Die Notenbanken kaufen US-Dollar und bauen dadurch massiv Währungsreserven auf. Dadurch verhindern sie aber die notwendige Abwertung des Dollar gegenüber den asiatischen Währungen. Diese Dollarabwertung würde asiatische Importe für die USA verteuern und somit das US-Leistungsbilanzdefizit verringern.

In der Eurozone begann der Aufschwung mit einem Realwachstum von geschätzten 1,8% des BIP erst im Jahr 2004. Neben den stark expandierenden Exporten

Reales Wirtschaftswachstum

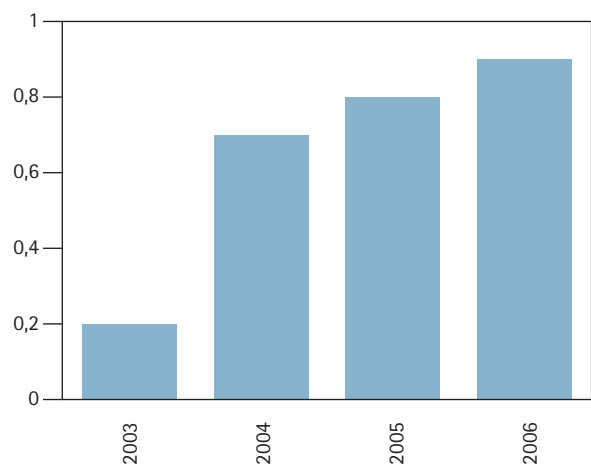
in %



Quelle: WIFO Konjunkturprognose Dezember 2004 (Quelle für das Wirtschaftswachstum 2004 in Deutschland ist das statistische Bundesamt).

Beschäftigungswachstum in Österreich: Unselbständig aktiv Beschäftigte

in %



Quelle: WIFO Konjunkturprognose Dezember 2004

trug die Binnenwirtschaft in einzelnen Ländern zum Aufschwung bei. Im Unterschied dazu stagnierte die Binnennachfrage in Deutschland weiter; Deutschland wuchs 2004 real um 1,7% des BIP, 2005 und 2006 ist mit realen Wachstumsraten von 1,3% bzw. 1,6% keine Beschleunigung zu erwarten. Für 2005 soll die Binnennachfrage die Exporte als Konjunkturmotor in der Eurozone ablösen, ein reales Wachstum von 1,7% des BIP soll erreicht werden. Im Jahr 2006 soll sich der Aufschwung auf 2,2% des BIP beschleunigen. Die Geldpolitik der EZB wirkt mit einem Zinssatz von 2% weiterhin leicht expansiv, auch die langfristigen Zinsen sollen im Bereich um 4% verharren. Unsicherheiten speziell für die Prognose der Eurozone bestehen vor allem in einer verstärkten Aufwertung des Euro, der die Exportwirtschaft schwächen würde, und in der Binnennachfrage. Die Investitions- und Konsumnachfrage könnte allerdings auch für eine positive Überraschung beim Wirtschaftswachstum sorgen.

Österreich steht im internationalen Vergleich mit seinem Wachstum sehr gut da. In den Jahren 2001 bis 2006 liegt das reale Wirtschaftswachstum über dem des Nachbarn Deutschland, seit 2002 ist Österreichs reales Wirtschaftswachstum auch über dem Schnitt der Eurozone.

Die Warenexporte bildeten 2004 mit einem realen Zuwachs von +10,0% die treibende Kraft des Aufschwungs. Die privaten Konsumausgaben (real +1,6%) und die Bruttoanlageinvestitionen (real +3,2%) entwickelten sich ebenfalls positiv, wodurch das reale Wirtschaftswachstum geschätzte 1,9% des BIP betragen wird. Trotz Anstiegs der unselbständig aktiven Beschäftigung iHv 0,7% steigt auf Grund der höheren Beschäftigungsquote und des Zuwachses an ausländischen Arbeitskräften die Arbeitslosigkeit von 4,3% im Jahr 2003 auf 4,5% im Jahr 2004. Der Anstieg der Verbraucherpreise beträgt insbesondere auf Grund höherer Energiepreise rd. +2,0%.

2005 trägt die Entlastung der Haushalte durch die Steuerreform maßgeblich zum höheren Wirtschaftswachstum von real +2,2% bei. Der private Konsum soll daher real um 2,1% steigen, die Bruttoanlageinvestitionen steigen real um nur 1,6%, da viele Investitionen auf Grund der Investitionszuwachsprämie vorgezogen worden sind. Das Export- und Importwachstum soll sich auf real +6,0% abschwächen. Der weitere Beschäftigungszuwachs iHv +0,8% wird die Arbeitslo-

senrate auf 4,4% senken. Die Inflation soll auf Grund des Preisanstiegs bei Energie, Tabak und Mieten bei etwa 2,3% liegen.

Eine weitere Beschleunigung der Konjunktur auf ein Realwachstum von +2,3% wird 2006 erwartet. Sowohl Inlandsnachfrage (private Konsumausgaben real +2,2%; Bruttoanlageinvestitionen real +2,7%) als auch die Warenexporte mit real +7,0% weisen eine leicht steigende Dynamik gegenüber 2005 auf. Bei einem Beschäftigungswachstum von +0,9% soll die Arbeitslosigkeit auf 4,2% sinken. Die Inflation wird nach dem deutlichen Anstieg im Jahr 2005 auf 1,7% sinken.

Bei der Erstellung des BVA-E 2006 wurde von der Konjunkturprognose des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung – WIFO vom Dezember 2004 ausgegangen:

Tabelle 2 Wirtschaftliche Eckdaten

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2006
Nominelles Wirtschaftswachstum	3,9
Reales Wirtschaftswachstum	2,3
Unselbständig Beschäftigte	0,9
Verbraucherpreise	1,7
Arbeitslosenquote (EU Abgrenzung)	4,2
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	2,5

Quelle: WIFO Dezember-Prognose 2004

4. Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen des Bundeshaushaltes

4.1 Bundesvoranschlag-Entwurf 2006

Nach dem Überblick über den Bundesvoranschlag-Entwurf (BVA-E) 2006 im Abschnitt 1 werden im Folgenden die Veränderungen gegenüber dem BVA 2005 dargestellt (siehe Tabelle 3 und Tabelle 4).

Kapitel 10 Bundeskanzleramt

Die Gesamtausgaben verringern sich im Vergleich zum BVA 2005 um 5,3 Mio. € auf 397,3 Mio. €. Dies ist im Wesentlichen auf die Reduzierung der EU-Mittel (EFRE) um 21 Mio. € zurückzuführen. Zusätzlich vorgesorgt werden musste für den Wahlwerbungskosten-Beitrag des Bundes im Zusammenhang mit der Nationalratswahl 2006 mit einem Betrag von 12,2 Mio. € und für die Durchführung der EU-Präsidentschaft 2006 mit einem Ressortbudget von 2,9 Mio. €.

Die budgetären Schwerpunkte liegen bei den regional- und strukturpolitischen Maßnahmen (EFRE-Mitteln der EU) mit 107 Mio. € (BVA 2005: 128 Mio. €), der Bundesanstalt „Statistik Austria“ mit einer gesetzlichen Basisabteilung von rd. 51 Mio. €, der Presse- und Parteienförderung (inklusive Wahlwerbungskosten-Beitrag) mit rd. 50 Mio. € (BVA 2005: rd. 38 Mio. €) und der Sportförderung mit rd. 58 Mio. €, die gegenüber dem BVA 2005 unverändert blieb.

Die Einnahmen werden mit 23,6 Mio. € auf dem Niveau 2005 gehalten.

Weiters sind Überschreitungsermächtigungen für Spezialprogramme im Rahmen der EU-Präsidentschaft 2006 (10 Mio. €) und für Zahlungen im Zusammenhang mit der Fußball-Europameisterschaft 2008 (15 Mio. €) vorgesehen.

Kapitel 11 Inneres

Die Gesamtausgaben für das Kapitel „Inneres“ werden gegenüber dem BVA 2005 geringfügig auf 1.884,8 Mio. € gesenkt (2005: 1.892,7 Mio. €). Gegenüber dem vorläufigen Erfolg 2004 (1.831,3 Mio. €) bedeutet dies jedoch eine deutliche Steigerung. Hervorzuheben sind die vorgesehenen Mittel für Anlaufinvestitionen in die Wachkör-

perreform (rd. 6 Mio. €), der Anstieg der Mittel für Sicherheitskontrollen an Flughäfen (13 Mio. € mehr gegenüber 2004) und die Mittel für das neu zu errichtende Digitalfunksystem BOS Austria (9,7 Mio. €). Die Ausgaben für die Flüchtlingsbetreuung werden gegenüber 2004 erhöht.

Kapitel 12 Bildung und Kultur

Die Ausgaben im Kapitel 12 Bildung und Kultur steigen im BVA-E 2006 gegenüber dem BVA 2005 um 62,1 Mio. € auf 6.012,1 Mio. € (2005: 5.950,0 Mio. €).

Die Ausgaben für die allgemein bildenden höheren Schulen steigen dabei um rd. 30,5 Mio. €, von 1.067,6 Mio. € auf 1.098,1 Mio. €. Bei den berufsbildenden höheren Schulen ist ein Zuwachs von 35,5 Mio. € vorgesehen, nämlich von 1.293,8 Mio. € auf 1.329,3 Mio. €. Die Mehrausgaben ergeben sich u. a. durch das Ansteigen der Schülerzahl sowie durch den Ausbau der Nachmittagsbetreuung.

Für die Kostenersätze der Landeslehrer sind bei den allgemein bildenden Pflichtschulen 2.568,3 Mio. € und bei den berufsbildenden Pflichtschulen 110,0 Mio. € vorgesehen. Auf Grund von stark sinkenden Schülerzahlen in den allgemein bildenden Pflichtschulen iHv rd. 12.000 gegenüber 2005 reduzieren sich die Ausgaben in diesem Bereich. Zur Abgeltung des Mehraufwandes aus Strukturproblemen, der den Ländern an den allgemein bildenden Pflichtschulen durch den Schülerrückgang und im Bereich des Unterrichts für Kinder mit besonderen Förderungsbedürfnissen entsteht, stellt der Bund den Ländern in den Budgetjahren 2005 und 2006 jährlich zusätzlich 12 Mio. € zur Verfügung.

Für die unter dem Titel Qualitätsoffensive laufenden Projekte PISA, IMST (Innovations in Mathematics, Science and Technology Teaching – Innovation in Mathematik, Naturwissenschaft und Technologie) und Bildungsstandards werden zusätzlich 2,8 Mio. € zur Verfügung gestellt. IMST strebt eine nachhaltige Qualitätsentwicklung des österreichischen Mathematik- und Naturwissenschaftsunterrichts im Bereich der AHS-Oberstufe und der BHS an.

weiter auf S. 17

Tabelle 3 Gegenüberstellung BVA 2005 mit dem BVA-E 2006 – Ausgaben

in Mio. € (Rundungsdifferenzen)

Kapitel	2005 BVA	2006 BVA-E	Unterschied
01-06 Oberste Organe	165,5	166,0	0,4
10 Bundeskanzleramt	402,7	397,3	-5,3
<i>hievon regional- und strukturpolitische Maßnahmen</i>	128,4	107,6	-20,9
11 Inneres	1.892,7	1.884,8	-7,9
<i>hievon Sicherheitsexekutive</i>	1.389,1	1.385,7	-3,4
12 Bildung und Kultur	5.950,0	6.012,1	62,1
<i>hievon Zahlungen an die BIG</i>	306,6	318,3	11,7
13 Kunst	224,5	226,1	1,6
14 Wissenschaft	3.120,0	3.081,0	-39,0
<i>hievon Universitäten (gesetzliche Verpflichtungen)</i>	1.724,6	1.724,6	0,0
<i>Ämter der Universitäten (Bilanzverlängerung)</i>	646,6	599,5	-47,1
<i>Fachhochschulen</i>	152,2	167,2	15,0
15 Soziale Sicherheit	1.890,4	1.883,0	-7,4
<i>hievon Pflegegeld</i>	1.391,0	1.403,6	12,6
16 Sozialversicherung	6.841,6	7.086,2	244,6
<i>hievon Bundesbeitrag an Pensionsversicherungsanstalt</i>	5.964,3	6.187,4	223,1
<i>Ausgleichszulagen an Pensionsversicherungsanstalt</i>	822,1	840,7	18,5
17 Gesundheit und Frauen	623,0	628,6	5,6
<i>hievon Zweckzuschüsse nach Krankenanstaltengesetz</i>	407,6	411,2	3,5
19 Familie, Generationen, Konsumentenschutz	5.618,4	5.788,9	170,6
<i>hievon Leistungen des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen</i>	5.167,7	5.328,6	161,0
20 Äußeres	380,0	388,0	8,0
30 Justiz	975,9	975,9	0,0
40 Militärische Angelegenheiten	1.810,0	1.810,0	0,0
50 Finanzverwaltung	2.007,4	1.967,9	-39,5
51 Kassenverwaltung	758,2	1.018,0	259,8
<i>hievon Pauschalvorsorge für Forschungs-Offensivprogramm</i>	200,0	220,0	20,0
52 Öffentliche Abgaben	2,3	2,3	0,0
53 Finanzausgleich	4.186,2	4.341,2	155,0
<i>hievon Katastrophen-Fonds</i>	251,2	267,4	16,2
<i>Bedarfszuweisung an Länder</i>	790,8	924,6	133,9
54 Bundesvermögen	1.141,0	1.134,5	-6,4
<i>hievon Haftungen</i>	899,3	890,4	-8,9
55 Pensionen	7.143,0	7.283,9	140,8
<i>hievon Pensionen für Hoheitsverwaltung (UT 0)</i>	3.133,9	3.208,9	75,0
<i>Pensionen für Landeslehrer</i>	909,5	957,2	47,7
<i>Pensionen – ÖBB</i>	1.783,9	1.790,6	6,7

Kapitel	2005 BVA	2006 BVA-E	Unterschied
<i>Pensionen - Post</i>	1.156,8	1.156,8	0,0
58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	8.815,7	9.365,2	549,5
60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.051,6	2.113,6	62,1
<i>hievon Marktordnungsmaßnahmen</i>	1.503,9	1.560,3	56,4
61 Umwelt	524,9	559,5	34,6
<i>hievon Siedlungswasserwirtschaft</i>	298,2	312,8	14,6
63 Wirtschaft und Arbeit	5.604,4	5.721,7	117,2
<i>hievon Arbeitsmarktpolitik I + II</i>	4.784,1	4.888,0	103,8
<i>Leistungen nach dem ALVG</i>	3.425,7	3.755,4	329,7
65 Verkehr, Innovation und Technologie	2.290,4	2.325,2	34,8
<i>hievon Eisenbahninfrastruktur</i>	1.011,5	1.022,5	11,0
Gesamtausgaben	64.419,8	66.160,8	1.741,0

Quelle: BMF

Tabelle 4 Gegenüberstellung des BVA 2005 mit dem BVA-E 2006 – Einnahmen

in Mio. € (Rundungsdifferenzen)

	2005 BVA	2006 BVA-E	Unterschied
Kapitel 52 Öffentliche Abgaben			
Bruttoeinnahmen	56.310,2	58.316,2	2.006,0
Ab-Überweisungen			
Länder, Gemeinden, Fonds etc.	-16.440,7	-17.028,5	-587,8
EU-Beitrag	-2.386,1	-2.386,1	0,0
Öffentliche Abgaben-Netto	37.483,3	38.901,5	1.418,2
Sonstige Einnahmen			
Arbeitslosenversicherung	4.225,1	4.331,2	106,0
Sozialversicherung (Kapitel 16)	310,6	12,7	-297,9
Einnahmen des FLAF (2/193)	5.167,7	5.328,6	161,0
<i>hievon Dienstgeberbeiträge</i>	3.562,5	3.687,4	124,9
Gerichtsgebühren	614,4	614,4	0,0
Ersätze der Ämter der Universitäten	646,6	599,5	-47,1
Ersätze der Post- und Telekom AG			
für Aktive	884,8	882,4	-2,4
für Pensionen	198,6	185,2	-13,4
Ersätze der ÖBB für Pensionen	450,2	453,6	3,4
Pensionsbeiträge von Unternehmen mit Bundesbediensteten	129,7	128,6	-1,2
Rücklagenentnahmen	168,4	121,9	-46,6
EU-Rückflüsse	1.442,2	1.422,8	-19,4
Einnahmen aus Kassenbewirtschaftung (Kapitel 51)	70,8	96,6	25,8
Siedlungswasserwirtschaft	213,2	275,4	62,2
Dotierung des Katastrophen-Fonds	251,2	267,4	16,2
OeNB-Gewinnabfuhr	255,0	206,0	-49,0
ÖIAG (Darlehensrückzahlung und Zinsen)	0,0	0,0	0,0
Veräußerungserlöse aus Liegenschaften	42,3	42,8	0,5
Veräußerungserlöse	377,3	20,3	-357,0
Einnahmen aus Haftungen (2/547)	880,6	868,8	-11,8
Pensionsbeiträge, -sicherungsbeiträge, Überweisung von PV-Trägern	706,6	711,6	4,9
Finanzschulden und Währungstauschverträge	1.753,7	2.430,4	676,7
Einnahmen aus Kapitalbeteiligungen (ÖIAG etc.)	250,0	200,0	-50,0
Fernmeldebehördliche Gebühren (Kapitel 65)	30,3	29,8	-0,5
Übrige Einnahmen	2.416,5	2.219,8	-196,7
Summe Sonstige Einnahmen	21.485,8	21.449,7	-36,1
Gesamteinnahmen	58.969,1	60.351,2	1.382,1

Quelle: BMF

Für Zahlungen im Zusammenhang mit dem Bundesimmobiliengesetz, v. a. Norm- und Zuschlagsmieten sowie Betriebskosten für Schulgebäude wendet der Bund 2006 318,3 Mio. € auf, das sind um 11,7 Mio. € mehr als im Jahr 2005.

Die Studienförderungen werden um 2 Mio. € von 11,2 Mio. € auf 13,2 Mio. € ausgeweitet.

Die Aufwendungen der Zentralleitung werden für Verwaltungsinnovationsprojekte (v. a. ELAK, SAP-Einführung, Bildungsdokumentation) um 11,5 Mio. € erhöht und betragen im Jahr 2006 103,7 Mio. €.

Kapitel 13 Kunst

Die Ausgaben des Bundes für die Kunstförderung (inklusive Basisabteilung für die Bundestheater) sollen im Jahre 2006 226,1 Mio. € betragen, das ist eine Erhöhung um 1,6 Mio. € gegenüber dem Jahre 2005 und um 8,4 Mio. € (plus 3,9%) gegenüber dem vorläufigen Erfolg 2004.

Der Bund wird sich an der Sanierung des Bregenzer Festspielhauses mit einem Betrag von insgesamt 14 Mio. € beteiligen, wovon im Jahre 2006, so wie bereits im Jahre 2005, ein Betrag von 6,7 Mio. € im Kapitel 13 gesondert bereitgestellt wird, da Investitionsbeiträge des Bundes in zentrale kulturelle Einrichtungen in den Bundesländern nicht zu Lasten des eigentlichen Kunstbudgets des Bundes gehen sollen.

Der Bund wird weiters im Jahre 2006 beim Kapitel 13 für die Durchführung des Mozartjahres 2006 eine Sonder-subvention von 1 Mio. € dem Salzburger Festspielfonds zur Verfügung stellen.

Kapitel 14 Wissenschaft

Die veranschlagten Gesamtausgaben im Kapitel 14 Wissenschaft betragen 3.081,0 Mio. €. Die Mittel für Fachhochschulen steigen dabei um 15 Mio. €, von 151,6 Mio. € auf 166,6 Mio. €. Die Mittel für die Ämter der Universitäten sinken um 47,2 Mio. €. Hierbei handelt es sich lediglich um eine budgettechnische Bilanzverkürzung, da die korrespondierenden Einnahmen im selben Ausmaße zurückgehen.

Mit dem Fachhochschulfinanzierungs- und Entwicklungsplan III für die Periode 2005 bis 2010 wird der erfolgreiche Weg des zügigen Ausbaus des Fachhochschul-sektors und seiner Positionierung in der österreichischen Bildungslandschaft fortgesetzt. Die Akzeptanz der Absol-

venten – insgesamt bisher 13.000 – in der Wirtschaft ist groß; 90% finden schon beim Abschluss einen Arbeitsplatz.

Mit der neuen Entwicklungsplanung soll das erfolgreiche quantitative Wachstum auch noch qualitativ vertieft werden. Die Schwerpunkte beim Ausbau liegen dabei im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich, beim Ausbau berufsbegleitender Lehrgänge, beim Aufbau von Forschung und Entwicklung sowie im Bereich der Entwicklung von Weiterbildungsangeboten.

Mit dem Studienjahr 2005/06 wird es sieben neue Studiengänge in verschiedensten zukunftsweisenden Fachbereichen auf dem Gebiet der Technik und Ingenieurwissenschaften sowie der Wirtschaft geben. Die im BVA 2005 dafür vorgesehenen Mittel von rd. 152 Mio. € werden entsprechend der Entwicklungsplanung im Jahre 2006 auf rd. 167 Mio. € aufgestockt. Derzeit gibt es rd. 24.000 Studierende an den österreichischen Fachhochschulen. Bis zum Studienjahr 2009/10 soll die Zahl der Studierenden auf 33.000 ansteigen.

Kapitel 15 Soziale Sicherheit

Die Summe der Ausgaben im Kapitel 15 wird für das Jahr 2006 mit 1.883,0 Mio. € veranschlagt (BVA 2005: 1.890,4 Mio. €). Davon entfallen 1.403,6 Mio. € auf die Ausgaben gemäß Bundespflegegeldgesetz, die gegenüber dem BVA 2005 infolge des Anstiegs der Anzahl der Anspruchsberechtigten um 12,6 Mio. € stiegen. Für Maßnahmen für Behinderte stehen rd. 73 Mio. € zur Verfügung. Dies bedeutet gegenüber dem BVA 2005 einen Anstieg um 1 Mio. €. Diesen Mehrausgaben stehen Minderausgaben bei den Versorgungsgebühren nach dem Kriegsoffer- und dem Heeresversorgungsgesetz (20 Mio. €) sowie im Bereich der Opferfürsorge (3,4 Mio. €) gegenüber, vor allem infolge des Rückgangs der Zahl der versorgungsberechtigten Kriegsoffer.

Kapitel 16 Sozialversicherung

Die Summe der Ausgaben im Kapitel 16 wird für das Jahr 2006 mit 7.086,2 Mio. € veranschlagt (BVA 2005: 6.841,6 Mio. €).

Im Kapitel 16 entfallen mehr als 85% der Gesamtausgaben auf den Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung (ohne Ausgleichszulagen). Dieser ist im Wesentlichen als Ausfallhaftung konstruiert und dient zur Abdeckung der Differenz zwischen den Erträgen und den Aufwendungen der Träger der gesetzlichen Pensionsversicherung.

Eine der wichtigsten Rahmenbedingungen hinsichtlich der Erträge der Pensionsversicherungsträger ist die Entwicklung der Zahl der versicherten Personen und deren Einkommen. Im Jahr 2004 waren im Durchschnitt in allen Systemen der gesetzlichen Pensionsversicherung (mit Ausnahme der Versicherungsanstalt des österreichischen Notariates) rd. 3.230.000 Personen pflichtversichert. Im Jahr 2005 wird diese Zahl um 0,7% steigen, für das Jahr 2006 wird ebenfalls mit einem Anstieg um 0,7% gerechnet. Auf Grund der Konjunkturprognose des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung vom Dezember 2004 ist mit folgenden Steigerungsraten der Lohn- und Gehaltssumme pro Kopf zu rechnen: 2,3% im Jahr 2005 und 2,5% im Jahr 2006. Diese beiden Entwicklungen sind für den Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung von besonderer Bedeutung, da jede Veränderung um 0,1%-Punkt unmittelbar zu einer Erhöhung bzw. Verringerung der Ausfallhaftung des Bundes im Ausmaß von etwa 16 Mio. € führt.

Die Ausgaben der Pensionsversicherungsträger (ohne Berücksichtigung der Ausgleichszulagen, die ja nur eine Durchlaufposition darstellen) bestehen zu etwa 95% aus dem Pensionsaufwand und den damit verbundenen Aufwendungen für die Krankenversicherung der Pensionisten. Für die Entwicklung dieser Aufwandspositionen sind einerseits die Entwicklung der Zahl der Pensionsempfänger und andererseits die Höhe der Pensionsleistungen maßgebend. Im Bereich der gesetzlichen Pensionsversicherung betrug die Zahl aller Pensionen im Jahr 2004 im Durchschnitt rd. 2.025.000. Somit entfielen in diesem Jahr auf 1.000 Pflichtversicherungen 627 Pensionsbezüge. In den Jahren 2005 und 2006 ist mit einer nahezu gleich bleibenden Belastungsquote zu rechnen.

Die Entwicklung der Höhe der Durchschnittspensionen ist im Wesentlichen durch zwei Faktoren bestimmt. Zum einen durch einen Struktureffekt, der dadurch entsteht, dass ständig tendenziell niedrigere Pensionen wegfallen und tendenziell höhere Pensionen zum Pensionsstand dazukommen, zum anderen durch die jährliche Pensionsanpassung. Im Jahr 2004 wurden Pensionen bis zu einer Höhe von 667,80 € um 1,5% erhöht, höhere Pensionen um einen monatlichen Fixbetrag von 10,02 €. Darüber hinaus erhielten Pensionsbezieher mit einem monatlichen Gesamtpensionseinkommen von nicht mehr als 780 € eine Einmalzahlung von 0,6% ihres jährlichen Gesamtpensionseinkommens. Die Ausgleichszulagen-Richtsätze wurden um 1,5% angehoben, der Richtsatz für Verheiratete um 5,1%. Die Kosten für Anpassung,

Ausgleichszulagenerhöhung und Einmalzahlung haben im Jahr 2004 rd. 270 Mio. € betragen. Mit 1.1.2005 wurden Pensionen bis zu einer Höhe von 686,70 € um 1,5% erhöht, höhere Pensionen um einen monatlichen Fixbetrag von 10,30 €. Die Ausgleichszulagen-Richtsätze wurden um 1,5% angehoben. Die Kosten für Anpassung und Ausgleichszulagenerhöhung werden im Jahr 2005 rd. 220 Mio. € betragen.

Gemessen am BIP sinkt der Anteil der Bundesbeiträge in den Jahren 2004 bis 2006 von rd. 2,5% auf rd. 2,4%; einschließlich Ausgleichszulagen sinkt er von rd. 2,9% auf rd. 2,8%. Dieser Rückgang ist vor allem auf die durchgeführten Pensionsreformen zurück zu führen.

Die Verringerung der Einnahmen gegenüber dem BVA 2005 iHv 297,9 Mio. € ist auf den Wegfall von Abrechnungsresten zurückzuführen.

Kapitel 17 Gesundheit und Frauen

Die Summe der Ausgaben im Kapitel 17 wird für das Jahr 2006 mit 628,6 Mio. € veranschlagt (BVA 2005: 623,0 Mio. €). Wesentlichste Änderungen gegenüber dem BVA 2005 sind höhere Zahlungen nach dem Krankenanstaltengesetz infolge eines zu erwartenden höheren Umsatzsteuer-Aufkommens (3,5 Mio. €), die Errichtung einer Schaf- und Ziegendatenbank (1 Mio. €), sowie die Durchführung sonstiger Projekte (1,1 Mio. €).

Der budgetäre Schwerpunkt im Kapitel 17 liegt bei den Zweckzuschüssen nach dem Krankenanstaltengesetz mit rd. 411 Mio. € (BVA 2005: rd. 408 Mio. €).

Die Einnahmen bleiben mit 56,8 Mio. € unverändert gegenüber 2005.

Kapitel 19 Familie, Generationen, Konsumentenschutz

Die Gesamtausgaben im Kapitel 19 sind mit 5.788,9 Mio. € budgetiert (BVA 2005: 5.618,4 Mio. €). Der allergrößte Teil davon entfällt auf den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (FLAF). Dieser erbringt einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung der Kindererziehungszeiten in der Pensionsversicherung.

Die Gesamtausgaben des FLAF betragen im Jahr 2004 5.053 Mio. € und sind im Jahr 2005 iHv 5.167,7 Mio. € veranschlagt. Im Budget 2006 sind durch die Auswirkungen der Änderungen zur Finanzierung der Kindererziehungszeiten Gesamtausgaben iHv 5.328,6 Mio. € vorgesehen.

Mit dem Pensionsharmonisierungsgesetz wurden die Kindererziehungszeiten neu geregelt. In der Vergangenheit waren vom FLAF für die BezieherInnen von Karenzgeld und ab 1. Jänner 2002 von Kinderbetreuungsgeld Pensionsbeiträge zu leisten. Beitragsgrundlage war das Karenzgeld bzw. der Ausgleichszulagenrichtsatz. Der Beitragssatz betrug 22,8%. In den Jahren 2002 bis 2004 war die Höhe des Pensionsbeitrages im Gesetz gedeckelt.

Hinkünftig sind Personen, die ihr Kind in den ersten 48 Lebensmonaten nach der Geburt tatsächlich und überwiegend im Inland erziehen, unabhängig vom Bezug von Kinderbetreuungsgeld, pensionsversichert. Bei Mehrlingsgeburten gilt diese Form der Pensionsversicherung bis zum 60. Lebensmonat der Kinder. Als Beitragsgrundlage wurden im Gesetz 1.350 € normiert. Der Beitragssatz blieb mit 22,8% unverändert. Durch die höhere Beitragsgrundlage und die Ausweitung der Beitragsmonate steigt der Pensionsbeitrag deutlich an.

Kapitel 20 Äußeres

Die Ausgaben beim Kapitel 20 sollen gegenüber dem BVA 2005 um 8 Mio. € auf 388,0 Mio. € ansteigen (BVA 2005: 380,0 Mio. €). Ausschlaggebend dafür ist vor allem die EU-Präsidentschaft, wofür im Jahr 2006 25 Mio. € als Zentralbudget (BVA 2005: 15 Mio. €) und weitere 4,6 Mio. € (BVA 2005: 1 Mio. €) als Ressortbudget veranschlagt sind. Die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit werden neuerlich geringfügig angehoben. Nach Abschluss der Adaptierungsarbeiten bzw. der Übersiedlung in das neue Amtsgebäude Minoritenplatz 8 reduzieren sich die Ausgaben im Bereich der Zentralleitung um rd. 7 Mio. € auf rd. 60 Mio. € gegenüber 2005.

Die budgetären Schwerpunkte liegen bei den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland mit Ausgaben von rd. 138 Mio. € (BVA 2005: rd. 134 Mio. €), den Beiträgen an Internationale Organisationen (insbesondere an die UNO für friedenserhaltende Operationen) mit insgesamt rd. 59 Mio. € (BVA 2005: rd. 65 Mio. €) und der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit mit rd. 94 Mio. € (BVA 2005: rd. 90 Mio. €).

Kapitel 30 Justiz

Die Ausgaben im Kapitel 30 sind für das Jahr 2006 mit 975,9 Mio. € veranschlagt. Dies bedeutet gegenüber dem vorläufigen Erfolg 2004 einen Anstieg der Ausgaben um rd. 53,4 Mio. €. Gegenüber dem BVA 2005 ergibt sich

keine Veränderung, da die Schwerpunkte, die für das Jahr 2005 gesetzt wurden, auch im Jahr 2006 weiter verfolgt werden. Dies betrifft insbesondere

- die ausreichende Vorsorge für die weiterhin hohen Häftlingszahlen (Personal- und Sachaufwand),
- den weiteren Ausbau der Hafttraumkapazitäten,
- die Sicherstellung des Einsatzes modernster wissenschaftlicher und technischer Standards im Sachverständigenbereich und
- die Bereitstellung der erforderlichen Mittel für die Vereine für Sachwalterschaft zur Umsetzung der Bewohnerververtretung gemäß dem neuen Heimaufenthaltsgesetz.

Kapitel 40 Militärische Angelegenheiten

Mit den für das Jahr 2005 zur Verfügung gestellten Mitteln iHv 1.810,0 Mio. € ist für die Modernisierung der Ausrüstung des Bundesheeres (z. B. Beschaffung von LKWs) und der Ausstattung seiner Soldaten (funktionellere Bekleidung), für die Weiterführung der im Jahr 2005 begonnenen Heeresreform sowie für den Aufbau und die Ausstattung jener Truppeneinheiten für Auslandseinsätze, zu denen sich Österreich gegenüber der Europäischen Union im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verpflichtet hat, vorgesorgt.

Kapitel 50 Finanzverwaltung

Im Vergleich zum BVA 2005 ist für 2006 eine weitere Reduktion der Ausgaben in der Finanzverwaltung geplant. Die budgetierten Ausgaben sinken um fast 40 Mio. € von 2.007,4 Mio. € (2005) auf 1.967,9 Mio. € (2006). Der Großteil davon (34,5 Mio. €) ist auf Einsparungen bei der Zoll- und Abgabenverwaltung zurückzuführen. Mit Wirksamkeit 1. Mai 2004 wurde die Organisationsstruktur der gesamten Finanz- und Zollverwaltung grundlegend verändert. Die Finanz- und Zollämter wurden gestrafft (41 statt 80 Finanzämter, 15 statt 62 Zollämter). Die sieben Finanzlandesdirektionen wurden abgeschafft und durch fünf schlankere Steuer- und Zollkoordinationen ersetzt.

Kapitel 51 Kassenverwaltung

Das Kapitel 51 Kassenverwaltung umfasst die Einnahmen und Ausgaben aus der Veranlagung von Kassenmitteln des Bundes, die Rücklagenentnahmen und -zuführungen, die Pauschalvorsorge sowie die Einnahmen aus den EU-Fonds. Insgesamt sieht dieses Kapitel im BVA-E 2006 Ausgaben von 1.018,0 Mio. € und Einnahmen von 1.916,7 Mio. € vor.

weiter auf S. 22

Tabelle 5 Entwicklung der Aktivitätsausgaben (UT 0)¹

in Mio. €

Kapitel	2002	2003	2004	2004	2005	2006
	Erfolg	Erfolg	BVA	Vorl. Erfolg	BVA	BVA-E
01 Präsidentschaftskanzlei	3,1	3,2	3,1	3,3	3,5	3,5
02 Bundesgesetzgebung	15,6	16,6	16,6	17,3	17,4	17,5
03 Verfassungsgerichtshof	2,8	3,0	3,2	3,1	3,2	3,2
04 Verwaltungsgerichtshof	9,8	10,1	10,3	10,4	10,3	10,3
05 Volksanwaltschaft	2,4	2,4	2,6	2,6	2,7	2,8
06 Rechnungshof	17,5	17,8	18,0	17,3	18,0	18,6
10 Bundeskanzleramt	44,0	45,7	49,3	45,8	48,3	48,9
11 Inneres	1.199,4	1.223,0	1.205,7	1.243,6	1.262,7	1.249,8
12 Bildung und Kultur	2.114,5	2.181,2	2.181,9	2.194,2	2.252,9	2.310,0
13 Kunst	3,4	3,4	3,7	3,6	3,7	3,7
14 Wissenschaft ²	1.056,5	1.058,1	748,6	653,6	659,4	612,3
15 Soziale Sicherheit	69,4	59,2	51,4	51,1	51,4	51,4
17 Gesundheit und Frauen	14,8	26,3	32,0	37,2	37,7	37,7
20 Äußeres	67,7	69,0	69,2	69,1	70,2	70,3
30 Justiz	442,6	448,0	444,1	451,1	475,0	475,1
40 Militärische Angelegenheiten	777,9	816,9	820,5	820,5	847,8	873,1
50 Finanzverwaltung ³	553,4	553,2	565,9	509,2	568,5	557,7
60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	139,8	138,4	135,2	140,2	130,5	130,6
63 Wirtschaft und Arbeit	118,9	190,9	195,9	187,6	191,2	190,4
64 Bauten und Technik	71,5	--	--	--	--	--
65 Verkehr, Innovation und Technologie	53,1	51,9	55,3	51,3	55,3	54,5
70 Öffentliche Leistung und Sport	8,7	2,7	--	--	--	--
Kapitel 01-70 (ohne 50830)	6.786,9	6.921,0	6.612,5	6.512,2	6.709,7	6.721,3
50830 Amt der Post- und Telekom AG	1.016,5	908,8	1.009,4	794,2	838,2	833,9
Summe Aktivitätsausgaben	7.803,4	7.829,9	7.621,9	7.306,4	7.547,9	7.555,2

¹Durch div. BMG-Novellen und Ausgliederungen ist nur ein bedingter Vergleich möglich.²Ausgliederung der Universitäten mit 1.1.2004.³Kapitel 50 ohne Amt der Post- und Telekom Austria (VA-Ansatz 50830).

Quelle: BMF

Tabelle 6 Pensionsausgaben für Bundesbeamte (Kapitel 55)

in Mio. € (Rundungsdifferenzen)

	2002	2003	2004	2004	2005	2006
	Erfolg	Erfolg	BVA	Vorl. Erfolg	BVA	BVA-E
Gebierungsgruppe 0						
Kapitel 55 Pensionen	2.648,2	2.774,4	2.811,1	2.927,2	3.133,9	3.208,9
Sachaufwand: VA-Ansätze 1/55507 und 1/55517						
Österreichische Bundesbahnen ¹	1.701,0	1.721,8	1.730,0	1.699,3	1.783,9	1.790,6
Post und Telekom Austria AG ¹	978,4	1.068,5	1.102,8	1.134,0	1.156,8	1.161,7
Summe Sachaufwand	2.679,4	2.790,2	2.832,8	2.833,3	2.940,6	2.952,3

¹Beträge ohne Pflegegeld

Quelle: BMF

Tabelle 7 Aktivitäts- und Pensionsausgaben für Landeslehrer

in Mio. € (Rundungsdifferenzen)

	2002	2003	2004	2004	2005	2006
	Erfolg	Erfolg	BVA	Vorl. Erfolg	BVA	BVA-E
Aktivitätsausgaben						
Allgemein bildende Pflichtschulen	2.672,0	2.672,0	2.667,5	2.668,7	2.599,4	2.568,3
Berufsbildende Pflichtschulen	104,5	105,6	106,9	105,5	110,0	110,0
Land- und forstwirtschaftliche Schulen	33,8	33,4	33,4	33,4	33,4	33,4
Summe Aktivitätsausgaben	2.810,3	2.811,0	2.807,8	2.807,6	2.742,8	2.711,8
Pensionen ¹	744,5	836,4	781,7	900,1	909,5	957,2
Gesamtausgaben	3.554,8	3.647,4	3.589,5	3.707,7	3.652,3	3.669,0

¹Beträge ohne Pflegegeld

Quelle: BMF

Von den Gesamtausgaben entfallen 518,7 Mio. € auf die Pauschalvorsorge für Sachausgaben, 220,0 Mio. € auf die Pauschalvorsorge für das Forschungs- und Offensivprogramm und 270,4 Mio. € auf Mittel für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft, die an das Kapitel 61 weitergeleitet werden.

Von den Gesamteinnahmen iHv 1.916,7 Mio. € entfallen 1.421,5 Mio. € auf die Rückflüsse aus dem EU-Haushalt. Für Zahlungen der EU im Rahmen der gemeinschaftlichen Marktordnung ist für 2005 ein Betrag von rd. 1.187 Mio. € zu erwarten. An Rückflüssen aus den Fonds (Europäischer Sozialfonds, Europäischer Regionalfonds und Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft – EAGFL) werden 2006 234,5 Mio. € und aus den Erträgen aus dem Effekten- und Geldverkehr 96,6 Mio. € erwartet. Die zweckgebundenen Einnahmen des Sonderkontos für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft sind mit 275,4 Mio. € budgetiert. An Rücklagenentnahmen sind 121,9 Mio. € vorgesehen.

Kapitel 52 Öffentliche Abgaben

Die Gesamteinnahmen aus Öffentlichen Abgaben (Kapitel 52) sind im BVA-E 2006 brutto mit 58,3 Mrd. € und netto, d. h. nach Abzug der Ertragsanteile der Länder und Gemeinden, der Beiträge an den EU-Haushalt und die sonstigen Überweisungen, mit 38,9 Mrd. € budgetiert. Die Einkommensteuer steigt dabei gegenüber dem BVA 2005 um 0,4 Mrd. €, die Lohnsteuer um 0,7 Mrd. €, die Kapitalertragsteuer I um rd. 0,2 Mrd. €, die Körperschaftsteuer sowie die Umsatzsteuer jeweils um 0,3 Mrd. €. Die Bruttoabgaben liegen um rd. 2,0 Mrd. €, die Nettoabgaben um rd. 1,4 Mrd. € über dem BVA 2005.

Die Basis für die Schätzung des Abgabenaufkommens 2006 sind der vorläufige Erfolg 2004 und die Wirtschaftsprognosen vom Dezember 2004 für die Jahre 2005 und 2006. Die so erhaltenen Schätzungen wurden um die Effekte der Steuerreformen 2004 und 2005 und anderer steuerlicher Maßnahmen (Konjunkturpakete) bereinigt.

Da die Arbeitnehmerentgelte nach den Prognosen 2004 und 2005 schwächer gestiegen sind bzw. steigen und die Zinsen niedrig bleiben, sollte die Gewinnentwicklung dieser Jahre und damit auch der wesentlichen Steuerbasis für Einkommen- und Körperschaftsteuer der jeweiligen Folgejahre weiterhin relativ gut sein. Bei der Einkommensteuer werden sich allerdings die Begünstigung des nicht entnommenen Gewinns und die Tarif-

senkung erst dann voll auswirken. Andererseits wirkt sich das Auslaufen der Investitionszuwachsprämie günstig auf das Steueraufkommen aus. Bei der Körperschaftsteuer ist schwierig einzuschätzen, zu welchem Teil die Senkung 2005 bereits durch VZ-Herabsetzungen im selben Jahr wirksam wird (Annahme: zu etwa 2/3). Je weniger dies geschieht, desto stärker ist die Auswirkung auf das Aufkommen 2006 und z. T. 2007, weil einmalig die Senkung der Vorauszahlungen und der Steuer für das Vorjahr zusammen fallen. Die Lohnsteuer wird 2005 wegen der Steuerreform rückläufig sein, im Jahr 2006 sollte sie – mit Ausnahme einer Restwirkung der Reform zu Jahresbeginn – wieder wie üblich (Elastizität etwa 1 1/2) steigen.

Die Kapitalertragsteuer I dürfte ab 2006 deutlich steigen, weil die höheren Nettogewinne zu einer Zunahme der Ausschüttungen führen sollten. Für die Kapitalertragsteuer II wurde angenommen, dass das Zinsniveau leicht steigt und die Veranlagungen sich etwa parallel zum BIP entwickeln. Die Kapitalertragsteuer III (für Veranlagungen von Bürgern anderer EU-Staaten) lässt sich bestenfalls größenordnungsmäßig schätzen, sie spielt aber für die Budgetfinanzierung wenig Rolle, da 75% an die jeweiligen Staaten zu überweisen sind. Der Wohnbauförderungsbeitrag sollte sich etwa parallel zur gesamtwirtschaftlichen Lohnsumme entwickeln.

Für die Umsatzsteuer wurde angenommen, dass sie etwas unterproportional zum privaten und öffentlichen Konsum steigt. Bei der Tabaksteuer wird nach der Erhöhung 2005 mit keiner weiteren Steigerung gerechnet. Mineralölsteuer, Alkoholabgaben und Energiesteuern werden als Mengensteuern deutlich unterproportional steigen. Dies gilt voraussichtlich auch für die motorbezogene Versicherungssteuer und die KFZ-Steuer. Besonders schwierig zu schätzen sind die Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben, weil hier auch die stark schwankende Entwicklung der Steuerguthaben verbucht wird. Es wird angenommen, dass nach den Abnahmen 2003 und 2004 diese Guthaben wieder leicht steigen werden.

Kapitel 53 Finanzausgleich

Im Kapitel 53 sind die über die Ertragsanteile hinausgehenden Leistungen des Bundes an die Länder und Gemeinden im Rahmen des Finanzausgleichs veranschlagt. Dazu gehören vor allem die Zahlungen auf Basis des Finanzausgleichsgesetzes 2005, des Zweckzuschussgesetzes 2001 und des Katastrophenfondsgesetzes 1996.

Die Entwicklung der Ausgaben gegenüber den Vorjahren wird durch zwei Faktoren bestimmt: nämlich durch die Entwicklung der Abgabeneinnahmen im Kapitel 52 und durch das Ergebnis der Verhandlungen über den Finanzausgleich 2005 bis 2008.

Insbesondere die Bedarfszuweisungen an die Länder zum Haushaltsausgleich (VA-Ansatz 1/53027), die Finanzzuweisung an Länder für umweltschonende und energiesparende Maßnahmen (VA-Ansatz 1/53047), die Finanzzuweisungen an Länder und Gemeinden in Nahverkehrsangelegenheiten (VA-Ansatz 1/53097) und – zumindest für die Budgetierung – auch die Mittel für den Katastrophenfonds (die tatsächlichen Ausgaben richten sich naturgemäß auch nach der Höhe der Schäden) hängen von den Einnahmen aus öffentlichen Abgaben ab. Letztlich hängen auch der Ertragsanteilekopffquoten-Ausgleich der Länder (VA-Ansatz 1/53007) und die Finanzkraftstärkung der Gemeinden (VA-Ansatz 1/53017) von den Abgabeneinnahmen ab, und zwar indirekt über die Entwicklung der Ertragsanteile.

Als eines der Ergebnisse der Verhandlungen über den Finanzausgleich für die Jahre 2005 bis 2008 gewährt der Bund den Ländern und Gemeinden zusätzliche Bedarfszuweisungen iHv 200 Mio. € jährlich (sowie 12 Mio. € für Landeslehrer, siehe Kapitel 12), davon entfallen 100 Mio. € auf die Bedarfszuweisungen an die Länder im Ansatz 1/53027 und 100 Mio. € auf die Bedarfszuweisungen an die Gemeinden im Ansatz 1/53057. Von diesen zusätzlichen Gemeindemitteln dienen 61 Mio. € als Ausgleich für die Mindereinnahmen der Städte aus der Reform des abgestuften Bevölkerungsschlüssels.

Als Summe dieser Effekte steigen die Ausgaben lt. BVA-E im Vergleich zum vorläufigen Erfolg 2004 um 8,5% bzw. im Vergleich zum BVA 2005 um 3,7%. Insgesamt sind im Kapitel 53 im BVA-E 2006 4.341,2 Mio. € vorgesehen, um 155 Mio. € mehr als im BVA 2005. Die Bedarfszuweisungen an die Länder steigen um 134,3 Mio. €, von 790,6 Mio. € (2005) auf 924,9 Mio. €. Weiters steigen die zweckgebundenen Mittel des Katastrophenfonds um 16,2 Mio. € auf 267,4 Mio. €. Auch steigen die Zuweisungen für die Krankenanstaltenfinanzierung geringfügig, von 113,0 Mio. € auf 114,6 Mio. €. Für die Finanzierung der ehemaligen Bundesstraßen sind 262,6 Mio. € vorgesehen. Der Zweckzuschuss des Bundes an die Länder zur Wohnbauförderung, zur Verbesserung der Infrastruktur und zur Finanzierung von Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen („Kyoto-Ziel“) beträgt 1.780,5 Mio. €. Die Zuweisungen für den Nahverkehr betragen 217,8 Mio. €.

Kapitel 54 Bundesvermögen

Die veranschlagten Ausgaben im Kapitel 54 entsprechen im Wesentlichen dem BVA 2005. Von den gesamten Ausgaben iHv rd. 1.134,5 Mio. € entfallen rd. 110 Mio. € auf Verpflichtungen gegenüber internationalen Finanzinstitutionen. 890,4 Mio. € sind für Ausgaben im Rahmen der Haftungsübernahmen präliminiert. Der Großteil davon ist zweckgebunden und findet den Niederschlag in gleicher Höhe auf der Einnahmenseite. Für sonstige besondere Zahlungsverpflichtungen sind 129,7 Mio. € vorgesehen.

Auf der Einnahmenseite findet neben den Transaktionen im Zusammenhang mit den Haftungen die Privatisierungs- und Veräußerungspolitik der Bundesregierung durch Veranschlagungen bei den Veräußerungserlösen sowie Dividendenzahlungen (insbesondere ÖIAG und OeNB) ihren Niederschlag. Die Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen gehen durch den Wegfall der Veräußerungserlöse aus dem Verkauf der Bundeswohnbaugesellschaften von 377,3 Mio. € (BVA 2005) um 357 Mio. € auf 20,3 Mio. € zurück. Die Einnahmen aus Dividenden der ÖIAG wurden mit 200,0 Mio. € veranschlagt, d. h. um 50 Mio. € weniger als im Jahr zuvor. Die Gewinnabfuhr der OeNB an den Bund wurde mit 212,4 Mio. € angesetzt, um rd. 49 Mio. € niedriger als im BVA 2005. Die zweckgebundenen Einnahmen im Rahmen der Ausfuhrförderung sind mit 804,8 Mio. € veranschlagt; dies entspricht in der Größenordnung dem BVA 2005.

Kapitel 55 Pensionen

Im Kapitel 55 werden die Ausgaben für die Pensionen der Hoheitsverwaltung, der Landeslehrer sowie der Bahn und Post und sonstiger ausgegliederter Einrichtungen veranschlagt. Im BVA-E 2006 wurden für den gesamten Pensionsaufwand im Kapitel 55 7.283,5 Mio. € veranschlagt (BVA 2005: 7.143,0 Mio. €). Der Anstieg resultiert einerseits aus der gestiegenen Inflationsrate, andererseits aus einer höheren Anzahl an Neupensionierungen bei den ÖBB, den Nachfolgeunternehmungen der Post und den Landeslehrern. Die Pensionsausgaben für die Bediensteten der Hoheitsverwaltung des Bundes (UT 0) sind mit 3.208,9 Mio. € budgetiert (BVA 2005: 3.133,9 Mio. €, siehe Tabelle 6). Die Ausgaben für den Ersatz des Pensionsaufwandes der Landeslehrer belaufen sich auf 957,2 Mio. € (BVA 2005: 925,6 Mio. €, siehe Tabelle 7). Die sonstigen Pensionsleistungen (hauptsächlich Pensionen der ÖBB und Post) sind mit 2.952,3 Mio. € veranschlagt (BVA 2005: 2.940,6 Mio. €, siehe Tabelle 6).

Auf der Einnahmenseite ist 2006 gegenüber 2005 mit Mindereinnahmen bei den Beiträgen von Unternehmungen mit Bundesbediensteten (Deckungsbeiträge) auf Grund des Rückganges aktiver Bediensteter zu rechnen. Weiters fällt die einmalige Transferleistung der Österreichischen Bundesforste iHv 100,0 Mio. € weg, die 2005 geleistet wird.

Kapitel 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge

Die Ausgaben des Kapitels 58 steigen von 8.815,7 Mio. € (BVA 2005) auf 9.365,2 Mio. € (BVA-E 2006), die Einnahmen von 1.753,7 Mio. € (BVA 2005) auf 2.430,4 Mio. € (BVA-E 2006). Da es sich bei den Beträgen teilweise um „Bilanzverlängerungen“ handelt, ist für die ökonomische Beurteilung die Nettodarstellung der Ausgaben, d. h. die um die Einnahmen verringerten Ausgaben, aussagekräftiger. Die so errechneten Netto-Ausgaben gehen von 7.062,0 Mio. € (BVA 2005) auf 6.934,8 Mio. € (BVA-E 2006) oder um 127,2 Mio. € zurück. Die geringeren Netto-Ausgaben sind vorwiegend auf niedrigere Zinssätze für Schuldaufnahmen 2006 sowie geringerem sonstigen Aufwand im Vergleich zum BVA 2005 zurückzuführen.

Kapitel 60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft

Die Kapitelsumme erhöht sich ausgabenseitig um 62,1 Mio. € oder um 3,0% auf 2.113,6 Mio. € (BVA 2005: 2.051,6 Mio. €). Diese Steigerung geht auf folgende Faktoren zurück:

- Förderungen in ausschließlicher EU-Finanzierung: Die Milchprämie, die bereits 2004 erstmals zahlungswirksam wurde, steigt entsprechend den EU-rechtlichen Vorgaben deutlich an (Ausgabensteigerung um 27,2 Mio. € auf 736,5 Mio. €). Da es sich dabei um EU-Mittel handelt, ist diese Steigerung im Bundeshaushalt jedoch saldenneutral (zusätzliche Einnahmen bei Kapitel 51, allenfalls jedoch erst im folgenden Haushaltsjahr zahlungswirksam).
- Förderungen in Kofinanzierung mit der EU: Die Veranschlagung der EU-Mittel wurde um 29,7 Mio. € auf 885,3 Mio. € angehoben. Dadurch ist die Ausführung des Programms der Ländlichen Entwicklung sichergestellt. Da es sich dabei um EU-Mittel handelt, ist diese Steigerung im Bundeshaushalt saldenneutral (zusätzliche Einnahmen bei Kapitel 51).
- Nationale Agrarförderungen wurden um weitere 4,9 Mio. € auf 112,1 Mio. € aufgestockt. Damit kann das 3 Mrd.-€-Paket für die Landwirtschaft und die erforderliche Kofinanzierung jedenfalls sichergestellt werden.

Die budgetierten Einnahmen betragen 2006 rd. 191,8 Mio. €.

Kapitel 61 Umwelt

Kapitel 61 Umwelt sieht im BVA-E Gesamtausgaben von 559,5 Mio. € (BVA 2005: 524,9 Mio. €) und Gesamteinnahmen von 313,0 Mio. € (2005: 298,4 Mio. €) vor.

Entsprechend dem Regierungsprogramm werden die Ausgaben für den Klimaschutz im Jahr 2006 zur Erreichung des Kyoto-Zieles gegenüber dem Budget 2005 um weitere 30 Mio. € erhöht. Diese Mittel werden für zusätzliche Maßnahmen im Bereich der Umweltförderung im Inland und dem österreichischen JI/CDM-Programm, entsprechend der Bestimmungen des Umweltförderungsgesetzes, eingesetzt. Darüber hinaus werden auch im Bereich des Umweltschutzes verstärkt klimarelevante Projekte gefördert bzw. Maßnahmen zur Reduktion der Emission von Treibhausgasen finanziert, so z. B. im Rahmen des Programms „Klima aktiv“. Dabei handelt es sich um ein Bündel von themenspezifischen Aktionsprogrammen die der Umsetzung der nationalen Klimastrategie dienen sollen. Dies soll durch Ergänzung vorhandener Instrumente bzw. einer Verbesserung der Fördereffizienz, unter anderem in den Bereichen „Erneuerbare Energieträger“, „Bauen“ oder „Mobilität“, erreicht werden.

In der Siedlungswasserwirtschaft wurde der jährliche Zusage Rahmen für Förderungen iHv rd. 218,019 Mio. € bis zum Jahr 2008 verlängert. Diese Förderungen werden primär als Annuitätenzuschüsse über einen Zeitraum von 25 Jahren gewährt, weshalb sich die Ausgaben im Budget 2006 gegenüber dem Vorjahr nur um rd. 15 Mio. € erhöhen.

Das Aufkommen an Altlastenbeiträgen wird gegenüber dem Budget 2005 um 10 Mio. € geringer geschätzt. Dadurch verringern sich auch im selben Ausmaß die Ausgaben für Altlastensanierungsmaßnahmen. Da die kostenintensive Sanierung der Fischer-Deponie weitgehend abgeschlossen ist (Gesamtvolumen rd. 140 Mio. €), sind auch die Ausgaben für Ersatzvornahmen bei Altlasten weiter rückläufig.

Kapitel 63 Wirtschaft und Arbeit

Die Summe der Ausgaben im Kapitel 63 wird für das Jahr 2006 mit 5.721,7 Mio. € veranschlagt (BVA 2005: 5.604,4 Mio. €).

Wesentlichste Änderung gegenüber dem BVA 2005 sind höhere Leistungen in der zweckgebundenen Gebarung Arbeitsmarktpolitik, insbesondere auf Grund eines erwarteten Anstiegs des Übergangsgeldes, einer Erhöhung der

ESF-Mittel (2 Mio. €), einer höheren Überweisung von Mitteln aus der unternehmensbezogenen Arbeitsmarktförderung an das Arbeitsmarktservice – AMS (13,2 Mio. €), sowie die Erhöhung des Bundesbeitrages zur Arbeitsmarktpolitik (0,9 Mio. €).

Die Schwerpunkte des Jahres 2006 liegen im Bereich Wirtschaft hauptsächlich in der KMU-Förderung und der Internationalisierungsoffensive. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Förderungsmaßnahmen im Bereich Technologie.

Im Bereich Arbeit liegt die Konzentration auf dem Grundsatz der Aktivierung zur Arbeitsaufnahme vor passiver Versorgung durch Arbeitslosengeld mit dem Ziel, unvermeidbare Phasen der Arbeitslosigkeit kurz zu halten und damit dauerhaftere Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt frühzeitig zu bekämpfen. Besonders wichtig ist dies im Rahmen der Lissabon-Ziele, v. a. bei der Erhöhung der Beschäftigungsquote von Frauen und älteren Personen. Unverändert hat die umfassende Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen und damit die Absicherung der österreichischen Spitzenposition hohe Priorität. Längerfristig stabile Erwerbskarrieren sollen durch Teilnahmen an Qualifikationsmaßnahmen von geringer qualifizierten Personen im Haupterwerbsalter erreicht werden.

Die Einnahmen steigen genauso wie die Ausgaben in der zweckgebundenen Gebarung Arbeitsmarktpolitik (101,9 Mio. €), nämlich von 4.825,2 Mio. € (2005) auf 4.927,1 Mio. €.

Kapitel 65 Verkehr, Innovation und Technologie

Im Kapitel 65 sind die Ausgaben mit 2.325,2 Mio. € budgetiert. Im BVA 2005 sind es 2.290,4 Mio. €. Dies bedeutet einen Anstieg von 34,8 Mio. €.

Die wesentlichsten Ausgaben, außer den Personalausgaben mit rd. 54,5 Mio. €, sind der öffentliche Personen-

und Nahverkehr (Verkehrsverbände) iHv rd. 63,6 Mio. €, die Eisenbahn Infrastruktur (inkl. BBT) iHv rd. 1.022,5 Mio. €, die Gemeinwirtschaftlichen Leistungen der ÖBB/Privatbahnen iHv rd. 620,6 Mio. €, die Gemeinwirtschaftliche Leistung der Telefonentgeltbefreiung iHv rd. 53,5 Mio. €, der Bundesbeitrag für den U-Bahn Bau in Wien iHv rd. 109 Mio. €, die Privatbahnförderung iHv rd. 28,5 Mio. €, Mittel für den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung iHv rd. 47 Mio. €, Mittel für das Austrian Research Center (ARC) iHv rd. 49,3 Mio. €, die Innovationsförderung iHv rd. 34,0 Mio. €, Zahlungen an die Forschungsförderungs-GmbH (FFG) iHv rd. 58 Mio. €, sowie der Wasserbau aus Mitteln des Katastrophenfonds iHv rd. 36,4 Mio. €.

Der Anstieg der Budgetmitteln iHv 34,8 Mio. € resultiert aus höheren Mittelzuweisungen aus dem zweckgebundenen Katastrophenfonds (rd. 12 Mio. €), höheren Entgeltzahlungen gem. § 11 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Austro Control Gesellschaft mit beschränkter Haftung (5 Mio. €), Zahlungen an die mit 1. Jänner 2005 gegründete Gesellschaft „via donau – Österreichische Wasserstraßen-Gesellschaft m.b.H“ (rd. 1,8 Mio. €), einer über die allgemeinen Mitteln der Fu.E-Offensive II (siehe Kapitel 51) hinausgehenden Aufstockung der Mittel für Forschung und Entwicklung und für Eisenbahnprojekte. Für die Eisenbahn-Infrastruktur stehen 10 Mio. € mehr zur Verfügung. Auch werden die Mittel für das Projekt Brenner Basistunnel um 1 Mio. € auf 6 Mio. € aufgestockt. Für überregionale Projekte stehen überdies auch Zusatzfinanzierungen der EU zur Verfügung.

Die Mittel für andere wichtige Maßnahmen der Verkehrsinfrastruktur wurden bereits im Budget 2005 aufgestockt und sollen 2006 auf diesem Niveau stabilisiert werden. Dies betrifft z. B. regionale Maßnahmen wie den Nahverkehr, aber auch den Ausbau der Donau östlich, welcher eine überregionale Bedeutung hat.

4.2 Budget 2005

Der BVA-E 2005 sah im allgemeinen Haushalt Ausgaben von rd. 64,0 Mrd. €, Einnahmen von rd. 58,9 Mrd. € und ein administratives Defizit von rd. 5,1 Mrd. € vor. Der im vergangenen November vom Nationalrat beschlossene BVA 2005 weist im allgemeinen Haushalt Ausgaben von rd. 64,4 Mrd. €, Einnahmen von rd. 59,0 Mrd. € und ein

administratives Defizit von 5,45 Mrd. € oder 2,2% des BIP aus.

Der Anstieg des Defizits gegenüber dem Budgetentwurf um rd. 0,3 Mrd. € ist darauf zurückzuführen, dass die Länder und Gemeinden infolge des erst nach Vorlage des

Budgetentwurfs beschlossenen Finanzausgleichs 2005 212 Mio. € mehr Mittel aus dem Bundeshaushalt erhalten. Zusätzlich wurde bei der parlamentarischen Behandlung des Budgets 2005 auch der Ersatz des Krankengeldes für Arbeitslose um 103 Mio. € erhöht.

Im Vergleich zum vorläufigen Erfolg 2004 sinken die Ausgaben um rd. 0,5 Mrd. € oder um 0,9%. Die Einnahmen gehen um 2,3% zurück. Auf der Einnahmenseite schlagen vor allem die Steuerentlastungen durch die Steuerreform 2004/2005 und die Konjunkturbelebungsprogramme durch.

Die Schwerpunkte auf der Ausgabenseite des Budgets 2005 sind:

- Den Ausgaben für Forschung und Entwicklung wird besondere Priorität beigemessen. Aus dem Fu.E-Programm II stehen 2005 200 Mio. € zur Verfügung, um 20 Mio. € mehr als im BVA 2004. Ziel der Bundesregierung ist es, die Fu.E-Quote von 1,9% des BIP im Jahre 1999 auf 2,5% bis zum Jahr 2006 anzuheben.
- Überdurchschnittlich steigen auch die Ausgaben für Sicherheit und außenpolitische Beziehungen. Der Anstieg im Innenministerium (Kapitel 11) ist vor allem auf die höheren Ausgaben für die Betreuung von Asylwerbern zurückzuführen. Mit dem Anstieg der Ausgaben im Justizministerium (Kapitel 30) wird in erster Linie auf die steigenden Häftlingszahlen reagiert. Das Innenministerium und das Justizministerium erhalten darüber hinaus mehr Planstellen. Im Budget der Landesverteidigung (Kapitel 40) stehen 70 Mio. € mehr zur Verfügung. Im Budget des Außenministeriums (Kapitel 20) wurden die Ausgaben im Hinblick auf die Vorbereitungen zum EU-Vorsitz 2006 um 15 Mio. € und für Beiträge an internationale Organisationen aufgestockt.
- Für die Erreichung des Kyotoziels werden die Budgetmittel um weitere 30 Mio. € aufgestockt. Somit stehen 2005 hierfür 60 Mio. € zur Verfügung.
- Im Sozialbereich wurden die Pflegegeldbeträge ab 1.1.2005 um 2% angehoben. Die Ausgaben des Familienlastenausgleichsfonds steigen gegenüber dem vorläufigen Erfolg 2004 um 231,2 Mio. €.
- Im Budget des Bildungsministeriums (Kapitel 12 und 14) steigen einerseits die Ausgaben bei den Bundeslehrern und bei den Fachhochschulen, andererseits sinken die Personalausgaben beim Personalamt des ausgegliederten Personals der Universitäten; hier handelt es sich allerdings nur um eine verrechnungstechnische „Bilanzverkürzung“.
- Die seit 2000 durchgeführten Pensionsreformen führen beim Zuschuss des Bundes zur gesetzlichen Pensionsversicherung (Kapitel 16) zu deutlichen budgetären Entlastungen.
- Im Bereich der Verwaltungsausgaben ist das Budget sehr restriktiv. Die Verwaltungsreformmaßnahmen werden plangemäß umgesetzt. Die Planstellen im operativen Bereich werden um fast 1.700 Posten reduziert.
- Die budgetierten Ausgaben im Kapitel 65 Verkehr, Innovation und Technologie gehen deutlich zurück. Hauptgrund für den Rückgang ist die ÖBB-Reform: 325 Mio. € an Kosten für Zinsen und Pensionen werden ab 2005 in den Budgets des Finanzministeriums (Kapitel 58 und 55) saldoneutral ausgewiesen. Neben dieser Verschiebung gibt es im Kapitel 65 auch 12 Mio. € Mehrausgaben für Forschung und Entwicklung sowie 11 Mio. € für Infrastrukturprojekte. Darüber hinaus steigen die Investitionsausgaben für die Infrastruktur Schiene, hochrangiges Straßennetz und Bundeshochbau, diese werden jedoch außerbudgetär bei ausgegliederten Gesellschaften ÖBB, ASFINAG und BIG abgewickelt.
- Für 2005 ist eine allgemeine Gehaltserhöhung von 2,3% vereinbart. Die daraus resultierenden Kosten sind in den veranschlagten Beträgen unterzubringen.

Die Einnahmenseite ist geprägt durch die Steuerreform 2004/2005.

- Die Steuerreform 2004/2005 bringt die bisher umfangreichste Veränderung im Steuersystem seit mehr als 50 Jahren. Die Entlastungswirkungen beider Etappen zusammen liegen 2005 bei 2,1 Mrd. € oder fast 1% des BIP. Rund 1,3 Mrd. € oder 2/3 davon entfallen auf den Bundeshaushalt. Insbesondere die Lohn- und Einkommensteuer (1,9 Mrd. €) und die Körperschaftsteuer (0,5 Mrd. €) werden stark entlastet und gehen gegenüber den vorläufigen Erfolgen 2004 stark zurück.
- Mehr als 2,5 Mio. Österreicher brauchen ab 1. Jänner 2005 keine Lohn- und Einkommensteuer zu bezahlen.
- Von der Senkung der Körperschaftsteuer von 34% auf 25% profitieren mehr als 100.000 heimische Unternehmen.
- Die Steuerreform 2005 stärkt die Einkommen von Familien iHv 250 Mio. €. Für AlleinverdienerInnen wurde ein gestaffelter Kinderzuschlag eingeführt. Die Zuverdienstgrenze beim Alleinverdienerabsetzbetrag wurde deutlich angehoben.
- Weitere bedeutende Schritte zur steuerlichen Entlastung wurden bereits mit den Konjunkturpaketen I und II, dem Wachstumspaket und der ersten Etappe der

Steuerreform, die mit Jahresbeginn 2004 in Kraft getreten ist, gesetzt.

- Die gesamtstaatliche Steuer- und Abgabenquote sinkt auf 41,8% des BIP.

Das geplante Maastricht-Defizit des Bundes 2005 liegt bei rd. 2,4% des BIP. Unter Berücksichtigung der im neuen Österreichischen Stabilitätspakt vereinbarten Konsolidierungsbeiträge der Länder und Gemeinden wird für

2005 ein gesamtstaatliches Maastricht-Defizit von rd. 1,9% des BIP erwartet.

Die Finanzschulden des Bundes unter Berücksichtigung der Schulden und Forderungen aus Währungstauschverträgen betragen Ende 2004 144,9 Mrd. € und 2005 voraussichtlich 150,3 Mrd. €. Die gesamtstaatliche Verschuldungsquote ist sinkend. 2004 betrug sie 64,0% des BIP. Ende 2005 sollte sie auf 63,3% zurückgehen.

4.3 Budget 2004 – Vorläufiger Erfolg

Der BVA für das Jahr 2004 sah im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 62,6 Mrd. €, Einnahmen von 59,2 Mrd. € und ein Defizit von 3,4 Mrd. € oder rd. 1,5% des BIP vor. In der Darstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wurde für den Bundessektor ein Maastricht-Defizit von 3,28 Mrd. € oder 1,4% des BIP erwartet.

Der vorläufige Gebarungserfolg für 2004 weist in administrativer Rechnung im allgemeinen Haushalt Gesamtausgaben von 64,98 Mrd. €, Gesamteinnahmen von 60,35 Mrd. € und ein administratives Defizit von 4,63 Mrd. € oder 1,98% des BIP aus. Im Vergleich zum BVA wurden somit die Ausgaben um rd. 2,3 Mrd. € und die Einnahmen um rd. 1,1 Mrd. € überschritten. Das administrative Defizit fiel um rd. 1,2 Mrd. € höher aus. Das Maastricht-Defizit des Bundes beträgt nach Berechnungen des Bundesministeriums für Finanzen rd. 4,0 Mrd. € oder 1,7% des BIP.

Nur ein geringer Teil dieser rechnerischen Mehrausgaben hat eine wirtschaftliche Entsprechung: Rund 0,9 Mrd. € wurden den Rücklagen zugeführt. Die übrigen 1,4 Mrd. € sind auf die Umstrukturierung der ÖBB zurückzuführen. Diese Mittel wurden als Kapitalaufstockung den neuen Absatzgesellschaften der ÖBB (Personen- und Güterverkehr) zugeführt. Hierbei handelt es sich um einen Vermögenstransfer, dem bei den beiden Absatzgesellschaften eine Erhöhung des Eigenkapitals in gleicher Höhe gegenübersteht und welcher keine Auswirkung auf das Maastricht-Defizit hat.

Darüber hinaus gab es eine Reihe von Mehrausgaben, denen Minderausgaben und Umschichtungen in gleicher Höhe gegenüberstehen (siehe Tabelle 7 und 8). Diese sind zum Großteil auf exogene Faktoren zurückzuführen. So

zog die ungünstige Arbeitsmarktentwicklung höhere Ausgaben bei der Arbeitslosenversicherung nach sich (193,4 Mio. €). Mehrausgaben waren im Bereich der Sicherheit (Kapitel 11: 101,8 Mio. €, Kapitel 30: 47,5 Mio. € und Kapitel 40: 60,8 Mio. €) erforderlich. Ebenso stiegen die Ausgaben für die Beamtenpensionen (Kapitel 55) als Folge der überdurchschnittlich hohen Pensionsübertritte gegen Ende 2003 deutlich stärker als budgetiert (+230,6 Mio. €). Auch für die Beiträge des Bundes zur gesetzlichen Sozialversicherung (Kapitel 16) waren um 33,4 Mio. € mehr zu leisten als geplant. Für die Universitäten und den Bereich Wissenschaft (Kapitel 14) wurden im Vollzug um 163,4 Mio. € mehr Mittel zur Verfügung gestellt: Die Basisabgeltung der Universitäten wurde um 32,6 Mio. € angehoben. Die Fachhochschulen erhielten 11,4 Mio. € mehr als budgetiert; für die Studienförderung wurden 19,8 Mio. € mehr ausgegeben. Weiters fielen die Aufwendungen für die Infrastruktur der Universitäten und für Forschungsprojekte deutlich höher aus als budgetiert. Diese wurden allerdings aus den im Kapitel 51 budgetierten pauschalierten Mitteln des Fu.E-Sonderprogramms II finanziert und umgeschichtet. Schließlich führten das 2002 eingeführte Kinderbetreuungsgeld und die 2003 angehobenen Familienbeihilfen zu Budgetüberschreitungen (zusammen: 116,5 Mio. €). Bei den Überschreitungen im Kapitel 58 (Finanzschuld) handelt es sich u. a. um verrechnungstechnische Bilanzverlängerungen (Zinsen im Zusammenhang mit Währungstauschverträgen und kurzfristigen Finanzierungen), denen auf der Einnahmenseite gleich hohe Beträge gegenüber stehen. Die Überschreitungen im Kapitel 63 Wirtschaft und Arbeit wurden vorwiegend aus der Pauschalvorsorge finanziert.

Einsparungen gab es insbesondere bei den Personalausgaben (-187,9 Mio. €), vor allem im Bereich der ausge-

gliederten Bereiche Post und Nachfolgeunternehmen. Im Bereich der Finanzverwaltung (Kapitel 50) wurden die Sachausgaben um 167,3 Mio. € unterschritten. Auf Grund der geringeren Steuereinnahmen blieben auch die Zahlungen im Kapitel 53 Finanzausgleich hinter dem BVA (-91,3 Mio. €) zurück. Weitere 428,2 Mio. € Minderausgaben stellen legistisch bedingte Verrechnungsvorgänge im Zusammenhang mit der Ausfuhrförderung (Kapitel 54) dar (gleichzeitig Mindereinnahmen). Unterschreitungen gab es ferner in den Kapiteln 15 Soziale Sicherheit, 17 Gesundheit, 51 Kassenverwaltung und 61 Umwelt.

Auf der Einnahmenseite blieben die öffentlichen Abgaben (Kapitel 52) brutto um rd. 1,4 Mrd. € und netto, d. h. nach Abzug der Ertragsanteile an Länder und Gemeinden und EU-Beiträge, um rd. 1,0 Mrd. € hinter dem BVA zurück (siehe Tabelle 8). Die höchsten Ausfälle waren bei Umsatzsteuer (-845,1 Mio. €), Kapitalertragsteuer auf Zinsen (-411,9 Mio. €), Nebenansprüchen (-230,6 Mio. €), Lohnsteuer (-181,4 Mio. €) und Einkommensteuer (-181,1 Mio. €) zu vermerken. Mehreinnahmen gab es vor allem bei Körperschaftsteuer (+170,4 Mio. €), Mineralölsteuer (+144,0 Mio. €), Kapitalertragsteuer I (+86 Mio. €) und Versicherungssteuer (+74 Mio. €).

Die geringe Umsatzsteuerentwicklung ist auf die schwache Entwicklung des privaten und öffentlichen Konsums und auf den Ausfall an Einfuhrumsatzsteuer (Verschiebung) durch den Beitritt der neuen EU-Mitgliedstaaten zurück zu führen. Die Einnahmen aus der Kapitalertragsteuer II hängen maßgeblich von der Höhe des durchschnittlichen Zinssatzes ab. Dieser ist nach der Erstellung des Budgets 2004 im Frühjahr 2003 deutlich stärker gesunken als erwartet. Der Ausfall bei den Nebenansprüchen ergibt sich aus einer neuerlichen Abnahme der Steuerguthaben. Bei der Lohnsteuer wirkten sich die rückwirkenden Maßnahmen der Steuerreform (Kinderzuschläge zum Alleinverdiener- und Alleinerzieherabsetzbetrag, Erhöhung der Pendlerpauschalen) entsprechend aus. Bei der Einkommensteuer waren die steuerlichen Ausfälle aus der Investitionszuwachsprämie zu gering eingeschätzt worden.

Die Mehreinnahmen bei der Körperschaftsteuer sind – trotz stark gestiegener Prämien (v. a. Investitionszuwachsprämien) – auf die gute Gewinnentwicklung des Jahres 2003 zurück zu führen. Bei der Mineralölsteuer dürfte die weiterhin hohe Treibstoffnachfrage von Ausländern maßgeblich sein. Bei der Versicherungssteuer war bereits im Vorjahr das Aufkommen deutlich unterschätzt.

Zusätzlich ist die Gewinnabfuhr der OeNB um 231,9 Mio. € niedriger ausgefallen als budgetiert.

Mehreinnahmen hingegen gibt es v. a. im Kapitel 16 Sozialversicherung durch die Abrechnungsreste aus Vorjahren (209,1 Mio. €), aus Erlösen des Verkaufs von bundeseigenen Wohnbaugesellschaften (525,6 Mio. €), aus höheren Rücklagenentnahmen (507,3 Mio. €), aus höheren Beiträgen im Kapitel 55 (105,2 Mio. €), aus höheren Erträgen aus Kapitalbeteiligungen, höheren EU-Rückflüssen (62,0 Mio. €) und Mehreinnahmen im Kapitel 58 Finanzschuld.

Daneben gibt es eine Reihe von Mindereinnahmen und Mehreinnahmen aus Bilanzverkürzungen wie –verlängerungen, die buchungstechnischer Natur sind, wie die Finanzierung der Abgänge in der Arbeitsmarktgebarung oder im Familienlastenausgleichsfonds, Zinsen aus Währungstauschverträgen, die ausgaben- und einnahmenseitig gleich hoch sind.

In der Maastricht-Rechnung verschlechterte sich das Maastricht-Defizit v. a. infolge der Nicht-Anrechenbarkeit der Einnahmen aus OeNB-Dividenden (423 Mio. €) und der Irak-Schuldenerleichterungen (260 Mio. €) um rd. 0,7 Mrd. €, von 1,4% auf 1,7% des BIP.

Tabelle 8 Vorläufiger Gebarungserfolg 2004 – Ausgaben

in Mio. € (Rundungsdifferenzen)

Kapitel	2004 BVA	2004 Vorl. Erfolg	Abw. vom BVA 2004
01-06 Oberste Organe	159,3	168,1	8,8
10 Bundeskanzleramt	425,0	434,1	9,1
11 Inneres	1.729,5	1.831,3	101,8
12 Bildung und Kultur	5.880,7	5.901,9	21,3
<i>hievon Zahlungen für Landeslehrer (Aktive)</i>	2.774,4	2.774,2	-0,2
<i>Zahlungen an die BIG</i>	300,9	290,7	-10,1
13 Kunst	220,0	217,7	-2,3
14 Wissenschaft	3.160,1	3.228,5	68,4
<i>hievon Universitäten (gesetzliche Verpflichtungen)</i>	1.702,8	1.735,3	32,6
<i>Fachhochschulen</i>	107,3	118,8	11,4
15 Soziale Sicherheit	1.893,0	1.840,0	-53,0
<i>hievon Pflegegeld</i>	1.350,1	1.350,0	-0,1
16 Sozialversicherung	6.684,5	6.718,0	33,4
<i>hievon Bundesbeiträge an Pensionsversicherungsanstalten</i>	5.874,9	5.863,4	-11,5
<i>Ausgleichszulagen</i>	761,5	811,5	50,0
17 Gesundheit und Frauen	610,0	602,5	-7,5
<i>hievon Zuschuss für Krankenanstalten</i>	404,2	392,4	-11,8
19 Familie, Generationen, Konsumentenschutz	5.245,8	5.476,6	230,8
<i>hievon Leistungen des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen</i>	4.936,5	5.053,0	116,5
<i>hievon Familienbeihilfen</i>	2.869,6	2.908,6	39,0
<i>Kinderbetreuungsgeld</i>	1.191,1	1.252,5	61,4
20 Äußeres	340,9	342,7	1,8
30 Justiz	874,9	922,5	47,5
40 Militärische Angelegenheiten	1.740,0	1.800,8	60,8
50 Finanzverwaltung	2.288,4	1.849,3	-439,1
<i>hievon Zoll- und Abgabenverwaltung</i>	541,3	480,6	-60,7
<i>Ämter gem. Poststrukturgesetz</i>	1.065,0	840,9	-224,1
<i>Schuldenerleichterungen</i>	250,4	93,8	-156,6
51 Kassenverwaltung	1.139,5	1.135,9	-3,6
<i>hievon Rücklagenzuführung</i>	0,3	899,0	898,7
<i>Pauschalvorsorge</i>	887,1	0,0	-887,1
52 Öffentliche Abgaben	5,0	2,0	-3,0
53 Finanzausgleich	4.091,6	4.000,3	-91,3
<i>hievon Bedarfszuweisung an die Länder</i>	787,3	741,4	-45,9
<i>Zuschüsse für Wohnbauförderung</i>	1.780,5	1.780,5	0,0
<i>Katastrophen-Fonds</i>	268,2	250,2	-17,9

Kapitel	2004 BVA	2004 Vorl. Erfolg	Abw. vom BVA 2004
54 Bundesvermögen	1.062,0	642,6	-419,4
<i>hievon für Haftungsübernahmen (AFG, AFFG u. a.)</i>	874,5	446,3	-428,2
55 Pensionen	6.566,4	6.796,9	230,5
<i>hievon Pensionen für Hoheitsverwaltung (UT 0)</i>	2.811,1	2.927,2	116,1
<i>Pensionen für Landeslehrer</i>	781,7	900,1	118,4
<i>Pensionen – ÖBB</i>	1.730,0	1.699,3	-30,7
<i>Pensionen – Post</i>	1.102,8	1.134,0	31,2
58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	8.329,2	8.677,3	348,1
60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.007,7	2.075,0	67,4
<i>hievon Marktordnungsmaßnahmen</i>	1.453,8	1.529,3	75,5
61 Umwelt	510,6	503,6	-7,1
63 Wirtschaft und Arbeit	5.057,5	5.845,8	788,3
<i>hievon Leistungen nach dem AIVG und KGG</i>	3.168,3	3.361,8	193,4
<i>Sonstige Leistungen im Rahmen der AMP I+II</i>	4.639,6	4.865,4	225,8
<i>Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik</i>	0,0	555,2	555,2
65 Verkehr, Innovation und Technologie	2.644,9	3.963,6	1.318,7
<i>hievon Kapitalbeteiligungen ÖBB</i>	0,0	1.400,0	1.400,0
Gesamtausgaben	62.666,5	64.977,0	2.310,5

Quelle: BMF

Tabelle 9 Vorläufiger Gebarungserfolg 2004 – Einnahmen

in Mio. € (Rundungsdifferenzen)

	2004 BVA	2004 Vorl. Erfolg	Abw. vom BVA 2004
Kapitel 52 Öffentliche Abgaben			
Lohnsteuer	17.300,0	17.118,6	-181,4
Umsatzsteuer	19.000,0	18.154,9	-845,1
Einkommensteuer	3.000,0	2.818,9	-181,1
Körperschaftsteuer	4.300,0	4.470,4	170,4
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	1.730,0	1.318,1	-411,9
Mineralölsteuer	3.450,0	3.594,0	144,0
Verkehrssteuern	4.572,5	4.620,1	47,6
Abgabenguthaben	151,1	-79,4	-230,6
Sonstige Abgaben	4.114,2	4.191,5	77,3
Öffentliche Abgaben-brutto	57.617,8	56.206,9	-1.410,9
Ab-Überweisungen: Anteile für Länder, Gemeinden, Fonds etc.	-16.601,8	-16.397,2	204,6
EU-Beitrag	-2.400,0	-2.149,5	250,5
Öffentliche Abgaben-netto	38.616,0	37.660,2	-955,8
Sonstige Einnahmen			
Arbeitsmarktpolitik	4.504,0	4.718,2	214,2
<i>hievon Arbeitslosenversicherungsbeiträge</i>	4.477,9	4.110,9	-367,0
<i>Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik</i>	0,0	555,2	555,2
Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	4.936,5	5.053,0	116,5
<i>hievon Dienstgeberbeiträge</i>	3.442,3	3.445,5	3,2
<i>Anteile an öffentlichen Abgaben</i>	1.117,0	1.115,4	-1,7
<i>Ersatz vom Reservefonds</i>	279,8	407,3	127,5
Gerichtsgebühren	564,0	579,6	15,5
Ersätze der Universitäten (Bilanzverlängerung)	733,8	627,0	-106,8
Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung	0,0	209,1	209,1
Lehrlingsausbildungsprämien (Ersatz vom IAF)	0,0	101,6	101,6
Ersätze der Ämter gem. Poststrukturgesetz			
für Aktive	1.065,0	834,6	-230,5
für Pensionen	193,1	212,7	19,6
Ersätze der ÖBB für Pensionen	491,7	536,9	45,1
Rücklagenentnahmen und -auflösungen	305,2	812,5	507,3
EU-Rückflüsse (ESF, EFRE, EAGFL)	1.396,5	1.458,4	62,0
Einnahmen aus Kassenbewirtschaftung	69,4	156,8	87,4
Siedlungswasserwirtschaft	239,3	236,8	-2,4
Katastrophenfonds; Dotierung (Steueranteile, Zinserträge)	268,2	250,2	-17,9
Abfahren gemäß Katastrophen-Fondsgesetz	2,5	17,4	14,9
OeNB-Gewinnabfuhr	650,0	418,1	-231,9

	2004 BVA	2004 Vorl. Erfolg	Abw. vom BVA 2004
Veräußerungserlöse (Wohnbaugesellschaften)	1,4	527,0	525,6
Einnahmen aus Liegenschaftsverkäufen	55,4	61,6	6,2
Einnahmen aus Haftungen (AFG, AFFG u. a.)	842,1	596,2	-245,9
Pensionsbeiträge, -sicherungsbeiträge und Überweisung von Pensionsträgern	653,5	686,6	33,2
Finanzschulden und Währungstauschverträge	1.446,8	2.422,2	975,4
Einnahmen aus Kapitalbeteiligungen (ÖIAG, BIG, ÖBB, Wohnbaugesellschaften u. a.)	438,5	393,5	-45,0
Umwelt, Siedlungswasserwirtschaft	293,6	286,5	-7,1
Übrige Einnahmen	1.470,2	1.490,3	20,0
Summe Sonstige Einnahmen	20.620,8	22.686,7	2.065,9
Gesamteinnahmen	59.236,9	60.346,9	1.110,0

Quelle: BMF

Nach diesem Überblick werden nun die wesentlichen Abweichungen nach Budgetkapiteln erläutert. Dabei handelt es sich um vorläufige Ergebnisse.

Kapitel 10 Bundeskanzleramt

Die Mehrausgaben im Kapitel 10 (rd. 9,1 Mio. €) ergeben sich insbesondere durch die Zahlung an den Ausgleichstaxfonds (3,1 Mio. €), für Zahlungen im Zusammenhang mit der Fußball-Europameisterschaft 2008 (3,4 Mio. €), für die Nachzahlung der besonderen Förderung zur Erhaltung der regionalen Vielfalt der Tageszeitungen nach Klärung des Rechtsanspruches an die „Neue Zeit“ (2,0 Mio. €), für die Nachwuchsarbeit im Hinblick auf die Fußball-Europameisterschaft 2008 (1,0 Mio. €), für die Informationskampagnen der Bundesregierung (EU-Erweiterung, Steuerreform 3,1 Mio. €). Dem gegenüber stehen Minderausgaben beim Personal (3,0 Mio. €).

Die Mindereinnahmen im Kapitel 10 iHv 10,9 Mio. € ergeben sich im Wesentlichen bei der Zentralleitung durch einen geringeren Kostenersatz für die Benützung des Rechtsinformationssystems und des ZAS sowie durch geringere Personalkostenersätze beim Amt des Österreichischen Statistischen Zentralamtes.

Kapitel 11 Inneres

Im Kapitel 11 gab es nach vorläufigen Ergebnissen bei den Ausgaben Überschreitungen iHv 101,8 Mio. €. Davon entfallen 37,9 Mio. € auf die Personalausgaben und 63,9 Mio. € auf den Sachaufwand.

Die Ausgabenüberschreitungen beim Personalaufwand ergaben sich insbesondere durch die Übernahme von knapp 1.100 Bediensteten der Zollwache des Bundesministeriums für Finanzen. Die Mehrausgaben bei den Sachausgaben sind zur Hälfte auf Maßnahmen zur Verbesserung der Kapazitäten im Hinblick auf eine verstärkte Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung, Verbesserung der Ausrüstung und Ausstattung der Sicherheitsexekutive sowie durch erhöhte Anforderungen an die Sicherheitskontrollen an Flughäfen und zur Hälfte auf die erforderliche Betreuung einer erhöhten Anzahl von Asylwerbern und der gestiegenen Anforderungen in Zusammenarbeit mit der Integration von Asylberechtigten zurück zu führen.

Kapitel 12 Bildung und Kultur

Die Abweichung von rd. +21,3 Mio. € bei den Ausgaben ergibt sich aus einem leichten Anstieg der Personalausgaben für Bundeslehrer (d.i. im Einklang mit einem Anstieg der Schülerzahlen an Bundesschulen), aus Mehrausgaben für EU-geförderte Maßnahmen im Bereich der Erwachsenenbildung und für den Denkmalschutz.

Die Abweichung bei den Einnahmen von rd. 27 Mio. € ergibt sich im Wesentlichen aus Mehreinnahmen in den Bereichen Denkmalschutz, Bundesschulen, Kostenersätze der Gemeinde Wien für Behördenaufwand und Überweisungen von EU-Mitteln für Maßnahmen im Bereich der Erwachsenenbildung.

Kapitel 13 Kultur

Die Abweichung (Minderausgaben iHv 2,3 Mio. €) ergeben sich im Wesentlichen aus der Verfügung von Bindungen.

Kapitel 14 Wissenschaft

Die Abweichungen bei den Ausgaben (+68,4 Mio. €) sind im Wesentlichen zurück zu führen auf Mehrausgaben beim Globalbetrag für die Universitäten infolge der Abdeckung der Bezugserhöhungen gemäß Universitätsgesetz, auf zusätzliche Ausgaben für Forschungsförderungen im Rahmen der Forschungsinitiative der Bundesregierung, auf gestiegene Ausgaben für Studienförderungen und zusätzliche Förderungen gemäß Fachhochschulentwicklungsplan.

Die Personalausgaben für beamtete Universitätsbedienstete, die bei den Ämtern der Universitäten verbucht werden, waren niedriger als der BVA, da die Beamtenzahl rascher sinkt als prognostiziert. Den sinkenden Ausgaben stehen dementsprechend sinkende Einnahmen gegenüber, da die Ämter der Universitäten eine Bilanzverlängerung darstellen.

Kapitel 15 Soziale Sicherheit

Die Minderausgaben im Kapitel 15 (rd. 53 Mio. €) ergeben sich insbesondere bei den Versorgungsgebühren nach dem Kriegsoffer- und dem Heeresversorgungsgesetz (-20,8 Mio. €), beim Unterstützungsfonds für Menschen mit Behinderung infolge Wegfall der Unfallrentenbesteuerung (-15,0 Mio. €), sowie im ADV-Bereich (-16,9 Mio. €), vor allem auf Grund von zeitlicher Verzögerungen bei der Realisierung von IT-Vorhaben.

Die Mehreinnahmen im Kapitel 15 resultieren vor allem aus den Abrechnungsresten aus der Pflegevorsorge (+14,4 Mio. €).

Kapitel 16 Sozialversicherung

Sowohl die Mehrausgaben (33,4 Mio. €) als auch die Mehreinnahmen (210,4 Mio. €) ergeben sich insbesondere auf Grund von Abrechnungsresten aus Vorjahren.

Kapitel 17 Gesundheit und Frauen

Die Minderausgaben im Kapitel 17 (7,5 Mio. €) ergeben sich v. a. durch Minderausgaben bei den Zweckzuschüssen nach dem Krankenanstaltengesetz auf Grund eines niedrigeren Umsatzsteueraufkommens (-11,8 Mio. €). Diesen Minderausgaben stehen Mehrausgaben auf Grund von höheren Personalaufwendungen sowie Mutter-Kind-

Pass-Abrechnungen der Jahre 2002 und 2003 (+8,7 Mio. €) gegenüber.

Die Mehreinnahmen resultieren vor allem aus einer Überweisung des Familienlastenausgleichsfonds für Mutter-Kind-Pass-Abrechnungen der Jahre 2002 und 2003.

Kapitel 19 Familie, Generationen, Konsumentenschutz

Die Gesamtausgaben waren um 230,8 Mio. € höher als veranschlagt. Mehrausgaben ergaben sich bei den Familienbeihilfen iHv 39 Mio. €, beim Kinderbetreuungsgeld iHv 62,5 Mio. € und den Schülerfreifahrten iHv 16 Mio. €. Für Unterhaltsvorschüsse, Wochengeld, Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen und Schulbücher ergaben sich Mehrausgaben iHv 22 Mio. €. Durch den höheren Abgang des Familienlastenausgleichsfonds waren dem Reservefonds für Familienbeihilfen um 127,5 Mio. € mehr zu überweisen als veranschlagt.

Bei den Familienbeihilfen begründen sich die Mehrausgaben, so wie schon im Vorjahr, durch einen weiteren Anstieg der Anzahl der Kinder, für welche die Leistung erbracht wird. Ebenso war beim Kinderbetreuungsgeld die Inanspruchnahme höher als angenommen, hier vor allem durch Hausfrauen, Schülerinnen und Studentinnen. Diese Personengruppen erhalten das Kindergeld ab dem Zeitpunkt der Geburt. Frauen, die auf Grund einer Berufsausübung sozial versichert sind, erhalten in den ersten acht bzw. zwölf Wochen nach der Geburt Wochengeld und erst im Anschluss daran das Kindergeld.

Bei den Schülerfreifahrten ergaben sich Mehrausgaben durch eine Erhöhung der Kilometerpreise im Gelegenheitsverkehr, aus Tarifierhöhungen im Linienverkehr sowie höheren Abgeltungen längerer Fahrtstrecken auf Grund von Schulzusammenlegungen. Die Mehrausgaben bei den Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen begründen sich in einer zusätzlichen Untersuchung im 5. Lebensjahr der Kinder. Beim Wochengeld und bei den Unterhaltsvorschüssen ergaben sich aus den Abrechnungen der Krankenversicherungsträger bzw. der erkennenden Gerichte Mehrausgaben. Minderausgaben waren bei Schulfahrtbeihilfen iHv 20 Mio. €, beim Ersatz für die Heimfahrtbeihilfen für Lehrlinge iHv 11,6 Mio. € und beim Familienhärteausgleich iHv 3 Mio. € zu verzeichnen. In diesen Bereichen war die Inanspruchnahme der Leistungen deutlich geringer als angenommen.

Die Gesamteinnahmen waren um 116,5 Mio. € höher als veranschlagt. Mehreinnahmen ergaben sich aus der hö-

heren Überweisung des Reservefonds für Familienbeihilfen zur Abgangsdeckung des FLAF iHv 127,5 Mio. €, sowie bei den Dienstgeberbeiträgen und den rückgezahlten Unterhaltsvorschüssen iHv 4 Mio. €. Bei den Anteilen an der Einkommen- und Körperschaftsteuer, den Transferzahlungen von privaten Haushalten und dem Ersatz für die Heimfahrtbeihilfe kam es auf Grund der ungünstigeren Steuerentwicklung zu Mindereinnahmen iHv 15 Mio. €.

Kapitel 20 Äußeres

Die Überschreitung im Kapitel 20 ist marginal (+1,8 Mio. €). Mehrausgaben ergaben sich insbesondere bei den Pflichtbeiträgen an Internationale Organisationen für friedenserhaltende Operationen der Vereinten Nationen. Dem gegenüber stehen Minderausgaben bei Anschaffungen im Ausland im Bereich der EDV und bei der Instandsetzung von Gebäuden im Ausland sowie bei den Aufwendungen im Ausland wie z. B. für Auslandszulagen, Mieten sowie Kursdifferenzen.

Kapitel 30 Justiz

Im Kapitel 30 kam es nach den vorläufigen Ergebnissen zu Überschreitungen iHv 47,5 Mio. €. Der Großteil davon ist auf die gestiegenen Häftlingszahlen zurück zu führen. So war eine Aufstockung des Personals erforderlich. Gestiegen sind die Aufwendungen für Sachverständige und Dolmetscher bei Gerichten, medizinische Betreuung der Häftlinge, Sicherheitseinrichtungen und für den Ausbau und die Instandhaltung von Justizanstalten.

Einnahmenseitig kam es zu Mehreinnahmen von 30,2 Mio. € v. a. auf Grund von höheren Einnahmen bei Gerichtsgebühren.

Kapitel 40 Landesverteidigung

Im Kapitel 40 wurden die Sachausgaben um rd. 60,8 Mio. € überschritten, die zum Großteil durch Mehreinnahmen (Veräußerung von militärischem Altgerät und Liegenschaften) und Rücklagenentnahmen bedeckt wurden. Die Überschreitungen bei den Ausgaben sind auf vorzeitige Lieferung von Kampfschützenpanzern, Kosten für die Anmietung von F-5E Flugzeugen aus der Schweiz als Zwischenlösung bis zur Auslieferung der Eurofighter sowie sonstige diverse Beschaffungen zurückzuführen.

Kapitel 50 Finanzverwaltung

2004 stand ganz im Zeichen der Reorganisation der Finanzverwaltung. So wurden mit 1. Mai 2004 die Finanz- und Zollämter aufbau- und ablauforganisatorisch grund-

legend umgestaltet, die Finanzlandesdirektionen aufgelöst, über 1.000 Zollwache-Bedienstete zum BMI versetzt, die BundesFinanzAkademie gegründet sowie mit 1.7.2004 die Buchhaltung in die Buchhaltungsagentur des Bundes ausgegliedert. Durch diese tief greifenden strukturellen Änderungen sind in der Finanz- und Zollverwaltung größere Einsparungen entstanden als ursprünglich erwartet.

Weniger Ausgaben als budgetiert waren auch im Bereich der Personalämter gemäß Poststrukturgesetz (Post, Telekom, Postbus) erforderlich. Diesen Minderausgaben stehen allerdings Mindereinnahmen in gleicher Höhe gegenüber.

Auch bei den internationalen Schuldenerleichterungen ist es auf Grund von Verzögerungen bei vorgesehenen Umschuldungsaktionen zu Einsparungen gekommen. Auf der Einnahmenseite sind im Kapitel 50 die nicht veranschlagten Einzahlungen des Insolvenzausgleichsfonds (IAF) im Zusammenhang mit den Lehrlingsausbildungsprämien als bedeutende Abweichung zu nennen.

Kapitel 51 Kassenverwaltung

Die Ausgaben im Kapitel 51 liegen um 3,6 Mio. € unter und die Einnahmen um 655,5 Mio. € über dem BVA. Im Vollzug wurden um 507,3 Mio. € mehr Rücklagen entnommen oder aufgelöst als budgetiert. Die EU-Rückflüsse waren um 61,6 Mio. € höher als erwartet. Die Erträge aus der Veranlagung von Kassenmitteln waren um 87,4 Mio. € höher als budgetiert.

Kapitel 52 Öffentliche Abgaben

Die Abweichungen bei den öffentlichen Abgaben wurden bereits im Überblick dieses Abschnittes dargestellt.

Kapitel 53 Finanzausgleich

Die Unterschiede im vorläufigen Erfolg 2004 zum BVA 2004 im Kapitel 53 sind im Wesentlichen ein Spiegelbild der Abweichungen jener Abgabenerfolge, die die Bemessungsgrundlage für die Höhe von Transfers an Länder und Gemeinden bilden:

Die größte Differenz ergibt sich bei den Bedarfszuweisungen an die Länder zum Haushaltsausgleich (-45,9 Mio. €), die vom Aufkommen an Einkommensteuer (ohne KeSt II) und Körperschaftsteuer in den Monaten Oktober 2003 bis September 2004 bestimmt sind. Minderausgaben bei der Finanzzuweisung an die Länder für umweltschonende und energiesparende Maßnahmen (-10,0 Mio. €) und

bei den Finanzaufweisungen an die Gemeinden in Nahverkehrsangelegenheiten (-4,2 Mio. €), jeweils auf Grund geringerer Einnahmen aus der Energie- und Elektrizitätsabgabe, stehen Mehrausgaben bei den Finanzaufweisungen an die Länder (+8,1 Mio. €) für Zwecke des öffentlichen Personennahverkehrs auf Grund der höheren Einnahmen aus der Mineralölsteuer gegenüber.

Kapitel 54 Bundesvermögen

Die Ausgaben blieben um 419,4 Mio. € hinter dem BVA zurück. Diese sind allerdings zum Großteil verrechnungsbedingt. Im Rahmen der Ausfuhrförderung waren deutlich weniger Mittel für Umschuldungsmaßnahmen erforderlich. Im selben Ausmaße bleiben auch die Einnahmen aus Umschuldungen zurück. Mehr Mittel waren im Bereich der Internationalen Finanzinstitutionen durch eine nicht geplante Zahlung an den Europäischen Entwicklungsfonds notwendig.

Die Einnahmen fielen um 181,6 Mio. € höher aus als budgetiert. Neben den bereits erwähnten verrechnungstechnisch bedingten Mindereinnahmen aus Umschuldungen gab es Mindereinnahmen v. a. durch eine geringere Gewinnabfuhr der OeNB (-231,9 Mio. €). Mehreinnahmen sind entstanden durch die Veräußerung der Bundeswohnbaugesellschaften und sonstigen Grundstücke (unbeweglichen Bundesvermögen).

Kapitel 55 Pensionen

Im Kapitel 55 wurden die Ausgaben um 230,5 Mio. € und die Einnahmen um 105,2 Mio. € überschritten. Die Überschreitung des BVA 2004 bei den Pensionsausgaben der Hoheitsverwaltung (UT 0) beträgt 116,2 Mio. €. Die sonstigen Pensionen (UT 7) führten insgesamt zu einer Überschreitung des BVA 2004 iHv 114,4 Mio. €. Diese resultiert aus Mehrausgaben für die Landeslehrer (117,4 Mio. €) und für die Pensionisten der Post (31,3 Mio. €) sowie Minderausgaben für Pensionisten der ÖBB (-32,5 Mio. €). Diese Überschreitung ist insbesondere auf die bei der Budgeterstellung nicht erwarteten vorgezogenen Pensionsübertritte im Jahre 2003 zurückzuführen. Im Jahr 2003 wurden fast 6.000 Beamte des Bundes pensioniert, doppelt so viel wie die Jahre zuvor. Auch bei den Landeslehrern gab es 2003 überdurchschnittlich viele Pensionsübertritte (rd. 2.500 gegenüber rd. 1.000 in einem Durchschnittsjahr).

Kapitel 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge

Im Kapitel 58 hat sich die Nettoposition um rd. 0,6 Mrd. € verbessert. Dies ist auf die Ausgleichszahlungen bei den

Aufstockungen von EUR-Bundesanleihen sowie Einnahmen aus Stückzinsen zurück zu führen.

Kapitel 60 Land-, Forst und Wasserwirtschaft

Die Mehrausgaben gegenüber dem BVA 2004 im Kapitel 60 (+67,4 Mio. €) ergeben sich in erster Linie durch die erstmalige Auszahlung der Milchprämien (+32,7 Mio. €), deutlichen Steigerungen bei den Tierprämien (+19,9 Mio. €) sowie eine mengenbedingte Steigerung der Beihilfe für die Verarbeitung von Zucker in der chemischen Industrie (+33,2 Mio. €). Diese Maßnahmen werden von der EU finanziert. Bei den landwirtschaftlichen Kreditförderungen ist eine Verringerung der Ausgaben festzustellen (-21,6 Mio. €).

Die Mindereinnahmen (-31,8 Mio. €) ergeben sich u. a. durch die Verschiebung von Sondereinnahmen in das Jahr 2005 (-30,0 Mio. €) und durch die EU-rechtlich bedingte Verringerung der Zuckerabgaben (-5,1 Mio. €).

Kapitel 61 Umwelt

Im Kapitel 61 waren die Gesamtausgaben um rd. 7 Mio. € geringer als veranschlagt. Mehrausgaben ergaben sich im Bereich der Altlastensanierung iHv rd. 12 Mio. € und bei den sonstigen Umweltmaßnahmen iHv 9,5 Mio. €. Minderausgaben ergaben sich bei den Ersatzvornahmen Altlasten iHv 11,8 Mio. €, der Siedlungswasserwirtschaft iHv 7,1 Mio. € und dem österreichischen JI/CDM-Programm iHv 9,6 Mio. €.

Dabei ist darauf hinzuweisen, dass es sich bei den Umweltförderungen (Altlastensanierung, Siedlungswasserwirtschaft und Umweltförderung im Inland und im Ausland) als auch bei den Ersatzvornahmen Altlasten und dem JI/CDM-Programm um mehrjährige Projekte handelt wie z. B. im Bereich der Ersatzvornahmen zuletzt die Sanierung der Fischer-Deponie. Die Auszahlungen sind jeweils vom Projektfortschritt abhängig. Im Zuge der Umsetzung der einzelnen Projekte kommt es hier immer wieder aus verschiedensten Gründen zu Änderungen gegenüber der ursprünglichen Planung.

Die Gesamteinnahmen lagen um rd. 6,3 Mio. € unter dem BVA. Mindereinnahmen ergaben sich im Rahmen der zweckgebundenen Gebarung analog den Minderausgaben bei der Siedlungswasserwirtschaft iHv 7,1 Mio. €. Mehreinnahmen iHv 0,8 Mio. € ergaben sich aus Gebühren nach dem Biozid-Produkte Gesetz, Kostensätzen nach dem Kraftstoffgesetz sowie Transferzahlungen der EU.

Kapitel 63 Wirtschaft und Arbeit

Im Kapitel 63 kam es bei den Ausgaben zu Überschreitungen iHv 788,3 Mio. €. Diese Mehrausgaben ergeben sich im Wesentlichen durch den Bundesbeitrag zur Arbeitsmarktpolitik (+555,2 Mio. €), durch höhere Leistungen in der zweckgebundenen Gebarung Arbeitsmarktpolitik (+212 Mio. €), auf Grund von ESF-Zahlungen für Equal-Maßnahmen (+14,2 Mio. €), durch die Forschungs- und Entwicklungsoffensive (+32,3 Mio. €) sowie durch Baumaßnahmen im Bereich der Kulturbauten (+10,3 Mio. €).

Diesen Mehrausgaben stehen Minderausgaben bei der Burghauptmannschaft (-1,5 Mio. €), bei der Liegenschaftsverwaltung (-3,8 Mio. €), bei der Internationalisierungsoffensive auf Grund der Ausdehnung der Laufzeit bis 2006 bzw. auf Grund von Verschiebungen im Zahlungsprofil bei einzelnen im Rahmen der Initiative geförderten Projekten (-21,4 Mio. €) sowie im Bereich der übrigen Wirtschaftsförderung (-2 Mio. €) und auf Grund geringerer Personalaufwendungen im Bereich Wirtschaft (-4,7 Mio. €) gegenüber.

Die Einnahmen blieben um 34,8 Mio. € hinter dem BVA 2004 zurück. Diese Mindereinnahmen sind im Wesentlichen auf die geringeren Erträge aus Kapitaleinzahlungen (-239,7 Mio. €), die sich auf Grund der abgeschlossenen Wohnungsverkäufe der Bundesimmobiliengesellschaft ergeben, sowie auf geringere Einnahmen aus den Flächen-, Feld-, Speicher- und Förderzinsen (-6,4 Mio. €) zurück zu führen. Diesen Mindereinnahmen stehen Mehreinnahmen auf Grund des Ausgleichs der zweckgebundenen Gebarung Arbeitsmarktpolitik (+212 Mio. €) gegenüber.

Kapitel 65 Verkehr, Innovation und Technologie

Im Kapitel 65 kam es im vorläufigen Erfolg 2004 zu Mehrausgaben iHv 1.318,7 Mio. €. Diese Überschreitungen ergaben sich im Wesentlichen durch eine nicht Maastricht relevante Kapitalzufuhr an die Absatzgesellschaften der neuen ÖBB iHv 1,4 Mrd. €. Minderausgaben ergaben sich u. a. durch die 3%-ige Bindung gemäß Bundesfinanzgesetz 2004 und durch das Steueraufkommen bedingte Zurückbleiben der Mittel im zweckgebundenen Katastrophenfonds.

Die Einnahmen lagen um rd. 74,4 Mio. € über dem BVA. Mehreinnahmen ergaben sich v. a. aus den ÖBB-Dividenden (89,9 Mio. €), den Erlösen aus der Veräußerung der BBT-Anteile des Bundes und Geldstrafen. Mindereinnahmen resultieren aus geringeren Einnahmen im zweckgebundenen Katastrophenfonds (-26,7 Mio. €) und geringeren Erlösen beim Frequenznutzungsentgelt (-5,1 Mio. €).

5. Budgetpolitische Schwerpunkte

5.1 Personalausgaben

Auf den Personalaufwand des Jahres 2006 entfallen rd. 10,8 Mrd. € oder 16,3% der Gesamtausgaben. Gegenüber dem BVA 2005 ist er um 0,1 Mrd. € oder 1,0% gestiegen. Auf den Aktivitätsaufwand entfallen 7,6 Mrd. €. Auf den Pensionsaufwand für Bundesbeamte 3,2 Mrd. €.

Die Aktivitätsausgaben (UT 0) liegen mit 7,6 Mrd. € deutlich unter jenen des Jahres 2000 (8,0 Mrd. €). Die Stabilisierung der Aktivitätsausgaben ist ein Ziel der Bundesregierung. Dies ist gelungen.

Um dieses Ziel zu erreichen, wurden in den letzten Jahren eine Reihe von nachhaltigen Maßnahmen umgesetzt:

- Der Personalstand des Bundes ist seit 31. Dezember 1999 stark gesunken. Der Stand der Vollbeschäftigtenäquivalente betrug in der haushaltsrechtlichen Darstellung Ende 1999 169.717. Ende 2004 waren es rd. 144.600. Dies bedeutet einen Rückgang von über 25.000. Die Einsparungen ergaben sich einerseits durch eine teilweise Nicht-Nachbesetzung von Planstellen nach Pensionsübertritten und andererseits durch Ausgliederungen. Nicht berücksichtigt sind die Abgänge der Nachfolgeunternehmen der Post- und Telegraphenverwaltung (PTV).
- Seit Beginn des Jahres 2004 sind die Universitäten selbständige Rechtsträger. 9.653 Vertragsbedienstete wurden in ein direktes Dienstverhältnis zum selbständigen Rechtsträger „Universität“ übergeleitet.
- Unter Berücksichtigung der Ausgliederung der Universitäten stieg die Anzahl der Vollbeschäftigtenäquivalente 2004 erstmals seit 1999 um rd. 1.200. Die Aufstockung erfolgte hauptsächlich im Sicherheits- und Unterrichtsbereich.
- Für 2005 ist eine weitere Reduzierung der Planstellen um rd. 1.600 geplant (ohne Annex). Im Jahr 2006 sollen weitere rd. 2.500 Planstellen eingespart werden.
- Die Zahl der Beamten ist von Ende Dezember 1999 bis Ende 2004 um rd. 14.900 gesunken.
- Die Überstundenvergütungen und sonstigen Nebengebühren sind zurückgegangen.

- Im Hinblick darauf, dass der Personalabbau im Lehrerbereich nur entsprechend der Schülerzahlentwicklung langfristig erfolgen kann, wurden für den Bereich der Lehrer im Reformpaket 2001 gesonderte, langfristig wirksame Regelungen getroffen. Die Abgeltung der Ordinariats- und Kustodiatstätigkeiten im Schulbereich erfolgt nicht mehr durch Herabsetzung der Lehrverpflichtung, sondern in monetärer Form. Die Abgeltung der Mehrdienstleistungen wurde mit Zielrichtung Einsparungen neu geregelt und für den Landeslehrerbereich wurde ein Jahresnormstundenmodell eingeführt. Ab dem Schuljahr 2003/2004 wurden die Werteinheiten (Studentafel) sukzessive zurückgenommen. Diese Regelungen führten zur Einhaltung der vorgegebenen Einsparungsziele. Durch zusätzliche legislative Änderungen im Lehrerdienstrecht wurde die Personalausgabendynamik auch in diesem Bereich deutlich gedämpft.

Bereits mit der Pensionssicherungsreform 2003 wurde das Pensionssystem der Bundesbeamten einschließlich der Postbeamten, ÖBB-Bediensteten, der Bediensteten der Bundesforste, der Bundestheaterbediensteten und der Landeslehrer weitgehend an das Pensionssystem der ASVG-Versicherten angeglichen. Das Pensionsantrittsalter wird auf das vollendete 65. Lebensjahr angehoben. Der Durchrechnungszeitraum wird progressiv ausgedehnt, sodass 2028 die vollen 40 Jahre erreicht sind. Durch die Reduzierung des Steigerungsbetrages wird ein voller Pensionsanspruch erst nach 45 Dienstjahren erworben. Für vorzeitige Pensionseintritte wurde der jährliche Abschlagsprozentsatz auf 4,2% p.a. erhöht. Der Pensionssicherungsbeitrag der Pensionisten wurde 2004 um einen Prozentpunkt angehoben. Mit der Umsetzung der Pensionsharmonisierung für Bundesbeamte wird die Vereinheitlichung der Pensionsrechte endgültig erreicht. Für Bundesbeamte, deren Dienstverhältnis nach dem 1. Jänner 2005 beginnt, gilt das harmonisierte Pensionsrecht. Für Beamte unter 50 Jahre gilt die Parallelrechnung.

5.2 Pensionsharmonisierung 2004

Prognoserechnungen zeigen, dass die Verlängerung der Lebenserwartung, aber auch Veränderungen im Bevölkerungsaufbau massive Auswirkungen auf die Finanzierung der Pensionsversicherung haben, die sich in Zukunft sukzessive beschleunigen werden. Reformschritte müssen so rasch wie möglich wirksam werden, da die finanzielle Belastung des Bundes ohne Reformen ständig ansteigen und die mittel- und längerfristige Stabilität der Pensionsversicherung, aber auch die notwendige Budgetkonsolidierung gefährden würde.

Daher hat die Bundesregierung die Pensionssicherungsreform in zwei Schritten beschlossen. Sie ist unter den großen Reformvorhaben dieser Legislaturperiode neben der Steuerreform von zentraler Bedeutung. Diese Reform soll im Dauerrecht sicherstellen, dass die langfristige Finanzierbarkeit der Pensionen gesichert wird und nicht – wie in der Vergangenheit mehrmals geschehen – bloß der Pensionsaufwand für einige wenige Jahre in vertretbaren Grenzen gehalten wird. Zum ersten Schritt, der im Jahr 2003 beschlossen wurde, gehören die schrittweise Anhebung des faktischen Eintrittsalters an das gesetzliche in allen Bereichen, auch im öffentlichen Bereich einschließlich der öffentlichen Betriebe, und die Anhebung des Durchrechnungszeitraumes für die Bildung der Pensionsbemessungsgrundlage. Im zweiten Schritt, der im Herbst des Jahres 2004 erfolgt ist und mit 1. Jänner 2005 in Kraft trat, wurden die Harmonisierung der Pensionsversicherungssysteme („Einheitliches Pensionsrecht für alle“) und die Einführung eines beitragsorientierten Pensionskontos mit leistungsorientierter Komponente beschlossen.

Betroffen sind vom neuen Pensionsrecht alle unter 50-Jährigen. Ziel ist nach 45 Versicherungs- bzw. Beitragsjahren für alle erwerbstätigen Versicherten im Alter von 65 Jahren eine Pension in der Höhe von 80% des Lebensdurchschnittseinkommens zu erzielen.

Eine der größten Neuerungen im Pensionsrecht ist die Einführung eines Pensionskontos: Für jeden Versicherten wird ein transparentes Pensionskonto eingerichtet, auf dem seine eingezahlten und aufgewerteten Beiträge sowie zusätzlich erworbenen Leistungsansprüche (z. B. Kindererziehungszeiten, Arbeitslosigkeit) ausgewiesen werden. In die auf dem Pensionskonto ausgewiesenen Ansprüche kann nicht eingegriffen werden. Versicherte kön-

nen ihren Kontostand auf dem Pensionskonto abfragen. Weil dafür umfangreiche technische Vorkehrungen notwendig sind, wird dies erst ab 2007 möglich sein.

Als einheitlicher Beitragssatz gilt 22,8%. Für bäuerlich Versicherte und Selbständige erfolgt eine Ausgleichsleistung durch den Bund, sodass sich für Bauern ein Eigenbeitragssatz für den Versicherten von 15% und für Selbständige von 17,5% ergibt. Die Beitragsanpassung erfolgt in Schritten von 0,25% pro Jahr ab 1. Jänner 2006.

Die Aufwertung zurückliegender Versicherungs- bzw. Beitragsjahre wird verbessert: Im harmonisierten Recht werden die jährlichen Beitragsgrundlagen – auch für die Vergangenheit – mit der Lohnentwicklung, und damit wesentlich besser als bisher, aufgewertet. Auch die Kindererziehungszeiten werden im neuen Recht besser bewertet als im alten Recht. Pensionsbegründend sind künftig vier statt zwei Jahre der Kindererziehung. Bei Mehrlingen gibt es einen Bonus.

Das Regelpensionsalter beträgt künftig 65 Jahre. Allerdings gibt es einen Pensionskorridor, der einen Antritt zwischen dem 62. und dem 68. Lebensjahr ermöglicht – mit Ab- oder Zuschlägen von 4,2% pro Jahr des vorzeitigen bzw. späteren Pensionsantritts.

Für Langzeitversicherte und Schwerarbeiter gelten Sonderregelungen. Die so genannte „Hacklerregelung“ wurde verlängert. Personen mit langer Beitragszeit, Frauen mit 40 und Männer mit 45 Beitragsjahren können bis 2007 mit 55 Jahren (Frauen) bzw. 60 Jahren (Männer) abschlagfrei in Pension gehen. Bis 2010 läuft diese Regel auf gleicher Ebene weiter, allerdings werden dann Abschläge verrechnet (Maximalverlust 6,25%). Nach 2010 wird das Eintrittsalter bei der Hacklerregelung schrittweise angehoben. 2015 läuft die Regelung aus, die Maximaleinbuße liegt dann bei 7,5%. Auch die Schwerarbeitsregelung, die es derzeit nur als Rahmenentwurf gibt, ermöglicht einen früheren Pensionsantritt bei 45 Versicherungsjahren, wenn man mindestens 15 Jahre eine (noch zu definierende) Schwerarbeit geleistet hat. Weiters wurde der „10%-Schutzdeckel“ der Pensionssicherungsreform 2003 modifiziert: Im Jahr 2004 beträgt er 5% und in den folgenden Jahren wird er jeweils um 0,25% pro Jahr angehoben, sodass er 2024 wieder 10% beträgt.

weiter auf S. 40

Tabelle 10 Berechnungsgrundlagen der gesamten Pensionsversicherung

		2001	2002	2003	2004 ¹	2005 ¹	2006 ¹
Durchschnittlicher Stand an							
Pensionen		1.985.431	1.997.719	2.007.857	2.025.623	2.045.008	2.053.255
		+1,23%	+0,62%	+0,51%	+0,88%	+0,96%	+0,40%
Durchschnittlicher Stand an							
Pflichtversicherten		3.181.234	3.185.914	3.205.508	3.228.100	3.249.600	3.273.100
		+0,88%	+0,15%	+0,62%	+0,70%	+0,67%	+0,72%
Durchschnittspension	€	725,10	742,06	755,03	774,00	790,04	815,58
		+2,44%	+2,34%	+1,75%	+2,51%	+2,07%	+3,23%
Durchschnittliche							
Beitragsgrundlage	€	1.903,70	1.935,20	1.989,70	2.036,30	2.085,90	2.140,40
		+3,03%	+1,65%	+2,82%	+2,34%	+2,44%	+2,61%
Pensionsaufwand	Mio. €	20.376,3	20.986,6	21.498,5	22.267,5	22.953,4	23.794,2
		+3,47%	+3,00%	+2,44%	+3,58%	+3,08%	+3,66%
Sonstiger Aufwand	Mio. €	2.000,2	2.036,5	2.084,9	2.215,2	2.265,8	2.310,9
		+5,82%	+1,81%	+2,38%	+6,25%	+2,28%	+1,99%
Summe	Mio. €	22.376,5	23.023,1	23.583,4	24.482,7	25.219,2	26.105,1
		+3,68%	+2,89%	+2,43%	+3,81%	+3,01%	+3,51%
Pflichtbeiträge ab 2005 inkl.							
ehemaligem Zusatzbeitrag	Mio. €	13.191,6	13.430,4	13.880,8	14.307,4	17.925,5	18.537,1
		+4,22%	+1,81%	+3,35%	+3,07%	+25,29%	+3,41%
Überweisungen aus dem							
Ausgleichsfonds ab 2005							
Ersatzzeitenfinanzierung	Mio. €	4.584,9	4.581,0	3.883,4	4.031,3	1.159,8	1.151,3
		+0,39%	-0,09%	-15,23%	+3,81%	-71,23%	-0,73%
Sonstige Erträge	Mio. €	482,9	249,5	221,0	232,7	231,1	229,3
		+146,25%	-48,33%	-11,42%	+5,29%	-0,69%	-0,78%
Summe	Mio. €	18.259,4	18.260,9	17.985,2	18.571,4	19.316,4	19.917,7
		+4,82%	+0,01%	-1,51%	+3,26%	+4,01%	+3,11%
Bundesbeitrag	Mio. €	4.104,9	4.761,5	5.597,5	5.910,5	5.902,1	6.187,4
		-1,26%	+16,00%	+17,56%	+5,59%	-0,14%	+4,83%
Ausgleichszulagen und							
Wertausgleich	Mio. €	884,3	921,2	1.080,4	805,2	820,3	840,7
		+19,79%	+4,17%	+17,28%	-25,47%	+1,88%	+2,49%

¹2004 bis 2006 Schätzwerte

Quelle: BMSGGK

Das neue harmonisierte Pensionsrecht wird erst langsam seine Wirkung entfalten. Der Übergang vom alten Pensionsrecht auf das harmonisierte Pensionsrecht erfolgt mittels Parallelrechnung für alle unter 50-Jährigen. In der Übergangsphase wird die Pension aus zwei Teilen berechnet: Ein Anteil aus dem alten Recht bis einschließlich 2004 und ein Teil aus dem neuen Recht ab 2005. Die bis 2005 erworbenen Ansprüche bleiben voll erhalten. Für die Pension aus dem alten Recht kommt die Verlustbegrenzung („Deckel“) zum Tragen: 5% für 2004, steigend auf letztlich 10% im Jahr 2024. Für neu ins Versicherungssystem eintretende Personen gilt nur mehr das neue Pensionsrecht.

Höhere Pensionen sollen ab 2006 für drei Jahre wie in den Jahren 2004 und 2005 mit Fixbeträgen erhöht werden.

Diese Maßnahmen werden auch bei den Bundesbeamten umgesetzt und gelten auch für die Landeslehrer, Bundestheater-Bediensteten, ÖBB-Beamten sowie für weitere Gruppen von Bediensteten, deren Pensionsansprüche im Pensionsgesetz 1965 geregelt sind.

5.3 Förderausgaben

Die Schwerpunkte der Förderpolitik liegen derzeit bei der Förderung von Forschung und Entwicklung (Fu.E) und der Förderung der aktiven und aktivierenden Arbeitsmarktmaßnahmen. Daneben fließen bedeutende Förderbeträge in die Landwirtschaft.

Förderung von Fu.E

Forschung und Entwicklung zählen zu den Hauptfaktoren im internationalen Standortwettbewerb. Länder mit dem Einkommensniveau Österreichs können ihre relative Wohlstandsposition nur halten, wenn sie vermehrt auf wertschöpfungsintensive Produkte, Dienstleistungen und Prozesse setzen. Diese werden üblicherweise von Ländern mit geringerem Entwicklungsniveau nicht angeboten. Da jedoch Forschungsinvestitionen hoch riskant sind, oft sehr lange Reifungsdauern haben und Fu.E-Resultate oftmals auch anderen Wirtschaftseinheiten als dem Investor zugute kommen, muss die öffentliche Hand hier unterstützend eingreifen. Die Bundesregierung hat daher die Förderung von Fu.E zu einem Schwerpunkt der Förderpoli-

Um die Finanzierung langfristig zu sichern wurde ein Nachhaltigkeitsfaktor eingeführt. Dieser hängt vom Anstieg der Lebenserwartung ab. Konkret sollen Beitragssatz, Antrittsalter, Anpassung und Bundesbeitrag dann angepasst werden, wenn die ermittelte Lebenserwartung mehr als 3% vom derzeit errechneten Wert abweicht. Im Jahr 2015 wird eine Evaluierung stattfinden. Alle drei Jahre hat die Bundesregierung dem Parlament einen Bericht über die Entwicklung und Finanzierbarkeit des Pensionssystems vorzulegen und in ihren Empfehlungen die Einhaltung der Annahmen zur Erreichung des Leistungsziels wie Entwicklung der Erwerbsquote und Produktivität zu berücksichtigen.

Neben der Pensionssicherungsreform 2003 und der Pensionsharmonisierung 2004 wurde mit der „Abfertigung neu“ eine Mitarbeitervorsorge für alle Arbeitnehmer geschaffen („Zweite Pensionssäule“). Darüber hinaus wird die Zukunftsvorsorge als dritte, betriebliche und private Pensionssäule staatlich gefördert, sodass das neue Pensionssystem nun erstmals auf drei Säulen steht.

tik gemacht und in den letzten Jahren sowohl die direkte Förderung als auch die steuerliche Förderung deutlich verbessert.

Nach dem Offensivprogramm I iHv insgesamt 508,7 Mio. € für die Jahre 2001 – 2003 stehen mit dem Offensivprogramm II für die Jahre 2004 – 2006 zusätzlich zu den Ressortansätzen insgesamt 600 Mio. € zur Verfügung. Davon waren 2004 180 Mio. € budgetiert; für 2005 sind 200 Mio. € und für 2006 220 Mio. € budgetiert. Zur Förderung von Forschung und Technologie stehen im Budget 2006 335,2 Mio. € zur Verfügung (siehe Tabelle 11). Zusätzlich stehen Mittel aus der außerbudgetären Nationalstiftung zur Verfügung.

Die für 2005 vorgesehenen 200 Mio. € aus dem Offensivprogramm II werden zu 44% auf Programmvorschläge des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie, zu 34% auf das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und zu 22% auf das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit verteilt und

kommen den Universitäten, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen zugute.

Von diesen Mitteln wird beispielsweise die neue Forschungsförderungs-Gesellschaft (FFG), die im Herbst 2004 gegründet wurde, Programme mit einem Förderbudget iHv 95 Mio. € abwickeln. 12 Mio. € entfallen auf Programme des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF). 33,1 Mio. € werden die Universitäten u. a. für Infrastrukturmaßnahmen und Vorziehpfeuren erhalten. Der Rat für Forschung und Technologieentwicklung hat 13,2 Mio. € für diverse Programme der Austria Wirtschaftsservice GmbH (AWS) empfohlen. 4,9 Mio. € werden der Österreichischen Akademie der Wissenschaften zur Verfügung stehen. 3,8 Mio. € fließen an die Christian-Doppler-Gesellschaft. Mit 9,7 Mio. € sind Programme zur Förderung der Humanressourcen dotiert. Schließlich sind Mittel für Awarenessmaßnahmen, ressortübergreifende Projekte, EU-Anbahnungs- und Zusatzfinanzierungen sowie ressortinterne Programme vorgesehen.

Seit dem Jahr 2004 stehen für Forschungsförderung zusätzliche öffentliche Mittel aus der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung zur Verfügung. 2005 sieht die Nationalstiftung Fördermittel iHv 127,6 Mio. € vor. Diese Mittel werden nicht aus dem Bundesbudget bereitgestellt, sondern finanzieren sich aus Mitteln der OeNB und des ERP-Fonds und sollen folgenden Institutionen bzw. Projekten zugute kommen:

Institution/Programm	in Mio. €
Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF)	40,0
Forschungsförderungs-Gesellschaft (FFG)	40,0
Akademie der Wissenschaften	11,7
Institut für Molekulare Biotechnologie	8,0
Austrian Research Centers Seibersdorf	6,5
Christian-Doppler-Gesellschaft	5,0
Institut für medizinische Genomforschung und Systembiologie	2,4
Ludwig Boltzmann Gesellschaft	1,5
Programm „Bridge“	5,0
Strategische Exzellenz-Leitprojekte	3,5
Austria Wirtschaftsservice (AWS) für „Creative Industries“	4,0
Summe	127,6

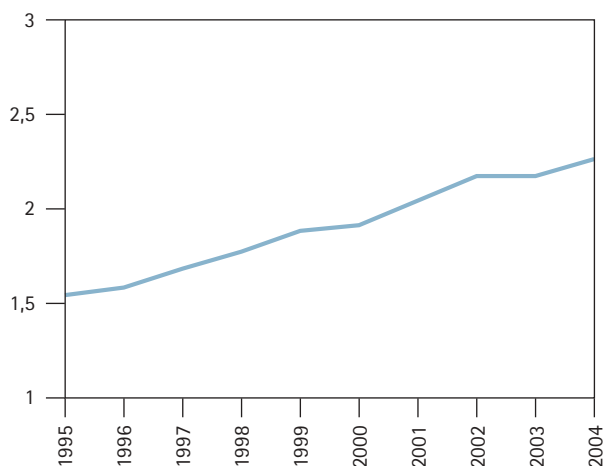
Daneben wurde die steuerliche Förderung der Fu.E deutlich verbessert. Der allgemeine Forschungsfreibetrag wurde auf 25% der Forschungsaufwendungen erhöht. Alternativ dazu kann auch eine Forschungsprämie beansprucht werden. Diese beträgt derzeit 8%.

Reformen gab es auch bei den Fördereinrichtungen. Mit Wirksamkeit 1. September 2004 wurde die Forschungsförderungs-Gesellschaft (FFG) geschaffen. Der Forschungsförderungs-fonds der gewerblichen Wirtschaft (FFF), die Technologie Impulse Gesellschaft (TIG) und das Büro für Internationale Technologiekooperationen (BIT) wurden fusioniert sowie die Anteile des Bundes an der Austrian Space Agency (ASA) in die Gesellschaft eingebracht. Ausgestattet mit neuen Fördermitteln aus der Fu.E Offensive II wird die neue Gesellschaft mit 175 Mitarbeitern ein Förderungsvolumen von derzeit rd. 350 Mio. € verwalten.

Der Erfolg dieser Förderpolitik zeigt sich in den Zahlen: Die Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung (Fu.E-Quote) stiegen von 1,54% des BIP im Jahre 1995 auf fast 2,3% im Jahre 2004 und haben damit bereits 2002 den EU-Durchschnitt überholt (EU-15 Durchschnitt: 1,95%, EU-25 Durchschnitt: 1,86%).

Ausgaben für Fu.E

in % des BIP



Quelle: Statistik Austria

Tabelle 11 Ausgaben für Förderungen

in Mio. € (Rundungsdifferenzen)

	2002	2003	2004	2004	2005	2006
	Erfolg	Erfolg	BVA	Vorl. Erfolg	BVA	BVA-E
Fördermaßnahmen für Industrie und Gewerbe	358,8	495,7	604,9	467,5	600,5	626,7
davon						
Förderungen an kleine und mittlere Unternehmen	48,7	50,3	91,8	61,9	75,5	75,5
Regionalförderung	77,5	146,7	144,5	149,4	130,4	108,6
Forschungs- und Technologieförderung	170,3	229,8	293,4	183,0	311,9	335,2
Förderungen von Maßnahmen für den Umweltschutz	46,4	59,9	66,4	64,2	65,7	91,5
Förderungen von Umstrukturierungsmaßnahmen	3,9	0,0	0,0	0,0	7,3	6,4
Infrastrukturförderung	2,3	3,7	2,6	3,8	4,5	4,3
Sonstige Förderungen	9,7	5,3	6,2	5,2	5,2	5,2
Aktive Arbeitsmarktpolitik	666,0	766,5	784,4	792,2	785,8	796,3
Förderungsmaßnahmen für die Landwirtschaft	1.566,3	1.605,5	1.631,6	1.659,9	1.665,9	1.728,7
Agrarische Strukturförderungen ohne EU-Kofinanzierung	118,4	104,6	108,7	83,0	95,6	101,4
Agrarische Strukturförderungen mit EU-Kofinanzierung	775,2	803,4	841,7	828,5	855,9	885,6
Marktordnungsmaßnahmen von EU refinanziert	667,5	692,4	676,0	743,1	707,9	735,1
Nationale Marktordnungsmaßnahmen	5,2	5,1	5,2	5,3	6,5	6,6
Insgesamt	2.591,1	2.867,7	3.020,9	2.919,6	3.052,2	3.151,6

Quelle: BMF

Aktive Arbeitsmarktpolitik

Die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung konzentriert sich auf den Grundsatz der Aktivierung vor passiver Versorgung mit dem Ziel, unvermeidbare Phasen der Arbeitslosigkeit kurz zu halten und damit dauerhaftere Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt frühzeitig zu bekämpfen. Besonders wichtig ist dies im Rahmen der Lissabon-Ziele, v. a. bei der Erhöhung der Beschäftigungsquote Älterer, wo sich auch durch die erfolgreiche Pensionsreform beachtenswerte Erfolge einstellen. Unverändert hat die umfassende Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen hohe Priorität. Längerfristig stabile Er-

werbskarrieren werden durch Teilnahmen an Qualifikationsmaßnahmen von geringer qualifizierten Personen im Haupterwerbsalter, beispielsweise durch zukunftsorientierte Qualifikation im Bereich Gesundheits- und Pflegeberufe eröffnet. Dadurch werden die Erschließung und Entwicklung der Humanressourcen gefördert, die individuellen Arbeitsmarktchancen erhöht und damit ein bedeutender Beitrag zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen am Arbeitsmarkt, insbesondere beim Wiedereinstieg nach Berufsunterbrechung geleistet.

Trotz der positiven Wirtschafts- und Standortentwicklung baut die Bundesregierung die Leistungen der Arbeits-

marktpolitik noch weiter aus. Nach den Rekordbudgets 2004 und 2005 wird der Mitteleinsatz für aktive und aktivierende Arbeitsmarktmaßnahmen auf das bisher höchste Niveau von 1.545 Mio. € nochmals angehoben. Davon werden vom AMS 711 Mio. € verausgabt. Diese teilen sich auf in beschäftigungsfördernde Maßnahmen (169 Mio. €), Qualifizierungsmaßnahmen (403 Mio. €) und sonstige Unterstützungsmaßnahmen (139 Mio. €). Weitere 85 Mio. € werden vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit direkt im Sinne dieser Zielsetzungen verausgabt.

Im Rahmen der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik werden zusätzlich 749 Mio. € eingesetzt, wobei rd. 483 Mio. € auf das Altersteilzeitgeld entfallen, 188 Mio. € auf Leistungen, die an Teilnehmer von Schulungsmaßnahmen fließen, 70 Mio. € an Teilnehmer von Stiftungsmaßnahmen und rd. 8 Mio. € für Bezieher von Weiterbildungsgeld.

In diesem Rahmen ist die zweckgebundene Gebarung Arbeitsmarktpolitik darauf ausgerichtet, besonders die arbeitsmarktpolitische Zielvorgabe der nachhaltigen Arbeitsmarktintegration von Frauen durch gezielte überdurchschnittliche Mitteldotierung für Frauenmaßnahmen im Rahmen der arbeitsmarktpolitischen Jahresplanung des AMS zu unterstützen.

Mitteleinsatz für aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik

in Mio. €

	1999			2004 (vorläufig)			2005 (Plan)			2006 (Plan)		
	Aktiv	Aktivierend	Gesamt	Aktiv	Aktivierend	Gesamt	Aktiv	Aktivierend	Gesamt	Aktiv	Aktivierend	Gesamt
AMS	626	121	747	711	747	1.458	711	756	1.467	711	749	1.460
BMWA	15	--	15	82	--	82	75	--	75	85	--	85
Summe	641	121	762	792	747	1.540	786	756	1.542	796	749	1.545

Quelle: BMWA

Förderungen im Bereich der Landwirtschaft

Der Agrarhaushalt ist einer der förderungsintensivsten Bereiche des Bundeshaushaltes. Bund und EU gemeinsam wenden bereits 1.728,7 Mio. € für Agrarförderungen auf (siehe Tabelle 11). Das sind 81,8% der Ausgaben summe des Kapitels 60. Das Förderungsvolumen weist auf Grund der GAP-Reform eine stetig steigende Tendenz aus.

Nach der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik sind nun weitere Umsetzungsschritte erforderlich. Direkt finanziell wirksam ist die planmäßige Anhebung der Milchprämie. Bedeutend für die Landwirtschaft ist aber auch die Umsetzung der Auflagenbindung der von der konkreten Produktion entkoppelten Direktzahlungen.

Mit dem Jahr 2006 wird die laufende Programmperiode für die Ländliche Entwicklung abgeschlossen.

Das „3 Mrd. €-Paket“ wird entsprechend dem Regierungsprogramm umgesetzt. Bund und Länder stellen im Zeitraum 2003 – 2006 insgesamt 3 Mrd. € zur Verfügung, wobei die Finanzierung im Verhältnis 60 : 40 geteilt ist. Die nationalen Agrarförderungen werden dadurch auf einem hohen Niveau stabilisiert.

5.4 Öffentliche Abgaben – Zweite Etappe der Steuerreform 2004/2005

Die Steuerreform 2004/2005 – mit einem Gesamtvolumen von über 3 Mrd. € – wird in zwei Steuerreformetappen umgesetzt. Sowohl Arbeitnehmer als auch Wirtschaft werden deutlich entlastet. Die erste Etappe der Steuerreform wurde mit dem Budgetbegleitgesetz 2003 beschlossen und mit 1. Jänner 2004 in Kraft gesetzt und

führt zu einer Entlastung von rd. 0,5 Mrd. €. Die Schwerpunkte liegen dabei in der Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer von kleinen und mittleren Einkommen, in der Eigenkapitalstärkung gewerblicher Einzelunternehmen und Personengesellschaften und in einer weiteren Ökologisierung des Steuersystems. Die zweite Etappe der

Steuerreform wurde im Frühjahr 2004 beschlossen und führt zu einer Entlastung von ca. 2,5 Mrd. €. Deren Maßnahmen gelten zum größten Teil ab 1. Jänner 2005. Insbesondere der familienpolitische Teil wurde jedoch rückwirkend auf Anfang 2004 vorgezogen.

Die Maßnahmen der zweiten Etappe der Steuerreform bringen insbesondere:

- Reform des Einkommen- und Lohnsteuertarifs mit einer Tarifentlastung von 1,1 Mrd. €,
- stärkere steuerliche Förderung von Familien,
- Anhebung des Pendlerpauschales und des steuerlich anerkannten Höchstbetrages für Kirchenbeiträge,
- Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 34% auf 25%,
- Einführung einer modernen Gruppenbesteuerung,
- steuerliche Entlastung versicherungstechnischer Rückstellungen,
- Abschaffung der Schaumweinsteuer und Senkung der Biersteuer sowie
- Senkung der Mineralölsteuer auf Agrardiesel.

Der Einkommen- und Lohnsteuertarif wurde vom System her umgebaut. Die früheren Grenzsteuersätze wurden durch Durchschnittssteuersätze abgelöst. Es gibt nur mehr zwei Durchschnittssteuersätze mit 23% und 33,5%. Der Spitzensteuersatz von 50% bleibt unverändert. Dies bedeutet neben einer deutlichen Vereinfachung auch mehr Klarheit. Gleichzeitig werden die Steuerzahler um etwa 1,1 Mrd. € entlastet. Nun setzt für Arbeitnehmer die Steuerpflicht bei einem Bruttojahreseinkommen von 15.770 € ein. Für Pensionisten wurde die Steuerbefreiung auf 13.500 € erhöht. Selbständige zahlen bis zu einem Jahreseinkommen von 10.000 € keine Einkommensteuer mehr. Ab 1. Jänner 2005 werden rd. 2,55 Mio. Steuerpflichtige keine Lohn- und Einkommensteuer mehr bezahlen.

Einen großen Bereich der zweiten Etappe der Steuerreform 2004/2005 bildet die Entlastung der Familien. Rückwirkend ab dem 1. Jänner 2004 wurde ein Kinderzuschlag zum Alleinverdiener und -erzieherabsetzbetrag in gestaffelter Form eingeführt: 130 € jährlich für das erste Kind, 175 € für das zweite und 220 € für jedes weitere Kind. Darüber hinaus wurde die Zuverdienstgrenze beim Alleinverdienerabsetzbetrag mit Kind von 4.400 € auf 6.000 € jährlich erhöht. Das heißt, bis zu diesem Betrag darf der jeweilige Partner dazuverdienen, ohne dass der Absetzbetrag wegfällt. Für Alleinverdiener ohne Kind beträgt die Zuverdienstgrenze unverändert 2.200 €. Die Kosten

für diesen familienfördernden Teil der Steuerreform betragen insgesamt 230 Mio. € und wurden bereits auf 2004 vorgezogen. Weiters wurde das Pendlerpauschale generell um 15% erhöht. Damit werden die Kostenerhöhungen für die Wegstrecke Wohnung – Arbeitsstätte pauschal abgegolten. Auch die Anhebung des Pendlerpauschales gilt bereits für das gesamte Jahr 2004. Schließlich wurde die Absetzbarkeit des Kirchenbeitrages von 70 € auf 100 € angehoben.

Der dritte Bereich betrifft die steuerliche Entlastung der Unternehmen. Die Absenkung des Körperschaftsteuersatzes von 34% auf 25% entspricht einer Entlastung von knapp 1 Mrd. €. Dadurch wird die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft gegenüber den wichtigsten Mitbewerbern erhöht. Zusätzlich tritt nunmehr an Stelle der bisherigen Organschaftsregelung eine moderne, international attraktive Gruppenbesteuerung, die zu weiteren Entlastungen für die Wirtschaft im Ausmaß von 100 Mio. € jährlich führt. Die Organschaft ist antiquiert und entspricht nicht mehr den heutigen Unternehmensstrukturen. Mit der neuen Gruppenbesteuerung soll die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Österreich zusätzlich erhöht und die Internationalisierung der heimischen Wirtschaft gesteigert werden. So wird die Verlagerung von Headquarters sowie von Forschungs- und Entwicklungszentren nach Österreich bewusst forciert, um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen und bestehende zu sichern. Die steuerliche Abzugsfähigkeit bestimmter versicherungstechnischer Rückstellungen wurde ausgeweitet.

Die Schaumweinsteuer wurde abgeschafft und die Biersteuer wurde abgesenkt. Von dieser Maßnahme profitieren vor allem Gastronomie und Tourismuswirtschaft. Für die Landwirtschaft benötigter Dieseltreibstoff wird ab 2005 günstiger besteuert. Dies führt zu einer Entlastung von 50 Mio. € jährlich.

Die zwei Etappen der Steuerreform bringen ein jährliches Entlastungsvolumen von mehr als 3 Mrd. € für diese Legislaturperiode. Gemeinsam mit den Konjunktur- und Wachstumspakten wird die Nettoentlastung der Steuerzahler und der Wirtschaft insgesamt über 4 Mrd. € betragen.

Tabelle 12 Budgetäre Wirkungen der Steuerreform 2004/2005¹

in Mio. €

	2004	2005	2006	2007
Lohn- und Einkommensteuer				
Erste Etappe				
Tarifreform 2004	320	380	380	380
Eigenkapitalbegünstigung	--	200	400	400
Studienbeiträge	--	3	3	3
Gleichbehandlung ausländischer Kapitaleinkünfte	5	10	10	10
Breitbandtechnik	4	8	--	--
Summe erste Etappe	329	601	793	793
Zweite Etappe				
Tarifreform	--	950	1.150	1.100
Kinderzuschläge AVAB ²	160	240	200	200
Zuverdienstgrenze Alleinverdienerabsetzbetrag	25	35	30	30
Kirchenbeiträge	--	--	30	30
Pendlerpauschale	15	25	20	20
Summe zweite Etappe	200	1.250	1.430	1.380
Lohn- und Einkommensteuer – Gesamtentlastung	529	1.851	2.223	2.173
Körperschaftsteuer				
Körperschaftsteuersatzsenkung	--	500	1.450	975
Gruppenbesteuerung	--	--	100	100
Versicherungstechnische Rückstellungen	--	--	25	25
Körperschaftsteuer – Gesamtentlastung	--	500	1.575	1.100
Verbrauchssteuern				
Erste Etappe				
Umsatzsteuer (auf Mineralölsteuer/Energieabgaben)	-40	-43	-43	-43
Mineralölsteuer	-200	-240	-240	-240
Energieabgaben	-135	-117	-117	-117
Straßenbenützungsabgabe	75	90	90	90
Summe erste Etappe	-300	-310	-310	-310
Zweite Etappe				
Schaumweinsteuer	--	10	20	20
Biersteuer	--	5	8	8
Agrardiesel (Mineralölsteuer)	--	--	50	50
Summe zweite Etappe	--	15	78	78
Verbrauchssteuern – Gesamt	-300	-295	-232	-232
Entlastung durch Steuerreform, erste Etappe (2004)	29	291	483	483
Entlastung durch Steuerreform, zweite Etappe (2005)	200	1.765	3.083	2.558
Entlastung durch Steuerreform gesamt (2004/05)	229	2.056	3.566	3.041
in % des BIP	0,1	0,8	1,4	1,2
Zusätzlich: Entlastung bei ALV-, UV-, FLAF- und IESG-Beiträgen	153	153	153	153

¹(+) = Steuersenkung, (-) = Steuererhöhung²AVAB = Alleinverdiener- und -erzieherabsetzbetrag

Quelle: BMF

Tabelle 13 Öffentliche Abgaben des Bundes

in Mio. €

	2002	2003	2004	2004	2005	2006
	Erfolg	Erfolg	BVA	Vorl. Erfolg	BVA	BVA-E
Veranlagte Einkommensteuer	3.126,0	2.677,2	3.000,0	2.818,9	2.400,0	2.800,0
Lohnsteuer	16.218,6	16.943,8	17.300,0	17.118,6	17.000,0	17.700,0
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	1.662,8	1.410,3	1.730,0	1.318,1	1.550,0	1.570,0
Körperschaftsteuer	4.559,2	4.331,9	4.300,0	4.470,4	3.600,0	3.800,0
Umsatzsteuer	17.638,6	16.472,3	19.000,0	18.154,9	19.100,0	19.400,0
Zölle	218,5	207,7	200,0	221,5	180,0	170,0
Tabaksteuer	1.296,9	1.328,7	1.350,0	1.317,9	1.350,0	1.400,0
Mineralölsteuer	3.108,7	3.310,0	3.450,0	3.594,0	3.700,0	3.650,0
Stempel und Rechtsgebühren	765,8	781,0	800,0	790,2	815,0	825,0
Energieabgabe	692,3	699,3	790,0	736,2	750,0	760,0
Normverbrauchsabgabe	414,5	449,7	440,0	477,0	490,0	510,0
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.185,0	1.217,4	1.250,0	1.251,1	1.290,0	1.320,0
Kraftfahrzeugsteuer	201,1	207,3	150,0	166,0	140,0	145,0
Sonstige Abgaben	3.862,8	3.461,4	3.857,8	3.772,3	3.945,2	4.266,2
Bruttoabgaben	54.950,8	53.497,9	57.617,8	56.206,9	56.310,2	58.316,2
Überweisung an Länder, Gemeinden, Fonds u. a.	-16.176,4	-16.077,3	-16.601,8	-16.397,2	-16.440,7	-17.028,5
Überweisung an die EU	-2.108,2	-1.952,2	-2.400,0	-2.149,5	-2.386,1	-2.386,1
Nettoabgaben	36.666,2	35.468,4	38.616,0	37.660,2	37.483,3	38.901,5

Quelle: BMF

5.5 Verwaltungsreform

Seit dem Regierungswechsel 2000 und verstärkt mit der neuen Regierung 2003 wird der Verwaltungsreform besonderes Augenmerk zuteil. Die Notwendigkeit einer umfassenden weiterlaufenden Verwaltungsreform wurde als Priorität erkannt und im Regierungsprogramm 2003 ausdrücklich festgehalten. Ziel ist es, die Aufgaben des Staates bürgerorientiert, effizient und effektiv zu erfüllen.

Die vielfältigen Initiativen haben in den letzten Jahren einen erheblichen Modernisierungsschub bewirkt. Angesichts der parallel erfolgten Haushaltskürzungen und Personaleinsparungen kann man von einer deutlichen Produktivitätssteigerung ausgehen. Durch Personal- und Verwaltungsreformmaßnahmen konnten in der Bundesver-

waltung seit dem Jahr 2000 Einsparungen in der Bundesverwaltung von über 1,4 Mrd. € erreicht werden und rd. 13.000 Vollbeschäftigungsäquivalente (VBÄ) abgebaut werden.

Die gewollte Ressourcenverknappung erfordert eine gezielte Personalentwicklung und ein durchdachtes Personalmanagement, um die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors zu optimieren. Die Ministerien haben entsprechende Schritte durch eigene Personalentwicklungsprogramme gesetzt. Um die notwendige Flexibilität im öffentlichen Dienst zu gewährleisten, sind die Schaffung eines einheitlichen Bundesmitarbeitergesetzes und die Vereinheitlichung der Dienst- und Besoldungsrechte geplant.

Die effektive Nutzung der Instrumente des New Public Managements und der modernen Technologien dienen der effektiven, effizienten und kostengünstigen Erfüllung der öffentlichen Aufgaben.

Die traditionelle öffentliche Verwaltungsführung wird zunehmend in eine nach den Grundsätzen des New Public Managements orientierte öffentliche Verwaltung weiterentwickelt. Neben dem Ausbau von Controlling und modernen Berichts- und Managementsystemen sind insbesondere die Verlängerung der Flexibilisierungsklausel und die Einführung der Bundes-Kosten-Leistungsrechnung hervorzuheben:

- Im Rahmen der bis Ende 2006 verlängerten Flexibilisierungsklausel wird Dienststellen des Bundes mehr Spielraum und Verantwortung in Fragen Budget, Personal, Organisation und Leistungserstellung ermöglicht. Derzeit sind 14 Flexiorganisationen aktiv.
- Moderne Kosten- und Leistungsrechnungsinstrumente ermöglichen eine Umstellung auf die Bewertung von Leistungen mit Betonung des Outputs als Zielvorgabe. Durch die Einführung der Bundes-Kosten-Leistungsrechnung mit 1.1.2005 können Kosten von Leistungen und damit auch Einsparungen und Leistungssteigerungen sichtbar gemacht werden.

Die Möglichkeiten der IT-Technologien werden auch in der öffentlichen Verwaltung zunehmend zum Nutzen der Bürger und Bediensteten genutzt. Ein Modernisierungsschub für den gesamten öffentlichen Sektor und eine Verbesserung der Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung soll dadurch erreicht werden:

- Bei den EU-Gipfeln in Feira und Lissabon wurde von den EU-Mitgliedsländern vereinbart, dass bis Ende 2005 alle wesentlichen Verwaltungsleistungen im Internet verfügbar sein sollen. Die Umsetzung erfolgt in nationalen Konzepten. Auch Österreich muss Ende 2005 dahingehend umgerüstet sein. Essenziell für eine erfolgreiche Umsetzung ist die Zusammenarbeit auf allen Ebenen bei der Erstellung einer umfassenden Strategie und deren Realisierung. Die Bundesregierung hat daher im Mai 2003 eine E-Government Offensive gestartet und bereits zahlreiche Maßnahmen gesetzt.
- Seit 2001 entwickelt HELP Online-Amtswege, die 24 Stunden, 7 Tage pro Woche zur Verfügung stehen. Derzeit stehen 38 Online-Amtswege zur Verfügung. Help.gv wurde als bestes Beispiel in Europa mit dem E-Government Award ausgezeichnet.

- Im BMF selbst ist es durch FINANZOnline möglich, dass Steuererklärungen (Einkommen-, Körperschaft-, Umsatzsteuer) abgegeben werden. Steuererklärungen können elektronisch übermittelt und Steuerbescheide elektronisch zugestellt werden. Mögliche Rückerstattungen können somit innerhalb weniger Tage erfolgen.
- Die alte Haushaltsverrechnung der 70er Jahre wurde durch die international anerkannte Standardsoftwarelösung SAP/R3 abgelöst. Die neue Haushaltsverrechnung startete im Mai 2004 und ermöglicht ein effizientes Personal-, Finanz- und Liquiditätsmanagement und eine zeitgemäße Bereitstellung von Controllingdaten. Abläufe wurden vereinfacht, Mehrfacherfassungen werden verhindert.
- Durch die bundesweite Einführung des Elektronischen Aktes (ELAK) mit Beginn 2005 gibt es in allen Bundesministerien nur mehr Akten in elektronischer Form, die ohne Medienbruch zwischen den Ressorts ausgetauscht werden können. Damit wird die Erledigungsdauer insgesamt verkürzt und die Leistungsqualität verbessert.

In den einzelnen Ministerien werden zahlreiche Organisations- und Strukturreformen durchgeführt. Beispielfähig werden zwei Reformmaßnahmen – „Neue Gerichtsorganisation“ und „Reform der Finanzverwaltung“ – vorgestellt:

- Durch die Zusammenlegung bzw. Sitzverlegung von kleinen Bezirksgerichten konnte eine neue Gerichtsorganisation geschaffen werden. Die Zahl der Kleinstgerichte konnte von 192 auf 142 reduziert werden. Durch diese Maßnahme wird eine homogene, den Bedürfnissen der Bevölkerung ebenso wie den Zielen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit entgegenkommende Gerichtstruktur gewährleistet.
- Durch die Reform der Finanzverwaltung wird die Aufbau- und Ablauforganisation umfassend neu gestaltet und neue Managementmethoden und Managementinstrumente eingeführt. Die Umsetzung der neuen Organisationsstruktur erfolgt in regionalen Wellen 2004 und 2005. Mehr Kundennähe wird durch Einrichtung von Infocenters, gruppenspezifisches Service und kundengerechte Öffnungszeiten möglich. Durch einheitliche Leistungs- und Qualitätsstandards ist die Gleichmäßigkeit der Besteuerung gewährleistet und eine einheitliche Prüfungsdichte gegeben. Die Arbeit erfolgt nunmehr in kleinen Teams, die dezentral ohne großen bürokratischen Aufwand agieren. Im Vollausbau Mitte 2005 werden es mehr als 500 Teams sein.

Neben der Vielzahl an ressortspezifischen Verwaltungsreformprojekten sind die großen ressortübergreifenden Organisationsreformen zu erwähnen:

- Die bislang bestehenden 32 Buchhaltungen des Bundes wurden in die zentrale Buchhaltungsagentur zusammengeführt. Durch Optimierung der Abläufe und Neugestaltung der Prozesse ist eine schlanke Aufbauorganisation geschaffen worden. Buchhaltungsleistungen werden unter minimaler Ressourcenbelastung und bei gleich bleibendem Service flächendeckend zur Verfügung gestellt. Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Leistungen und Kosten werden durch Leistungs- und Kostenvereinbarungen geschaffen.
- Das Projekt „Serviceleistungen im Bund“ hat sich zum Ziel gesetzt, die Serviceleistungen zu bündeln und auch unter dem Gesichtspunkt möglicher Outsourcing- oder Clusterlösungen zu optimieren. Dadurch sollen Parallelitäten eliminiert und Synergieeffekte geschaffen werden. Angestrebt wird eine vollständige Umsetzung bis Ende 2007.
- Durch die Einrichtung der Bundesbeschaffungs GmbH 2002 können Synergieeffekte durch Bündelung der bis-

her zentralen Beschaffungsstrukturen des Bundes geschaffen, die Einkaufsposition des Bundes optimal genutzt und die regionalen Versorgungsstrukturen der Klein- und Mittelbetriebe berücksichtigt werden.

Die VIP Datenbank, in der die Ressorts ihre Verwaltungsreformprojekte darstellen, ist eine wesentliche Voraussetzung für ein erfolgreiches Controlling und unterstützt die erfolgreiche Umsetzung von Verwaltungsreformprojekten. Derzeit sind 136 Projekte im Verwaltungsreformcontrolling erfasst.

Im Rahmen des Österreich-Konvents wurden zahlreiche Vorschläge für eine effiziente öffentliche Verwaltung erarbeitet. Ein ausgearbeiteter Verfassungsentwurf wurde im Jänner 2005 vorgelegt. Demgemäß wird vorgeschlagen, die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern zu vereinfachen, die Zahl der Verfassungsbestimmungen zu reduzieren und den Instanzenzug im Verwaltungsv erfahren neu zu ordnen. Allen Organen des Bundes, der Länder und der Gemeinden soll ein „Effizienzgebot“ in die Verfassung geschrieben werden.

5.6 Finanzausgleich

Die Schwerpunkte der im Herbst 2004 abgeschlossenen Verhandlungen über den Finanzausgleich 2005 bis 2008 waren die Verlängerung und Weiterentwicklung des Österreichischen Stabilitätspaktes, die Krankenanstaltenfinanzierung, die Kostentragung für die Landeslehrer, die Entwicklung der Anteile der Gebietskörperschaften an der so genannten „Finanzausgleichsmasse“ und die Verteilung der Ertragsanteile auf der Ebene der Gemeinden. Das Ergebnis besteht aus einem aus drei Blöcken zusammengesetzten Gesamtpaket, und zwar:

- aus dem Finanzausgleichsgesetz 2005 sowie einem Maßnahmenpaket zur Krankenanstaltenfinanzierung,
- aus der Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens und
- aus dem Österreichischen Stabilitätspakt 2005.

Finanzausgleichsgesetz 2005

Gegenüber der derzeitigen Rechtslage sieht das Finanzausgleichsgesetz 2005 (FAG 2005) folgende wesentliche Neuregelungen vor:

- Das bisherige System für den Ersatz der Landeslehrerpersonalkosten wird fortgeführt, Strukturproblemen bei sinkender Schülerzahl und sonderpädagogischem Förderbedarf wird mit einem zusätzlichen Kostenersatz des Bundes an die Länder iHv jährlich 12 Mio. € Rechnung getragen.
- Beim abgestuften Bevölkerungsschlüssel als wichtigstem Kriterium für die Aufteilung der Ertragsanteile der Gemeinden werden die Gemeinden bis 10.000 Einwohner durch die Erhöhung des untersten Vervielfachers wesentlich aufgewertet; der Sockelbetrag entfällt hingegen. Die durch diese Maßnahmen entstehenden Mindereinnahmen der Städte bei den Ertragsanteilen werden durch eine Finanzausgleich des Bundes ausgeglichen.
- Länder und Gemeinden erhalten jährlich zusätzlich jeweils 100 Mio. € als Finanzausgleich des Bundes. Die Zuweisung an die Gemeinden dient teilweise als Ausgleich für Mindereinnahmen aus der Reform des abgestuften Bevölkerungsschlüssels.
- Die wichtigsten derzeit ausschließlichen Bundesabgaben werden in gemeinschaftliche Bundesabgaben umgewandelt. Ab dem Jahr 2005 gilt für die gemeinschaft-

lichen Bundesabgaben ein einheitlicher Aufteilungsschlüssel.

- Die Verwaltungsreform wird aufbauend auf den Arbeiten des Österreich-Konvents fortgesetzt. Dabei sind insbesondere die notwendigen Aufgaben des öffentlichen Sektors zu definieren und nach den Grundsätzen der Kostengünstigkeit, Effektivität und Effizienz bei einvernehmlicher Regelung der Kostentragung aufzuteilen.
- Die Gemeinden werden ermächtigt, Vereinbarungen über eine Teilung des Ertrages aus der Kommunalsteuer zu treffen.
- Die Parkometerabgabe wird eine ausschließliche Gemeindeabgabe in Form der freien Beschlussrechtsabgabe.
- Weitere abgabenrechtliche Themen der Gemeindefinanzierung sollen in einer Arbeitsgruppe beraten werden. Dabei wird auch die Möglichkeit einer Abschaffung der Werbeabgabe zu beraten sein.

Dieser finanzausgleichsrechtliche Teil des Pakets erhöht die Ausgaben des Bundes um 212 Mio. € jährlich. Aus dem einheitlichen Schlüssel, der ab dem Jahr 2005 für die bisherigen ausschließlichen und für die gemeinschaftlichen Bundesabgaben gilt, sind keine finanziellen Auswirkungen zu erwarten, weil die Umrechnung neutral auf Basis des Rechnungsabschlusses 2004 erfolgen wird. Da Bund, Länder und Gemeinden auf Grund des einheitlichen Schlüssels an den wichtigsten Bundesabgaben nunmehr gleichmäßig beteiligt sind, werden Steuerreformen in Zukunft weniger Einfluss auf die Anteile der Gebietskörperschaften aus diesen Abgaben haben.

Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens

Für das Gesundheitswesen wurde ein gleichwertiges Paket an Ausgabenreduktionen und zusätzlichen Einnahmen beschlossen. Jeder Teil soll mit einem Volumen von rd. 300 Mio. € pro Jahr zur Konsolidierung der öffentlichen Budgets beitragen.

Der ausgabenseitige Teil umfasst Maßnahmen zur Kostendämpfung und Effizienzsteigerung bzw. zur Steuerung im Gesundheitswesen. Konkret sollen die Einsparungen erreicht werden durch

- kürzere Spitalsaufenthalte,
- Einsparungen bei den Spitalverwaltungen,
- bessere Abstimmung zwischen Ärzten und Spitälern,
- Einführung von Tages- und Wochenkliniken.

Dazu sollen die Vorsorgeuntersuchungen weiter ausgebaut werden. Im Vordergrund stehen dabei die Früherkennung der großen Volkskrankheiten wie Krebs, Diabetes oder Herz-Kreislauf-Störungen. Analog zum erfolgreichen Mutter-Kind-Pass sollen Gesundheitspässe für alle Altersgruppen zur Verfügung stehen. Eine Plattform für Gesundheitsförderung soll künftig die verschiedenen Gesundheitsförderungsaktivitäten koordinieren und den Austausch von best-practice-Modellen fördern.

Einnahmenseitig wurden mit Wirkung 1. Jänner 2005 folgende Maßnahmen beschlossen:

- Die Länder können den Spitalskostenbeitrag von derzeit rd. 8 € auf 10 € pro Aufenthaltstag erhöhen. Aus dieser Maßnahme werden Mehreinnahmen von rd. 15 Mio. € erwartet.
- Der Krankenversicherungsbeitrag wurde um 0,1% für die Jahre 2005 bis 2008 erhöht. Diese Erhöhung tragen je zur Hälfte Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Damit werden Mehreinnahmen von etwa 120 Mio. € erwartet.
- Die Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung wurde um 90 € für unselbständig Erwerbstätige bzw. um 105 € für selbständig Erwerbstätige analog zur Pensionsversicherung erhöht. Aus dieser Maßnahme resultieren Mehreinnahmen von rd. 30 Mio. €. Zu bemerken ist, dass die Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage in den Sozialversicherungsgesetzen bereits im Rahmen der Pensionsharmonisierung erfolgt. Dazu kommt die jährliche automatische Erhöhung.
- Die Leistungsverpflichtung der Krankenversicherungsträger bei der Finanzierung von Brillen und sonstigen Sehbehelfen aus dem Titel der Heilbehelfe (und Hilfsmittel) wird eingeschränkt. Kinder, hochgradig Sehbehinderte und sozial Bedürftige können weiterhin mit Zuschüssen rechnen. Diese Maßnahme bedeutet Einsparungen von rd. 35 Mio. €.
- Die Tabaksteuer wurde um 18 Cent pro Packung erhöht. Diese Maßnahme soll Mehreinnahmen von bis zu 90 Mio. € zur Folge haben, die zu einem Drittel der Krankenversicherung und zu zwei Drittel den Landesgesundheitsfonds zugute kommen sollen.
- Die Rezeptgebühr wurde zusätzlich zur jährlichen automatischen Erhöhung um 10 Cent pro Packung angehoben. Daraus resultieren Mehreinnahmen von 10 Mio. €.

Diese Maßnahmen sollen ab 1. Jänner 2005 in Summe rd. 300 Mio. € an zusätzlichen jährlichen Einnahmen bringen, wobei hievon ein Teil der sozialen Krankenver-

sicherung und ein Teil den Landesgesundheitsfonds zur Krankenanstaltenfinanzierung zur Verfügung stehen soll.

In einer Zusatzvereinbarung der Länder über die Verteilung der ihnen zukommenden Mittel sind wegen der Gastpatientenproblematik und Strukturfragen für Tirol, Oberösterreich, Salzburg und Niederösterreich Vorwegabzüge iHv insgesamt 14 Mio. € im Jahr 2005, 18 Mio. € im Jahr 2006 und je 22 Mio. € in den Jahren 2007 und 2008 vorgesehen.

Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über den Österreichischen Stabilitätspakt

Durch eine Neufassung des Österreichischen Stabilitätspaktes wird sichergestellt, dass alle Gebietskörperschaften Österreichs vor dem Hintergrund der geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ihren Beitrag zur Haushaltsdisziplin bringen. Aufbauend auf den Bestimmungen des Österreichischen Stabilitätspaktes 2001 wurden von Bund, Ländern und Gemeinden mit dem Österreichischen Stabilitätspakt 2005 im Wesentlichen folgende Neuerungen vereinbart:

- **Vereinbarter Stabilitätsbeitrag:** Bis 2008 soll das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit wieder auf Null zurückgeführt werden. Zur Erreichung dieses Ziels wurden die Stabilitätsbeiträge für Bund, Länder und Gemeinden wie folgt festgelegt:

Der Bund verpflichtet sich, seine Budgetpolitik so stabilitätsorientiert zu gestalten, dass das Defizit im Bundeshaushalt für das Jahr 2005 maximal 2,4% des BIP, für das Jahr 2006 maximal 2,2% des BIP, für das Jahr 2007 maximal 1,4% des BIP und für das Jahr 2008 maximal 0,75% des BIP beträgt.

Die Länder verpflichten sich, einen durchschnittlichen Haushaltsüberschuss iHv jeweils nicht unter 0,6% des BIP für die Jahre 2005 und 2006, iHv nicht unter 0,7% des BIP für das Jahr 2007 und iHv nicht unter 0,75% des BIP für das Jahr 2008 beizutragen.

Die Gemeinden verpflichten sich, durch ein ausgeglichenes Haushaltsergebnis beizutragen. Länderweise Überschüsse des Gemeindefektors werden den Ländern im Bedarfsfall angerechnet.

Für das Jahr 2005 und 2006 sind Unterschreitungen des ordentlichen jährlichen Stabilitätsbeitrages nicht zulässig. Für das Jahr 2007 und 2008 gelten die Über- bzw. Unterschreitungsregeln des Stabilitätspaktes 2001.

- **Auslegungsregeln:** Für die Ermittlung der Haushaltsergebnisse 2005 und 2006 sollen die Regeln des Stabilitätspaktes 2001 zur Anwendung kommen. Ab dem Jahr 2007 werden die Auslegungsregeln des ESVG 95 zu Grunde gelegt.

- **Haushaltskoordinierung:** Die Bemühungen zur Haushaltskoordinierung und wechselseitigen Information über die mittelfristige Haushaltsführung sollen durch die Vereinbarung der jährlichen Erfassung und Darstellung der Personalstände und der Aktivitätsausgaben der Länder für bestimmte Bereiche sowie durch die Erstellung und Übermittlung einer Sensitivitätsanalyse intensiviert werden.

Verwaltungsreformmaßnahmen

Teil der Gesamteinigung über den Finanzausgleich ab 2005 ist die Vereinbarung der Gebietskörperschaften zur Effizienzsteigerung der öffentlichen Aufgabenerfüllung. Dazu wurde eine Arbeitsgruppe auf höchster politischer Ebene eingerichtet, die Maßnahmen für eine weiterführende Verwaltungsreform erarbeitet. Die Arbeitsgruppe wird insbesondere folgende Punkte behandeln und in der Folge ein Umsetzungsmonitoring einrichten:

- Definition der notwendigen Aufgaben des öffentlichen Sektors
- Aufteilung der Aufgabenverantwortlichkeiten nach den Grundsätzen der Kostengünstigkeit, Effektivität und Effizienz bei einvernehmlicher Lösung der Kostentragung
- Ermittlung konkreter Reformmaßnahmen (inklusive ausreichender Planungsdaten wie z. B. Einsparungspotenzial und Meilensteine)
- Einführung eines Maßnahmencontrollings und abschließender Evaluation der Projekte des öffentlichen Sektors
- Redimensionierung des öffentlichen Sektors (Hoheitsverwaltung und Privatwirtschaftsverwaltung)
- Standardisierung der Personaldaten (Herstellung der Vergleichbarkeit)
- Zeitplan für die Umstellung von der bisherigen Volkszählung auf das Zentrale Melderegister
- Weitgehende Vereinheitlichung im Pensionsrecht der Gebietskörperschaften

Eine weitere Arbeitsgruppe soll sich mit abgabenrechtlichen Themen der Gemeindefinanzierung wie auch der Abschaffung der Werbeabgabe auseinandersetzen.

5.7 Privatisierungen

Der Bund hat im Jahr 2004 seine Anteile an der Österreichischen Volksbanken AG, der Tiroler FlughafenbetriebsgmbH, der Flughafen Graz BetriebsgmbH, der Österreichischen Exportfonds GmbH, der BUWOG, der EBS Wohnungsgesellschaft mbH Linz, der ESG Wohnungsgesellschaft mbH Villach, der WBG Wohnungsgesellschaft mbH Wien und an der Wohnungsanlagen GmbH Linz veräußert.

Die ÖIAG wurde mit dem Privatisierungsauftrag der Bundesregierung vom 29. Februar 2000 beauftragt, vorrangig nachstehende Unternehmen oder Anteile an Unternehmen zu 100% neuen Eigentümern, strategischen Partnern oder dem Publikum zuzuführen: Österreichische Staatsdruckerei GmbH, Dorotheum GmbH, Print Media Austria AG, Flughafen Wien AG, Österreichische Postsparkasse AG, Telekom Austria AG, Austria Tabak AG.

Nach den im Jahr 2000 von der ÖIAG durchgeführten Privatisierungen (Österreichische Postsparkasse AG, Reduzierung des Anteils an der Flughafen Wien AG auf 8,9%, Platzierung eines 22,4%-Anteiles an der Telekom Austria AG an der Börse, Verkauf der Staatsdruckerei GmbH-Sicherheitsdruck) wurden die Privatisierungsmaßnahmen im Jahr 2001 fortgesetzt. Dabei erfolgten der Verkauf der verbliebenen Anteile an der Flughafen Wien AG und der Austria Tabak AG sowie der gänzliche Verkauf des Dorotheums und der Strohal Rotations Druck GmbH. Der Verkauf der Strohal Rotations Druck GmbH wurde im Jahr 2002 rechtlich wirksam.

Weiters hat die Bundesregierung die ÖIAG mit Ministerratsbeschluss am 14. Mai 2002 beauftragt, die Anteile der Österreichischen Postbus AG an die ÖBB unter nachfolgender Einbindung privater Verkehrsunternehmen abzugeben.

Der Privatisierungsauftrag der Bundesregierung an die ÖIAG vom 1. April 2003 sieht für die laufende Legislaturperiode Folgendes vor:

Die Privatisierungen sollen zu einer möglichst hohen Wertsteigerung der Unternehmen führen und einen möglichst hohen Erlös für den Eigentümer erbringen. Zusätzlich sind die österreichischen Interessen wie folgt zu wahren:

- Schaffung bzw. Erhaltung sicherer Arbeitsplätze in Österreich,
- nach Möglichkeit Aufrechterhaltung der Entscheidungsstrukturen der zu privatisierenden Unternehmen in Österreich durch Schaffung österreichischer Kernaktionärsstrukturen durch Syndikate mit industriellen Partnern, Banken, Versicherungen, Pensionskassen, Vorsorgekassen, Fonds etc.,
- Erhaltung und Ausbau der bestehenden Forschungs- und Entwicklungskapazitäten,
- Berücksichtigung des österreichischen Kapitalmarktes.

Für nachstehende Unternehmen oder Anteile an Unternehmen wird eine 100%-ige Privatisierung angestrebt:

- Böhler-Uddeholm AG
- VA Technologie AG
- voestalpine AG
- Österreichische Bergbauholding AG

Für die Telekom Austria AG ist die Privatisierung bis zu 100% anzustreben. Für die Österreichische Post AG wird ein strategischer Partner gesucht und damit ein erster Privatisierungsschritt unter der Voraussetzung der flächendeckenden Erhaltung der Servicequalität und Verbesserung der Unternehmensstruktur im Interesse der Steuerzahler und Konsumenten vorgenommen.

Für die Österreichische Postbus AG ist nach Abgabe von 100% der Aktien an die ÖBB-AG nach Durchführung des gesetzlich möglichen kartellgerichtlichen Prüfungsverfahrens und Erfüllung allfälliger kartellgerichtlicher Auflagen die Übertragung eines maßgeblichen Teils der Österreichischen Postbus AG an private Wettbewerber sicherzustellen.

Der Privatisierungsauftrag hinsichtlich der voestalpine AG wurde im Ministerrat am 24. Juni 2003 modifiziert. Die ÖIAG wurde beauftragt, die zwei Optionen – Privatisierung der voestalpine AG über die Börse und Privatisierung der voestalpine im Wege von Finanzinvestoren – mit folgenden Zielen zu prüfen:

- Beibehaltung der österreichischen Kernaktionärsstruktur des Unternehmens,
- Wahrung der Einheit des Unternehmens,

- Erhaltung und Ausbau der Forschungs- und Entwicklungskapazitäten,
- Aufrechterhaltung der Entscheidungszentrale in Österreich.

In Erfüllung dieser Privatisierungsaufträge erfolgten im Jahr 2003 die Privatisierung von 9% der VA-Tech-Aktien, der 100%-Beteiligung an der Österreichischen Postbus AG, von 19,7% der voestalpine AG-Aktien (zuzüglich 15% als Umtauschanleihe) und von 25% der Böhler-Uddeholm AG-Aktien durch die ÖIAG.

Der Privatisierungsauftrag der Bundesregierung hinsichtlich VA Technologie wurde mit Beschluss des Ministerrates vom 6. September 2004 ein weiteres Mal modifiziert. Die ÖIAG wurde ermächtigt, die erforderlichen gesellschaftsrechtlichen und finanziellen Maßnahmen zu treffen, die die Wahrung einer stabilisierenden Rolle im Sinne des Unternehmens, der Mitarbeiter und des Standortes ermöglicht. Ausdrücklich wird die ÖIAG ermächtigt bei Kapitalerhöhungen mitzugehen, um die Ziele des Regierungsauftrages zu erfüllen. Ziel ist,

- dass das Unternehmen eine österreichische Kernaktionsstruktur behält,
- die Aufrechterhaltung der Entscheidungszentrale und von Arbeitsplätzen in Österreich,
- die Wahrung der Einheit des Unternehmens,
- die Förderung der Forschungs- und Entwicklungskapazitäten.

Die Siemens AG Österreich hat im Dezember 2004 ein öffentliches Übernahmeangebot auf Erwerb sämtlicher Aktien der VA Tech gestellt. Die ÖIAG beabsichtigt die Abgabe ihres Anteils (14,69%) im Rahmen dieses Übernahmeangebots.

In weiterer Erfüllung der Privatisierungsaufträge hat die ÖIAG 2004 17% der Telekom Austria Aktien über die Börse verkauft. Weiters wurde die Bergbauholding 2004 restrukturiert. Die Erzberg GmbH wurde abgespalten und über eine gemeinsam mit voestalpine AG gestaltete Stiftungslösung verkauft. Danach wurde die ÖIAG-Bergbauholding in die GKB fusioniert. Mit Ausnahme der noch verbleibenden 30,2% an der Telekom Austria AG, und der 14,69% an der VA Technologie konnten die Privatisierungsaufträge somit zur Gänze erfüllt werden.

Aus den Privatisierungen der ÖIAG der Jahre 2000 bis 2004 konnten Veräußerungserlöse von rd. 5,0 Mrd. € erzielt werden.

6. Ausgliederungen des Bundes

Die Ausgliederung von Verwaltungsaufgaben bzw. Verselbständigung von Dienststellen ist in den letzten Jahren beim Bund verstärkt als Mittel der Verwaltungsreform eingesetzt worden. Dabei werden bestehende Aufgaben, die bisher mit verwaltungsnahen Organisationsformen erfüllt werden samt dem bisherigen bundeseigenen Personal in betriebliche Formen (AG, GmbH oder Anstalten öffentlichen Rechts) überführt.

Wichtigster auslösender Faktor für die Ausgliederungen ist ein tief greifender Paradigmenwechsel, der darin liegt, einerseits den öffentlichen Sektor (gemessen an der Staatsausgabenquote) zu reduzieren und andererseits eine grundsätzliche Umstellung von der Hoheitsverwaltung zum Dienstleistungsstaat zu erreichen, um die Gesamtwohlfahrt zu erhöhen. Daneben wirkte die weltweite Liberalisierung als Reformfaktor, insbesondere bei den Bundesbahnen und im Post- und Telekombereich.

Die Hauptziele einer Ausgliederung sind:

- eine bedarfsgerechtere und wirtschaftlichere Leistungserbringung,
- die Erhöhung der Flexibilität für die Leistungserbringung,
- die Schaffung von Kostentransparenz,

- die Entlastung des Bundeshaushaltes,
- die Mobilisierung von gebundenem Bundesvermögen.

Bisherige Erfahrungen mit Ausgliederungen und Verselbständigungen zeigen wirtschaftliche und budgetäre Verbesserungen sowohl für die Unternehmen selbst als auch für den Bund. Im Rahmen der Umwandlung in vollrechtsfähige betriebliche Formen wurde der Handlungsspielraum der ausgegliederten Einheiten zur Eigengestaltung deutlich erhöht. Neben der Neuordnung des Personalrechts auf Basis des Angestelltenrechts wurden mit den Ausgliederungen auch die finanziellen Beziehungen zwischen Bund und ausgegliederten Einheiten neu geregelt. Anstelle der Abgangsdeckung durch den Bundeshaushalt wurden für die in den letzten Jahren durchgeführten Ausgliederungen in der Regel Globalbeträge festgelegt. Eine Studie der Finanzierungsgarantie-Gesellschaft mbH (FGG, nunmehr AWS) kommt zum Ergebnis, dass fast alle untersuchten Unternehmen ihre Betriebsleistung steigern konnten. Die Performance der Unternehmen hinsichtlich der Pro-Kopf-Produktivität ist deutlich gestiegen. Alle untersuchten Unternehmen weisen Produktivitätssteigerungen auf.

Seit dem Jahr 2000 wurden folgende Ausgliederungen vorgenommen:

Jahr	Dienststelle/Aufgabe	Rechtsform
2000	Statistik Austria	Anstalt öffentlichen Rechts
	Graphische Sammlung Albertina	Wissenschaftliche Anstalt öffentlichen Rechts
	Österreichische Galerie Belvedere	Wissenschaftliche Anstalt öffentlichen Rechts
	MAK – Österreichisches Museum für angewandte Kunst	Wissenschaftliche Anstalt öffentlichen Rechts
	Technisches Museum Wien	Wissenschaftliche Anstalt öffentlichen Rechts
Ausgliederung des Großteils der Immobilien des Bundes in die BIG		
2001	Völkerkunde- und Österreichisches Theatermuseum – Eingliederung in das Kunsthistorische Museum	Wissenschaftliche Anstalt öffentlichen Rechts
	Mediathek – Eingliederung in das Technische Museum	Wissenschaftliche Anstalt öffentlichen Rechts
	Spanische Hofreitschule und Bundesgestüt Piber	GmbH

Jahr	Dienststelle/Aufgabe	Rechtsform
2001	Bundesbeschaffung Gesellschaft	GmbH
	Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds Service (IAF)	GmbH
	Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA)	Anstalt öffentlichen Rechts
2002	MUMOK – Museum moderner Kunst	
	Stiftung Ludwig Wien	Wissenschaftliche Anstalt öffentlichen Rechts
	Österreichische Nationalbibliothek	Wissenschaftliche Anstalt öffentlichen Rechts
	Österreichischer Bibliothekenverbund und Service	GmbH
	Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit	GmbH
2003	Naturhistorisches Museum	Wissenschaftliche Anstalt öffentlichen Rechts
2004	Österreichische Gesellschaft für Entwicklungszusammenarbeit (Austrian Development Agency – ADA)	GmbH
	Universitäten	Körperschaft öffentlichen Rechts
	Buchhaltungsagentur	Anstalt öffentlichen Rechts
2005	Bundesamt und Forschungszentrum für Wald	Anstalt öffentlichen Rechts

Mit 1. Jänner 2006 soll weiters das Bundesinstitut für Arzneimittel (PharmMed) budgetmäßig ausgegliedert werden.

Die budgetären Verflechtungen zwischen dem Bundeshaushalt und den ausgegliederten Unternehmen sind in der Regel sehr vielschichtig und meist auf mehrere Budgetkapitel verteilt. Der Grund liegt darin, dass durch das Ausgliederungsgesetz bestehende Einrichtungen aus der Verwaltung des Bundes herausgelöst und bisher vom Bund selbst erbrachte Leistungen einem neu geschaffenen Rechtsträger als Aufgabe übertragen werden.

Die dadurch entstehenden Zahlungsströme schlagen sich im Bundesbudget, vor allem im ausgliedernden Ressort, in Abhängigkeit von den Aufgaben der ausgegliederten Einheit unterschiedlich nieder, als

- Ausgaben auf Grund von direkten Leistungsbeziehungen oder
- pauschale Basisabgeltungen auf Grund einer gesetzlichen Verpflichtung,
- Ausgaben für die Beamten der ausgegliederten Unternehmen in den Personalämtern sowie
- Einnahmen oder Ausgaben aus der Gesellschafterstellung des Bundes.

Dazu kommen die Abrechnungen für Refundierungsverpflichtungen und Pensionsbeiträge für Beamte, Miet-, Pacht- und Fruchtgenussentgelte sowie für die infolge der Ausgliederung vom Bund in Rechnung gestellten Dienstleistungen und weiters finanzwirksame Vorgänge auf Grund von Verpflichtungen des Bundes oder der ausgegliederten Einheit infolge von Vermögensübergang.

Bei den Ausgaben für die Personalämter handelt es sich um „Bilanzverlängerungen“, da sie zur Gänze von den ausgegliederten Unternehmen zu refundieren sind. Die ausgaben- und einnahmenseitigen Zahlungsströme zwischen dem Bund und den ausgegliederten Unternehmen sind in den Tabellen 14 und 15 dargestellt.

Universitäten

Das größte Unterfangen der letzten Jahre stellt die Ausgliederung sämtlicher Universitäten dar. Mit 2004 erhielten alle Universitäten die volle Autonomie. Sowohl was ihr Personal betrifft, als auch für das vom Bund alle drei Jahre zur Verfügung gestellte Globalbudget sind sie nun selbst verantwortlich. Damit ist die Implementierung des Universitätsgesetzes 2002 vollständig abgeschlossen. Die Universitäten bekommen ein im Universitätsgesetz gesichertes Globalbudget von 1,66 Mrd. €. Dazu kommen weitere im Gesetz vorgesehene Zuweisungen, wie z. B. Gehaltser-

höhungen, Mietaufwendungen und laufende klinische Mehraufwände sowie Starthilfen für die Implementierung des Universitätsgesetzes 2002. Für die Universitäten inkl. Klinikaufwendungen sind im BVA-E 2006 1.973,3 Mio. € vorgesehen. Zusätzlich kommen seit 2004 die Studiengebühren zur Gänze den Universitäten zugute. Inklusiv der Einnahmen aus den Studienbeiträgen (mehr als 130 Mio. €), welche zur Gänze den Universitäten verbleiben, verfügen die Universitäten damit im Jahr 2006 über 2,1 Mrd. €. Zusätzliche Bundesmittel für Forschung stehen den Universitäten über den Fonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung (FWF) und über Mittel aus dem Offensivprogramm II der Bundesregierung zur Verfügung.

Nächste entscheidende Schritte bei der Universitätsreform sind die Festlegung des Gesamtbetrages für die Leistungsvereinbarungsperiode 2007 – 2009 (bis Ende 2005), die Leistungsvereinbarungen (Entwürfe müssen bis Ende April 2006 vorliegen) und die Verordnung über die Indikatoren zur Festlegung der Globalbudgets.

Österreichische Gesellschaft für Entwicklungszusammenarbeit mit beschränkter Haftung (Austrian Development Agency – ADA)

Mit 1.1.2004 hat die Österreichische Gesellschaft für Entwicklungszusammenarbeit ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Eröffnungsbilanz sowie der Entwurf eines Unternehmenskonzepts liegen vor. Zur Optimierung der Umsetzung von Programmen und Projekten der bilateralen österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (OEZA) sowie der Mitarbeit an Projekten der multilateralen OEZA im Rahmen der EU und anderer internationaler Organisationen wurden in wesentlichen Bereichen (insbesondere NRO-Kofinanzierung und Rahmenvereinbarungen, EU-Ergänzungsfinanzierung) die bestehenden Instrumente und Verfahren evaluiert und die Umsetzung der Ergebnisse in die Wege geleitet. Die bereits erfolgte Einrichtung eines eigenen EU-Desks in der ADA sowie der Einsatz eines Mitarbeiters in Brüssel (ab 2005) erleichtern den Zugang österreichischer Unternehmen und Entwicklungsorganisationen zu EU-Finanzierungsinstrumenten der EZA. Zur verstärkten Einbindung der österreichischen Wirtschaft in die Aktivitäten der OEZA werden ab 2005 operative, neue Instrumente (Entwicklungs- und Unternehmenspartnerschaften) entwickelt.

Buchhaltungsagentur

Die Buchhaltungsagentur wurde 2004 gegründet. Die bis dahin bestandenen 32 Buchhaltungen des Bundes wurden zusammengeführt und als Buchhaltungsagentur aus-

gegliedert. Durch den Abbau von Administrationsebenen, die Bündelung von administrativen Ressourcen, die effizientere Steuerung der Personalauslastung, die bundesweite Nutzung von SAP R/3 und der Einführung des ELAK wurde eine schlankere Buchhaltungsstruktur geschaffen. Standorte der Agentur sind neben der Zentralstelle Wien – Graz, Linz und Innsbruck. Diese neue Struktur schafft sowohl die Bedingungen für eine angemessene Personalausstattung als auch bedeutende Synergieeffekte und beträchtliche Einsparungen. In den letzten zwei Jahren konnte der Personalstand in den Buchhaltungen von rd. 1.100 auf rd. 650 Vollbeschäftigtenäquivalente (VBÄ) reduziert werden. Bis 2010 wird ein weiterer Personalabbau auf rd. 500 VBÄ angestrebt.

Die Buchhaltungsleistungen werden nunmehr unter minimaler Ressourcenbelastung und bei gleich bleibendem Service flächendeckend zur Verfügung gestellt. Der hohe Qualitätsstandard der angebotenen Leistungen wird durch die Überprüfbarkeit der Qualität anhand festgelegter Leistungsvereinbarungen gewährleistet. Zusätzliche Servicefunktionen können außerhalb der definierten Kernleistungen angeboten werden.

PharmMed-Austria

Wirksam mit 1. Jänner 2006 sollen das Bundesinstitut für Arzneimittel sowie Aufgaben des Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen im Bereich der Arzneimittelzulassung, der klinischen Prüfungen von Arzneimitteln und Medizinprodukten ausgegliedert, unter dem Namen Pharm Med-Austria zusammengeführt und als ein neues Geschäftsfeld in die bestehende Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) integriert werden. Ziel ist die Etablierung von rasch arbeitenden und fachlich kompetenten Zulassungsstellen. Solche sind für eine rasche Marktverfügbarkeit von Arzneimitteln von vorrangiger Bedeutung. Innerhalb der AGES soll dieses Geschäftsfeld gleichberechtigt gegenüber den bereits bestehenden Geschäftsfeldern und somit auch der bereits bestehenden Geschäftsführung unterstellt sein. Damit sollen sich die Overhead-Kosten, die sich in einem ausgegliederten Unternehmen ergeben, so gering wie möglich halten. Diese Struktur entspricht auch jener in den meisten EU-Mitgliedstaaten, die auch den operativen Bereich im Arzneimittelwesen an eine Agentur ausgelagert haben.

Die PharmMed-Austria soll mit einer Bareinlage des Bundes iHv 2 Mio. € ausgestattet werden. Zwischen dem Bundesministerium für Gesundheit und Frauen und der Pharm Med-Austria sind Leistungsvereinbarungen vorgesehen.

Tabelle 14 Ausgaben des Bundes¹ an ausgegliederte Institutionen

in Mio. €

	2004 Vorl. Erfolg	2005 BVA	2006 BVA-E
Bundesimmobiliengesellschaft (BIG)	476,8	526,6	510,6
Museen und Österreichische Nationalbibliothek	100,2	102,5	102,7
Universitäten ²	2.661,2	2.552,6	2.504,8
Bewährungshilfeorganisationen	28,7	30,6	30,6
Postgesellschaften (vorm. Österreichische Post und Tel.-Verwaltung)	2.000,7	2.081,3	2.082,0
Österreichische Bundesbahnen ³	4.970,2	3.425,1	3.443,8
Autobahn- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG (ASFINAG)	3,5	0,5	0,5
Finanzmarktaufsichtsbehörde (vorm. Bundeswertpapieraufsicht)	5,6	6,4	6,4
Bundesrechenzentrum GmbH	0,3	0,4	0,4
Österreichische Salinen AG	9,2	10,3	10,9
Bundesbeschaffung GmbH	4,1	5,6	5,6
Spanische Hofreitschule – Piber GmbH	2,1	1,6	1,7
Statistik Österreich – BA öffentlichen Rechts	58,0	58,6	58,8
VIA-Donau (ehem. Österreichische Donau Betriebs AG)	2,8	2,6	19,0
Bundesversuchswirtschaften GmbH	0,8	0,7	0,7
Österr. Bibliothekenverbund und Service GmbH	1,9	1,9	1,9
Bundestheatergesellschaften	208,1	210,2	210,2
Münze Österreich AG	2,2	2,3	2,9
Österreichische Bundesforste AG	1,9	11,1	10,9
Österreichische Postsparkasse	50,5	65,1	71,2
Ernährungsagentur	90,4	78,2	77,8
Umweltbundesamt GmbH	19,4	19,0	19,1
Tiergarten Schönbrunn GmbH	0,4	0,5	0,5
IAF – Service GmbH	2,8	2,7	2,7
Wiener Zeitung – digitale Publikationen GmbH (vorm. Österreichische Staatsdruckerei)	3,9	5,0	4,6
Bundessporteinrichtungen GmbH	6,1	6,1	6,1
BMAA (Austrian Development Agency – ADA)	88,5	90,9	94,4
Austro Control	5,6	5,5	10,5
ÖFPZ Arsenal GmbH	5,9	3,6	3,5
Buchhaltungsagentur	2,4	14,0	14,4
Bundesamt und Forschungszentrum für Wald	0,0	15,5	15,5
Austria Wirtschaftsservice GmbH	0,0	0,0	0,0
Österreichische Bundesfinanzierungsagentur	2,1	2,6	2,7
Diplomatische Akademie	2,1	2,1	2,1
Österreich Institut GmbH	0,8	0,7	0,7

¹Ausgenommen Leistungsentgelte, jedoch einschließlich BIG-Zahlungen (Mieten und IMB-Immobilien Management Gesellschaft des Bundes).²Enthält die Beträge für den Globalbetrag, die Ämter der Universitäten, den Klinischen Mehraufwand und die Hochschulraumbeschaffung sowie aus den Fu.E-Offensivprogrammen im Jahr 2004 rd. 32,1 Mio. €. 2005 und 2006 stehen den Universitäten aus dem Kapitel 51 zusätzlich noch Fu.E-Mittel aus dem Offensivprogramm II zur Verfügung. Darüber hinaus erhöht sich in diesen beiden Jahren der Globalbetrag noch um die allgemeinen Bezugserrhöhungen.³2004: davon 1.412 Mio. € Kapitalaufstockung.

Tabelle 15 Einnahmen des Bundes von ausgegliederten Institutionen

in Mio. €

	2004	2005	2006
	Vorl. Erfolg	BVA	BVA-E
Bundesimmobiliengesellschaft (BIG)	97,5	81,3	81,3
Museen und Österreichische Nationalbibliothek	12,6	17,3	17,3
Universitäten	730,4	753,4	706,3
Bewährungshilfeorganisationen	0,0	0,0	0,0
Postgesellschaften (vorm. Österreichische Post u. Tel.-Verwaltung)	1.082,2	1.110,7	1.069,4
Österreichische Bundesbahnen	626,7	450,2	453,7
Autobahn- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG (ASFINAG)	35,3	6,8	6,8
Finanzmarktaufsichtsbehörde (vorm. Bundeswertpapieraufsicht)	1,3	2,9	2,9
Bundesrechenzentrum GmbH	0,3	0,1	0,1
Österreichische Salinen AG	0,3	0,3	0,3
Bundesbeschaffung GmbH	0,2	0,2	0,2
Spanische Hofreitschule – Piber GmbH	1,3	1,7	1,7
Statistik Austria – BA öffentlichen Rechts	7,5	8,8	9,0
VIA – Donau (ehem. Österreichische Donau Betriebs AG)	4,3	1,9	6,6
Bundesversuchswirtschaften GmbH	0,3	0,6	0,6
Österr. Bibliothekenverbund und Service GmbH	0,2	0,3	0,3
Bundestheatergesellschaften	18,8	19,0	17,9
Münze Österreich AG	0,9	1,2	1,4
Österreichische Bundesforste AG	38,1	137,6	8,1
Österreichische Postsparkasse	34,2	34,5	35,1
Ernährungsagentur	22,2	21,5	21,9
Umweltbundesamt GmbH	4,7	4,2	4,2
Tiergarten Schönbrunn GmbH	0,5	1,3	1,3
IAF – Service GmbH	3,6	3,2	3,2
Wiener Zeitung – digitale Publikationen GmbH (vorm. Österreichische Staatsdruckerei)	0,7	1,3	1,3
Bundessporteinrichtungen GmbH	0,6	0,7	0,7
BMAA (Austrian Development Agency – ADA)	0,6	1,3	1,3
Austro Control	0,0	0,1	0,1
ÖFPZ Arsenal GmbH	3,7	3,6	3,6
Buchhaltungsagentur	0,0	18,8	19,2
Bundesamt und Forschungszentrum für Wald	0,0	5,9	6,0
Austria Wirtschaftsservice GmbH	0,0	0,0	0,0
Österreichische Bundesfinanzierungsagentur	0,0	0,0	0,0
Diplomatische Akademie	0,0	0,0	0,0
Österreich Institut GmbH	0,0	0,0	0,0
Schloss Schönbrunn GmbH	0,6	0,0	0,0

Quelle: BMF

7. Finanzbeziehungen zu anderen öffentlichen Haushalten

7.1 Transferzahlungen des Bundes an Länder und Gemeinden

Die finanziellen Verflechtungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sind über die gemeinschaftlichen Abgaben (Ertragsanteile) hinaus beträchtlich. Im Jahr 2006 zahlt der Bund rd. 9,1 Mrd. € an die Länder (ohne Ertragsanteile) und rd. 0,4 Mrd. € an die Gemeinden, zusammen somit 9,5 Mrd. € (zu den wichtigsten Transfers siehe Tabelle 16). Das zeigt, dass der Bund zu einem erheblichen Teil Leistungen und Transfers finanziert, die von anderen Gebietskörperschaften erbracht bzw. abgewickelt werden.

Die Schwerpunkte der Transferzahlungen (ohne Ertragsanteile) lassen sich in vier Bereiche gliedern:

- **Bildung:** Dazu gehören vor allem die Zahlungen des Bundes für die Landeslehrer (Aktivausgaben und Pensionsausgaben). Im BVA-E 2006 sind hierfür rd. 3,7 Mrd. € vorgesehen.
- **Wohnbau, Umwelt und Infrastruktur:** Dieser Bereich umfasst die Investitionsbeiträge des Bundes für Wohnbau, Umwelt und Infrastruktur (rd. 1,8 Mrd. €). Diese Mittel können nun auch für Infrastrukturprojekte und Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhauseffekte („Kyoto“) verwendet werden.
- **Krankenanstalten:** Der Bund ist kein Spitalerhalter, leistet allerdings für die Krankenanstalten erhebliche

Zuschüsse. Sie reichen vom klinischen Mehraufwand, der den Universitätskliniken zufließt, über Zuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz bis zu den Zahlungen nach dem Gesundheits- und Sozialbeihilfengesetz (GSBG). Insgesamt sind 2006 für die Spitäler fast 1,5 Mrd. € vorgesehen.

- **Verkehr:** Dazu zählen die Zahlungen des Bundes für „Straße und Verkehr“. Der Bund hat den Ländern die Bundesstraßen übertragen. Sie erhalten dafür vom Bund einen Kostenersatz. Für den Nahverkehr leistet der Bund Zahlungen an die Länder und Gemeinden, deren Höhe von den Einnahmen aus der Mineralölsteuer und den Energieabgaben abhängt und an die Gemeinde Wien für den U-Bahnbau (jährlich 109 Mio. €) auf Grund des Schienenverbundvertrages.

Neben diesen vier großen Bereichen leistet der Bund auch noch für verschiedene andere Aufgaben zweckgebundene Transfers (Landwirtschaft, umweltschonende und energiesparende Maßnahmen, Theaterförderung etc.). Hinzu kommen noch die Bedarfszuweisungen gem. § 22 FAG 2001 an die Länder. Diese betragen 2006 925 Mio. €. Sie sind nicht zweckgebunden und werden vom Bund für die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichts im Haushalt der Länder bezahlt.

7.2 Transferzahlungen des Bundes an die Sozialversicherung

Die Verflechtungen zwischen dem Bundeshaushalt und der Sozialversicherung sind ebenfalls beträchtlich. Bundesmittel sind dabei alle Leistungen des Bundes an die Sozialversicherung. Sie setzen sich aus den Bundesbeiträgen sowie aus Leistungersätzen zusammen. Bundesbeiträge und Leistungersätze fließen in alle drei Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung, also in Pensions-, Kranken- und Unfallversicherung. Als wesentlichste Bundesbeiträge an die Sozialversicherung sind zu erwähnen:

- **Der Bundesbeitrag in der Pensionsversicherung:** Er ist ein wesentlicher Teil der Finanzierung der gesetzlichen

Pensionsversicherung, wird in Kapitel 16 veranschlagt und entspricht der Differenz zwischen Einnahmen (im Wesentlichen Beiträge für Versicherte) und Ausgaben. Im vorläufigen Ergebnis 2004 entfallen 5.863,4 Mio. € auf den Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung, 2005 5.964,3 Mio. € und 2005 6.187,4 Mio. €.

- **Überweisung der Arbeitslosenversicherung an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger:** Der Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger erhält 22,8% der Aufwendungen für Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Sonderunterstützung bzw. ab 2005 der Bemessungsgrundlage. Diese

weiter auf S. 60

Tabelle 16 Die wichtigsten Transferzahlungen des Bundes an Länder und Gemeinden

in Mio. €

	2002	2003	2004	2004	2005	2006
	Erfolg	Erfolg	BVA	Vorl. Erfolg	BVA	BVA-E
Zahlungen an Länder						
Landeslehrer, Aktivausgaben (Kapitel 12 und 60)	2.810	2.811	2.808	2.808	2.743	2.712
Landeslehrer, Pensionsausgaben	758	850	797	914	926	975
Zweckzuschüsse Krankenanstalten (Kapitel 17)	393	399	404	392	408	411
Klinischer Mehraufwand	277	275	209	188	207	199
Gesundheits- und Sozialbereichs- Beihilfengesetz	628	663	690	676	720	730
Kostenersatz für Flüchtlingsbetreuung	0	0	0	23	75	75
Investitionsbetrag für Wohnbau, Umwelt, Infrastruktur	1.803	1.801	1.804	1.800	1.804	1.804
Zuschüsse für die Straßenfinanzierung	436	542	566	556	562	563
Bedarfszuweisung	765	703	787	741	791	925
Ertragsanteile-Kopfquotenausgleich	113	104	105	103	107	108
Finanzzuweisung für umweltschonende und energiesparende Maßnahmen	84	78	91	81	88	87
Finanzzuweisungen in Agrarangelegenheiten	15	15	15	15	15	15
Finanzzuweisung in						
Nahverkehrsangelegenheiten	119	131	134	142	149	149
Zuschüsse für Krankenanstalten	106	108	111	107	113	115
Zuschüsse zur Theaterführung	9	9	9	9	9	9
Zuschüsse für Umweltschutz	7	7	7	7	7	7
Katastrophenfonds	202	222	43	53	41	44
Bundesbeitrag U-Bahnbau Wien	109	109	109	109	109	109
Auftragsverwaltung	14	0	0	0	0	0
Summe Länder	8.648	8.828	8.689	8.724	8.874	9.037
Zahlungen an Gemeinden						
Finanzkraftstärkung der Gemeinden	90	84	90	90	87	91
Bedarfszuweisung an Gemeinden	19	19	19	19	119	119
Polizeikostenersatz	2	2	2	2	2	2
Finanzzuweisung in						
Nahverkehrsangelegenheiten	68	65	70	66	69	69
Zuschüsse zur Theaterführung	12	12	12	12	12	12
Bedarfszuweisungsgesetz	1	1	1	1	1	1
Katastrophenfonds	25	65	24	18	23	24
Summe Gemeinden	216	248	218	208	313	317
Summe Länder und Gemeinden	8.864	9.076	8.907	8.932	9.187	9.354

Quelle: BMF

Mittel werden vom Arbeitsmarktservice, das dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit untersteht, überwiesen und sind in Kapitel 63 (zweckgebundene Gebarung Arbeitsmarktpolitik) veranschlagt. Zusätzlich hat das Arbeitsmarktservice in den Jahren 2003 und 2004 356,1 Mio. € aus der Gebarung Arbeitsmarktpolitik an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger zu überweisen. Im BVA 2005 sind diese pauschalen Überweisungen mit 228 Mio. € budgetiert. Im BVA-E 2006 gibt es diese Mittel nicht mehr. Sie sind in den Überweisungen der Arbeitslosenversicherung enthalten.

- Überweisung des Familienlastenausgleichsfonds an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger: Der Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger erhält ab 1.1.2005 die Hälfte des Aufwandes für Zeiten der Kindererziehung in der Pensionsversicherung nach Maßgabe der entsprechenden Bestimmungen des ASVG,

GSVG und BSVG. Für 2005 ist dafür ein Betrag von 319,9 Mio. € budgetiert, für 2006 ist ein Betrag von 494,2 Mio. € vorgesehen. Für die Jahre 2002 bis 2004 waren für die BezieherInnen vom Kinderbetreuungsgeld, unabhängig von der Inanspruchnahme, fixe Pauschalbeträge zu zahlen, und zwar 2002 123,5 Mio. €, 2003 130,8 Mio. € und 2004 196,2 Mio. €. Darüber hinaus sind Pensionsbeiträge für Pflegepersonen von Schwerstbehinderten sowie Pensionsbeiträge auf Grund eines Wahl- oder Pflegekinde zu entrichten. Für Pflegepersonen von Schwerstbehinderten sind 2005 7,3 Mio. € und für 2006 9,8 Mio. € vorgesehen, die Pensionsbeiträge auf Grund eines Wahl- oder Pflegekinde sind 2005 und 2006 mit je 0,8 Mio. € budgetiert. Der Familienlastenausgleichsfonds ist zentrales Finanzierungsinstrument für Familienleistungen. Verwaltet wird dieser Fonds vom Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz.

Tabelle 17 Die wichtigsten Transferzahlungen des Bundes an die SV-Träger

in Mio. €

	2002 Erfolg	2003 Erfolg	2004 BVA	2004 Vorl. Erfolg	2005 BVA	2006 BVA-E
Bundesbeitrag zur gesetzlichen Pensionsversicherung	4.955,0	5.822,2	5.874,9	5.863,4	5.964,3	6.187,4
Ausgleichszulagen	925,8	1.106,7	761,5	811,5	822,1	840,7
Überweisungen aus der ALV	413,0	432,5	433,6	465,0	469,2	701,3
Überweisungen der ALV (§ 6 AMPFG)	1.126,9	356,1	356,1	356,1	228,0	0,0
Überweisungen des FLAF	131,3	138,6	204,3	204,3	328,0	504,8
Leistungen nach dem Pflegegeldgesetz	1.294,3	1.333,1	1.350,1	1.350,0	1.391,0	1.403,6
Summe	8.846,4	9.189,2	8.980,5	9.050,3	9.202,6	9.637,8

Quelle: BMF

Abgesehen davon gibt es noch Bundesbeiträge im Rahmen der Pensionsversicherung nach dem Heeresversorgungsgesetz 1992 zur Abgeltung der Aufwendungen, die den Pensionsversicherungsträgern aus der Anrechnung eines Wehrdienstes als Zeitsoldat als Ersatzzeit in der Pensionsversicherung entstehen, sowie eine Abgeltung der Kosten für eine versicherte Person, die wegen der Pflege eines behinderten Kindes nicht berufstätig ist, durch den Familienlastenausgleichsfonds. Die Krankenversicherung erhält die Krankenversicherungsbeiträge für Asylwerber in Bundesbetreuung zur Gänze vom Bund, ebenso einen Pauschalbeitrag sowie einen Zusatzbeitrag für jeden Familienangehörigen eines im Präsenzdienst stehenden Versicherten, dessen Beitragspflicht für die Dauer des Präsenzdienstes ruht. In der Unfallversicherung leistet der Bund einen Bundesbeitrag zur Unfallversicherung der Bauern, ebenso wie zur Schülerunfallversicherung wie auch zur Versicherung der Laienrichter und von Mitgliedern freiwilliger Organisationen.

trüge für Asylwerber in Bundesbetreuung zur Gänze vom Bund, ebenso einen Pauschalbeitrag sowie einen Zusatzbeitrag für jeden Familienangehörigen eines im Präsenzdienst stehenden Versicherten, dessen Beitragspflicht für die Dauer des Präsenzdienstes ruht. In der Unfallversicherung leistet der Bund einen Bundesbeitrag zur Unfallversicherung der Bauern, ebenso wie zur Schülerunfallversicherung wie auch zur Versicherung der Laienrichter und von Mitgliedern freiwilliger Organisationen.

Die wesentlichsten Leistungsersätze vom Bund an die Sozialversicherung sind:

- **Ausgleichszulagen in der Pensionsversicherung:** Der Bund ersetzt dem Pensionsversicherungsträger den gesamten Aufwand für die Ausgleichszulagen. Damit ist der Aufwand für Ausgleichszulagen im Haushalt der Pensionsversicherungsträger lediglich eine Durchlaufpost. 2004 entfielen rd. 811 Mio. € auf den Ersatz der Ausgleichszulagen und auf den Wertausgleich, 2005 rd. 822 Mio. € und 2006 rd. 841 Mio. € auf den Ersatz der Ausgleichszulagen.
- **Aufwand Pflegegeld:** Den Trägern der gesetzlichen Pensions- und Unfallversicherung wurde mit dem Bundespflegegeldgesetz zwar die Gewährung von Bundespflege-

geldleistungen übertragen, dennoch handelt es sich bei diesen um Leistungen des Bundes, die aus Budgetmitteln abzudecken sind. Der Aufwand an Pflegegeld und der entsprechende Anteil an den Verwaltungskosten werden dementsprechend den Pensionsversicherungsträgern aus Bundesmitteln in Form eines Kostenersatzes abgegolten. 2004 waren dies 1.350 Mio. €, 2005 sind 1.391 Mio. € vorgesehen und 2006 rd. 1.404 Mio. €.

Abgesehen davon leistet der Bund u. a. Ersätze an die Krankenversicherung für einen Teil der nachgewiesenen Untersuchungskosten für Jugendlichenuntersuchungen. Weiters ersetzt der Familienlastenausgleichsfonds der Krankenversicherung einen Teil der Aufwendungen für das Wochengeld und für Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen.

7.3 EU-Beiträge und Rückflüsse

Im Jahr 2004 wurden der EU Beitragszahlungen iHv rd. 2,1 Mrd. € aus dem Bundeshaushalt an die EU überwiesen (siehe Tabelle 18) und EU-Rückflüsse iHv rd. 1,46 Mrd. € vereinnahmt. Auf den EAGFL-Garantie entfielen rd. 1,17 Mrd. € und auf die Strukturfonds 0,29 Mrd. €. Die sonstigen Rückflüsse, die nicht über den Bundeshaus-

halt verrechnet werden, dürften im Jahr 2004 eine Größenordnung von 130 Mio. € erreicht haben. Für 2005 ist entsprechend der Darstellung im Bundeshaushalt mit Beitragszahlungen (brutto) iHv 2,4 Mrd. € zu rechnen. Bei den Rückflüssen des Bundes sind rd. 1,4 Mrd. € veranschlagt (ohne Einhebungsvergütungen).

Tabelle 18 EU-Beiträge und Rückflüsse¹

in Mio. €

	2002 Erfolg	2003 Erfolg	2004 BVA	2004 Vorl. Erfolg	2005 BVA	2006 BVA-E
EU-Beiträge²						
Brutto-Zahlungen ³	2.108	1.952	2.400	2.150	2.386	2.386
Rückflüsse						
EAGFL-Garantie ⁴	1.123	1.158	1.135	1.173	1.188	1.187
EAGFL-Ausrichtung	10	25	16	27	20	20
Europ. Regionalfonds (EFRE)	74	162	142	132	128	107
Europ. Sozialfonds (ESF)	103	114	104	126	105	107
Europ. Solidaritätsfonds	134					
Rückflüsse Bund	1.444	1.459	1.397	1.458	1.441	1.421
Sonstige ⁵	124	131	130	130	130	130
Rückflüsse insgesamt	1.568	1.590	1.527	1.588	1.571	1.551

¹Administrative Darstellung gemäß Bundeshaushaltsverrechnung

²Siehe BFG, I. Teil, Allgemeine und Kapitel-Erläuterungen

³Brutto: inkl. Einhebungsvergütung der Traditionellen Eigenmittel

⁴Europ. Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft

⁵Sonstige Rückflüsse fließen nicht über den Bundeshaushalt

Tabelle 19 zeigt die Rückflüsse aus den einzelnen EU-Strukturfonds getrennt nach Perioden 1994 – 1999 und 2000 – 2006. Im Jahr 2004 wurden aus der Periode 1994 – 1999 noch Restzahlungen iHv rd. 16 Mio. € an Österreich überwiesen.

Tabelle 19 Rückflüsse aus den EU-Strukturfondsprogrammen

in Mio. €

Jahr	EFRE	ESF	EAGFL	FIAF	Gesamt
Programme der Periode 1995 – 1999					
2002	5	-1	0	0	4
2003	25	31	14	0	70
2004	1	0	15	0	16
Programme der Periode 2000 – 2006					
2001	76	72	7	1	156
2002	69	104	9	1	183
2003	137	83	11	0	231
2004	131	126	11	1	269
2005	128	105	19	1	253
2006	107	107	19	1	234

Quelle: BMF

Ausblick

Im Juli 2004 hat die Europäische Kommission einen Großteil ihrer Rechtsetzungsvorschläge zur Agenda 2007 vorgelegt. Die Diskussion darüber hat im September 2004 begonnen. Im Bereich EU-Haushalt handelt es sich dabei um Vorschläge für die Institutionelle Vereinbarung (IIV) zur Finanziellen Vorausschau (FV) und zum Haushaltsverfahren sowie zum Eigenmittelbeschluss und zur Eigenmittelverordnung.

In den Beratungen zur IIV wurde mehrheitlich festgestellt, dass die bestehenden Maßnahmen zur Sicherstellung der Haushaltsflexibilität als ausreichend angesehen werden. Die ersten Diskussionen auf Ratsebene zum Eigenmittelbericht der Kommission und zu ihren Vorschlägen haben ergeben, dass die Einführung einer EU-Steuer zu verfrüht ist, ebenso spricht sich die große Mehrheit der Mitgliedstaaten gegen einen Korrekturmechanismus im Eigenmittelsystem aus.

Hinsichtlich der finanziellen Ausstattung für die nächste Finanzperiode 2007 – 2013 hat Österreich gemeinsam mit fünf anderen Nettozahlern die Kommission aufgefordert, das Ausgabenniveau auf 1% des BNE (EU-25) zu beschränken. Diese Position konnte in allen bisherigen Verhandlungen mit Nachdruck vertreten werden und hat auch ihren Niederschlag im Sachstandsbericht der niederländischen Präsidentschaft, wo Meinungen der Mitgliedstaaten zu jedem Politikbereich abgebildet wurden, gefunden. In den Schlussfolgerungen des ER von Brüssel im Dezember 2004 wurde der nächste Vorsitz ausdrücklich aufgefordert, die verschiedenen Standpunkte der Mitgliedstaaten in den weiteren Beratungen umfassend zu berücksichtigen.

Was den Zeitplan betrifft, so bestätigt der Rat in den Grundsätzen und Leitlinien die bisherige roadmap, wonach bis spätestens Juni 2005 eine politische Einigung zum Finanzrahmen 2007 – 2013 erzielt werden soll.

8. Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen des Gesamtstaates

Wichtige Kennzahlen in der internationalen Beurteilung der Budgetpolitik sind die Anteile der Ausgaben und Einnahmen des Staates (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger und sonstige öffentliche Einrichtungen) am BIP (siehe Tabelle 20). Damit lässt sich feststellen, ob der Abbau des Defizits von der Ausgaben- oder Einnahmenseite herkommt. Die Staatsausgabenquote soll 2006 um mehr als einen Prozentpunkt zurückgehen, nämlich von 49,4% auf 48,3%. Die Einnahmenquote hingegen soll lediglich um 0,9 Prozentpunkte sinken, nämlich von 47,5% auf 46,6%. Es zeigt sich also, dass der Konsolidierungseffekt 2006 von der Ausgabenseite herrührt. Bei den Einnahmen wird die Steuer- und Abgabenquote, das sind die Steuern und Abgaben in Relation zum BIP, deutlich zurückgehen, nämlich von 42,7% (2004) auf 41,5% (2005) und weiters auf 40,7% im Jahr 2006.

Im Zusammenhang mit der Budgetkonsolidierung hat die Defizitquote, das ist der Anteil des öffentlichen Finanzierungssaldos oder des Maastricht-Defizits am BIP, besondere Bedeutung erlangt. Das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit für das Jahr 2004 beträgt nach den ersten Berechnungen des Bundesministeriums für Finanzen 1,3% des BIP und entspricht somit dem bereits im August 2004 notifizierten Wert. Im Jahr 2005 wird das gesamtstaat-

liche Maastricht-Defizit infolge der Steuerreform auf rd. 1,9% des BIP ansteigen. Für 2006 wird es auf rd. 1,7% des BIP zurückgehen.

Eine weitere wichtige Kennzahl für die Beurteilung des Erfolges der Budgetpolitik ist die öffentliche Verschuldungsquote. Die Verschuldungsquote beziffert die Staatsverschuldung gemessen am BIP. Die Bruttoschulden umfassen die kurz-, mittel- und langfristigen Schulden sowie die Mittel, die der Bund für Unternehmungen, an die er zu 100% beteiligt ist, aufgenommen hat (Rechtsträgerfinanzierung). Die Entwicklung zeigt, dass die öffentliche Verschuldungsquote sinkend ist. 2003 betrug sie 64,5% des BIP, 2006 sollten es 62,8% werden.

Zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen haben die Länder und Gemeinden entsprechend dem inner-österreichischen Stabilitätspakt beigetragen. Beide Gebietskörperschaftsebenen erzielen in der Maastricht-Rechnung Überschüsse. Für 2005 und 2006 sollen beide Ebenen zusammen einen Maastricht-Überschuss von rd. 0,6% des BIP leisten. Der Anstieg der Ausgaben dürfte sich verlangsamen, um die Effekte der Steuerreform kompensieren zu können. Besonders im Personalsektor kann mit Einsparungen gerechnet werden.

Tabelle 20 Gesamtwirtschaftliche Indikatoren zur Budgetentwicklung

in % des BIP

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Staatsausgaben (harmonisiert)	53,1	51,3	50,7	50,4	50,6	50,1	49,4	48,3
Staatseinnahmen	50,8	49,8	51,0	50,2	49,5	48,8	47,5	46,6
Steuern und Abgaben (Staat + EU)	43,7	42,8	44,8	43,7	43,1	42,7	41,5	40,7
Öffentliches Defizit (Maastricht)	-2,2	-1,5	0,3	-0,2	-1,1	-1,3	-1,9	-1,7
davon								
Bundessektor	-2,5	-1,6	-0,5	-0,9	-1,7	-1,7	-2,4	-2,2
Landessektor (ohne Wien)	0,3	0,2	0,5	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4
Gemeindesektor (inkl. Wien)	0,0	0,0	0,3	0,3	0,2	0,1	0,2	0,2
Sozialversicherungsträger	0,0	-0,1	0,0	0,0	0,0	-0,1	-0,1	-0,1
Verschuldungsquote (Maastricht)	66,5	65,8	66,1	65,7	64,5	64,0	63,3	62,8

Quellen: Statistik Austria (bis 2003), BMF (ab 2004)

Wesentliche Beiträge zur Konsolidierung der Finanzen auf Landes- und Gemeindeebene leisten breit angelegte Verwaltungsreformen, die insbesondere in folgenden Bereichen vorgenommen werden:

- Facility Management im Liegenschaftsbereich
- Geschäftsprozessoptimierung
- E-Government
- Forcierung betriebswirtschaftlicher Steuerungsinstrumente (Kosten-Leistungs-Rechnung; Controlling)
- Aufgabenkritik
- Verwaltungskooperationen
- Ausgliederung von Krankenanstalten
- Auslagern privatwirtschaftlicher Bereiche in Eigengesellschaften
- Reorganisation im Sinne des New Public Managements

In der Sozialversicherung wird für 2005 und 2006 mit einem leichten Abgang in der Größenordnung von -0,1% des BIP gerechnet.

Neben der Höhe der Staatsquoten ist die Zusammensetzung der Ausgaben und Einnahmen von Bedeutung. Für Zwecke der internationalen Vergleichbarkeit werden die Ausgaben und Einnahmen des Staates in der amtlichen Statistik nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 (ESVG 95) dargestellt (siehe Tabelle 21 und 22). Unter den Staatsausgaben und -einnahmen werden nur die nicht-finanziellen Transaktionen des Staates gemäß ESVG 95 zusammengefasst. Nicht enthalten sind die finanziellen Transaktionen: Erwerb und Verkauf von Beteiligungen, Gewährung von bzw. Einnahmen aus Darlehen, Aufnahme bzw. Tilgung von Schulden.

66,7 Mrd. € oder 54,2% der Staatsausgaben werden 2006 für Sozialleistungen verwendet. Darunter fallen insbesondere die Ausgaben für Pensionen, Familienbeihilfen, Arbeitslosengelder, Unfallrenten, Pflegegelder, Arztleistungen und Medikamente. Die Transferzahlungen an Unternehmungen betragen rd. 12,0 Mrd. €. Diese beinhalten auch die Zuschüsse und Abgangsdeckungen öffentlicher Einrichtungen, die dem privaten Sektor zugerechnet werden wie z. B. die ÖBB und Krankenanstalten. Rund 22,9 Mrd. € oder 18,6% der Gesamtausgaben entfallen auf den Personalaufwand (Arbeitnehmerentgelt). Die von staatlichen Stellen benötigten Betriebsaufwendungen (Büroaufwand, Instandhaltungen, Mietenzahlungen) machen rd. 10,7 Mrd. € aus; das sind weniger als 9% der Staatsausgaben. Der Zinsauf-

wand beläuft sich auf rd. 7,5 Mrd. €, das sind 6,1% der Gesamtausgaben.

Auf der Einnahmenseite sind die Steuern und Abgaben die bedeutendsten Positionen. Sie machen – inklusive der unterstellten Sozialbeiträge – rd. 90% der Gesamteinnahmen aus. 3,8% der Gesamteinnahmen entfallen auf Produktionserlöse und etwa 3,1% auf Vermögenseinkommen (Zinsen, Dividenden).

Tabelle 21 Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates¹

in Mrd. €

	2002	2003	2004	2005	2006
Einnahmen					
Produktionserlöse	4,56	4,48	4,53	4,56	4,53
Produktions- und Importabgaben	32,64	33,15	34,61	35,25	35,99
Einkommen- und Vermögensteuern	30,50	30,09	30,30	30,01	30,01
Sozialbeiträge (inkl. unterstellte Sozialbeiträge)	36,01	36,89	37,95	39,27	40,50
Vermögenseinkommen	3,75	3,76	3,34	3,58	3,65
Transfers	3,41	3,58	3,60	3,52	3,78
Summe Einnahmen	110,87	111,96	114,33	116,19	118,45
Ausgaben					
Vorleistungen	9,63	9,92	10,19	10,51	10,70
Arbeitnehmerentgelt	21,12	21,60	21,93	22,39	22,87
Gezahlte Steuern	0,53	0,53	0,51	0,51	0,51
Summe Sach- und Personalaufwand	31,27	32,04	32,64	33,41	34,08
Monetäre Sozialleistungen	40,59	42,37	43,57	45,12	46,62
Soziale Sachleistungen	10,68	10,93	11,29	11,62	11,91
Sonstige laufende Transfers	7,28	7,90	8,10	8,20	8,20
Summe Transfers an private Haushalte	58,56	61,20	62,96	64,94	66,72
Subventionen	7,08	7,22	7,42	7,60	7,08
Vermögenstransfers	4,68	4,67	4,82	4,95	4,85
Summe Transfers an Unternehmen	11,77	11,89	12,24	12,55	11,93
Zinsen für die Staatsschuld	7,43	7,03	7,15	7,40	7,50
Bruttoinvestitionen	2,82	2,80	2,70	2,87	2,92
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögengütern	-0,07	-0,17	-0,05	-0,06	-0,06
Summe Ausgaben	111,77	114,79	117,64	121,12	123,10
Finanzierungssaldo – VGR	-0,91	-2,83	-3,31	-4,94	-4,64
SWAP, netto	0,44	0,33	0,34	0,35	0,35
Finanzierungssaldo – Maastricht	-0,47	-2,50	-2,97	-4,58	-4,29
in % des BIP	-0,2	-1,1	-1,3	-1,9	-1,7

¹Nach VGR/ESVG 95

Quellen: Statistik Austria (bis 2003, Stand Oktober 2004), BMF (ab 2004)

Tabelle 22 Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Bundessektors¹

in Mrd. €

	2002	2003	2004	2005	2006
Einnahmen					
Produktionserlöse	0,80	0,86	0,87	0,87	0,87
Produktions- und Importabgaben	23,85	24,62	25,73	26,21	26,76
Einkommen- und Vermögensteuern	22,34	22,04	22,19	21,97	21,97
Sozialbeiträge (inkl. unterstellte Sozialbeiträge)	7,46	7,61	7,65	7,70	7,80
Vermögenseinkommen	2,20	2,12	1,80	2,00	2,09
Intragovernmentale Transfers	4,13	2,78	2,80	2,85	3,00
Sonstige Transfers	2,04	1,96	2,05	2,05	2,00
Summe Einnahmen	62,81	61,97	63,09	63,65	64,49
Ausgaben					
Vorleistungen	4,01	4,16	4,25	4,35	4,45
Arbeitnehmerentgelt	9,82	10,12	10,25	10,50	10,75
Gezahlte Steuern	0,16	0,17	0,17	0,17	0,17
Summe Sach- und Personalaufwand	14,00	14,46	14,67	15,02	15,37
Monetäre Sozialleistungen	12,43	13,42	13,82	14,62	15,05
Soziale Sachleistungen	0,39	0,40	0,41	0,42	0,43
Sonstige laufende Transfers	3,03	3,00	2,98	3,02	3,29
Summe Transfers an private Haushalte	15,85	16,82	17,21	18,05	18,76
Subventionen	4,34	4,63	4,80	4,98	4,50
Vermögenstransfers	2,16	2,38	2,30	2,40	2,40
Summe Transfers an Unternehmen	6,50	7,01	7,10	7,38	6,90
Intragovernmentale Transfers	21,14	20,73	21,25	21,87	21,80
Zinsen für die Staatsschuld	7,10	6,77	6,90	7,15	7,25
Bruttoinvestitionen	0,62	0,50	0,30	0,35	0,35
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	-0,05	-0,06	-0,05	0,00	0,00
Summe Ausgaben	65,16	66,22	67,38	69,82	70,43
Finanzierungssaldo – VGR	-2,35	-4,26	-4,29	-6,17	-5,94
SWAP, netto	0,44	0,33	0,34	0,35	0,35
Finanzierungssaldo – Maastricht	-1,91	-3,92	-3,95	-5,82	-5,59
in % des BIP	-0,9	-1,7	-1,7	-2,4	-2,2

¹Nach VGR/ESVG 95

Quellen: Statistik Österreich (bis 2003, Stand Oktober 2004), BMF (ab 2004)

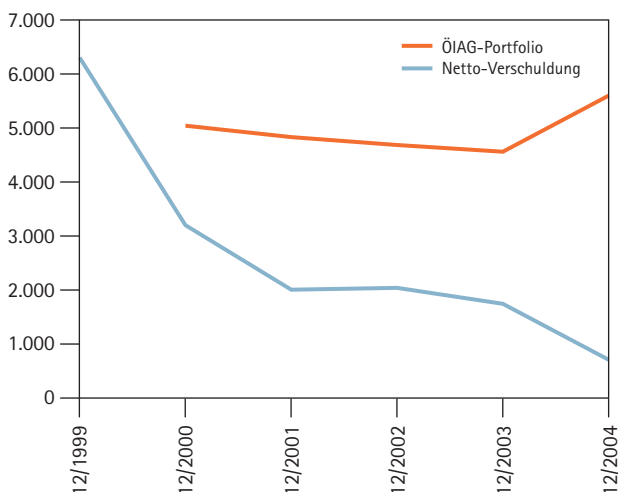
9. Außerbudgetäre Finanzierungen

ÖIAG

Nach dem ÖIAG-Gesetz 2000, BGBl. I Nr. 24/2000, ist der Bund verpflichtet, der ÖIAG die Ausgaben für Zinsen und Tilgungen von Anleihen, Darlehen und Krediten, die die ÖIAG mit Bundeshaftung aufgenommen hat und für die eine Refundierungsverpflichtung besteht, zu ersetzen. Dies gilt auch für Anleihen, Darlehen und Kredite, welche die ÖIAG im Wege der Umschuldung oder zum Zweck der Umschuldungen beim Bund, vertreten durch die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur, aufgenommen hat. Gemäß Poststrukturgesetz BGBl. Nr. 201/1996 i.d.g.F. hat der Bund auch eine Refundierungsverpflichtung der Verbindlichkeiten der ehemaligen Post. Die Verbindlichkeiten der ÖIAG inkl. ex-PTBG mit Refundierungsverpflichtung des Bundes betragen zum 3.1.2000 rd. 6,3 Mrd. €.

Die Tilgungen der ÖIAG-Verbindlichkeiten (inkl. der früheren PTBG) mit Refundierungsregelung betragen in den Jahren 2000 bis 2004 insgesamt 5,6 Mrd. €. Die Ende 2004 noch ausstehenden Verbindlichkeiten von rd. 0,7 Mrd. € sollen durch weitere Privatisierungserlöse getilgt werden. Aus den Privatisierungen der ÖIAG der Jahre 2000 bis 2004 konnten Veräußerungserlöse von rd. 5,0 Mrd. € erzielt werden. Der Wert des Portfolios der ÖIAG ist trotz Privatisierung und damit Verkauf von Beteiligungen von

ÖIAG-Wertentwicklung in Mio. €



Quelle: ÖIAG

5,0 Mrd. € im Jahr 2000 auf 5,6 Mrd. € im Jahr 2004 gestiegen.

Von den Ende 2000 noch mit 289,9 Mio. € aushaftenden Gesellschafterdarlehen des Bundes sind in den Jahren 2001 bis 2004 insgesamt 289,9 Mio. €, d. h. die gesamte Schuld, getilgt worden. Die Zinsen für dieses Darlehen beliefen sich in den Jahren 2001 bis 2004 auf insgesamt 12,1 Mio. €.

ÖBB – SCHIG

Im Jahr 2004 hat die ÖBB die im Bundesbahnstrukturgesetz 2003 vorgesehenen Maßnahmen der ÖBB-Reform umzusetzen. In Bezug auf die strukturellen Änderungen hat der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie im Mai 2004 die ÖBB-Holding AG errichtet und die Anteile der ÖBB „alt“ in die Holding eingebracht. In weiterer Folge wurden von der Holding AG die ÖBB-Personenverkehr AG, die Rail Cargo Austria AG, die ÖBB-Dienstleistungs GmbH sowie die ÖBB-Infrastruktur Betrieb AG errichtet. Mit Spaltungsstichtag 31. Dezember 2004 wurden die jeweiligen Teilbetriebe von der ÖBB „alt“ abgespalten und in diese Tochtergesellschaften übertragen. Die nach diesen Abspaltungen verbleibende ÖBB „alt“ wurde in die ÖBB-Infrastruktur Bau AG umgewandelt. Damit wurde eine neue Konzernstruktur geschaffen, die unter dem Dach der Holding eine strategische Ausrichtung des Gesamtunternehmens und Synergieeffekte im Konzern gewährleistet. Die ÖBB-Personenverkehr AG und die Rail Cargo Austria AG können sich als eigenständige Tochterunternehmen auf die jeweiligen Absatzmärkte ausrichten. Damit die beiden Absatzgesellschaften den Anforderungen des zunehmenden Wettbewerbs auch in Hinkunft gerecht werden können, hat der Bund im Jahr 2004 eine Kapitalzufuhr iHv insgesamt 1,4 Mrd. € geleistet.

Im Bereich der Infrastruktur werden die Betriebsführung des Schienennetzes, die Bereitstellung und Erhaltung des Schienennetzes, die Betriebsplanung des Versuchs, die Trassenvergabe sowie die Einhebung des Infrastrukturbenutzungsentgelts von der ÖBB-Infrastruktur Betrieb AG wahrgenommen. Die ÖBB-Infrastruktur Bau AG ist im Besitz eines Großteils des gesamten Immobilienvermö-

gens und für die Planung und den Bau von Schieneninfrastruktur einschließlich Hochleistungsstrecken und Ersatzinvestitionen verantwortlich. Um auch im Bereich der Errichtung von Schieneninfrastruktur Synergien zu nutzen, wurden die HL-AG mit der neuen Infrastruktur Bau AG verschmolzen sowie die Anteile an der Brenneisenbahn GmbH eingebracht.

Auch die Finanzierung der Schieneninfrastruktur wird nunmehr von der ÖBB-Infrastruktur Bau AG wahrgenommen. Der Bund hat für das Unternehmen eine gesunde wirtschaftliche Grundlage geschaffen, indem er Schulden iHv über 6 Mrd. € übernommen hat.

In Bezug auf das operative Ergebnis des Geschäftsjahres 2004 ist hervorzuheben, dass die ÖBB im Absatzbereich einen voraussichtlichen Umsatzerlös von rd. 2.152,14 Mio. € (2003: 2.095,87 Mio. €) erzielt haben. Mit der Erhöhung des Infrastrukturbenutzungsentgelts um 17,8 Mio. € auf 345,06 Mio. € haben die ÖBB-Absatzbereiche auch einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung der Schieneninfrastruktur geleistet. Insbesondere zur Qualitätssteigerung des Angebots haben die ÖBB im Absatzbereich die Investitionen von 295,59 Mio. € im Jahr 2003 auf 505,39 Mio. € im Jahr 2004 gesteigert. Die im Unternehmen gesetzten Maßnahmen zur Rationalisierung und Effizienzsteigerung lassen sich nicht zuletzt im Abbau der Mitarbeiter von 47.049 Ende 2003 auf 45.367 Ende 2004 ablesen.

Die von der SCHIG finanzierten Eisenbahninvestitionen betragen im Jahr 2004 rd. 1.272 Mio. €. Weiters wurden 2004 von der SCHIG rd. 2,8 Mio. € für die Projekte Güterterminal Werndorf und Tunnelthermie (Verwertung von Erdwärme aus dem Lainzer Tunnel) investiert. Zur Refinanzierung des überwiegenden Teils der investierten Mittel wurden Anleihen über 500 Mio. € bzw. 650 Mio. € mit einer 5-jährigen bzw. 10-jährigen Laufzeit begeben. Außerdem wurden Privatplatzierungen im Ausmaß von 140 Mio. € abgeschlossen. Der verbleibende Liquiditätsbedarf wurde durch kurzfristige Bankfinanzierungen abgedeckt. Im Jahr 2004 hat die SCHIG Benützungsentgelte iHv rd. 355,5 Mio. € eingenommen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 21,2 Mio. € bzw. 6,4%. Wesentliche Aktivitäten der SCHIG lagen weiters im Bereich der Kontrolle von Infrastrukturinvestitionen und der Projektplanung in Vorbereitung eines möglichen PPP-Projekts zur Ertüchtigung der Pyhrn-Schöberachse.

ASFINAG

Einen Meilenstein hat die ASFINAG im Jahr 2004 mit der termingemäßen Implementierung des LKW-Maut-Systems erreicht. Pünktlich zum Inkrafttreten am 1. Jänner standen alle Systembereiche voll funktionsbereit zur Verfügung. Insgesamt 420 Mautportale wurden auf dem österreichischen Autobahnnetz errichtet. Die ASFINAG konnte im ersten Jahr ca. 601 Mio. € an Einnahmen aus der neuen Maut verbuchen und weitere ca. 160 Mio. € aus Sondermautstrecken, sodass in Summe 761 Mio. € an Mauteinnahmen erzielt wurden. Im November 2004 wurde eine Erfassungsquote von 99,4% erreicht. Diese Quote ist höher als im Betreibervertrag von Europpass garantiert. Die Einnahmen aus der rubinroten Vignette im Abrechnungszeitraum Dezember 2003 bis November 2004 betragen ca. 296 Mio. €.

Mit 1. Februar 2005 startete das österreichweite Verkehrsleitsystem mit der Aufnahme des Probetriebes der ersten Verkehrsbeeinflussungsanlage im Großraum Innsbruck. Die neue Verkehrsmanagement- und Informationszentrale in Wien-Inzersdorf ist das Herzstück eines zukunftsweisenden Verkehrsleitsystems für das österreichische hochrangige Streckennetz. Von hier werden Verkehrsbeeinflussungsanlagen gesteuert und überwacht, verkehrsrelevante Daten aus dem Gesamtnetz gesammelt, aufbereitet und dargestellt und Verkehrsinformationen verbreitet. Eine wesentliche Erhöhung der Verkehrssicherheit, eine Steigerung der Leistungsfähigkeit und des Informationsangebotes auf dem Streckennetz ist das Ziel.

Eine knappe Milliarde Euro wurde im Jahr 2004 in die Sanierung und den Ausbau des hochrangigen Streckennetzes investiert. Projekte wie die Semmeringquerung (S 6), der Abschnitt Neutal-Oberpullendorf (S 31) und der Abschnitt Inzersdorf-Schön als letztes Teilstück der Pyhrnautobahn (A 9) wurden freigegeben. Ebenfalls fertig gestellt wurden die Sanierungen an den Bestandsröhren des Ambergtunnels (A 14) und des Plabutschtunnels (A 9). Der Ausbau der S 33 konnte zwischen St. Pölten-Nord und Herzogenburg-Süd vollendet werden.

Das österreichische hochrangige Streckennetz wächst im Jahr 2005 um ca. 30 km. Im Jahr 2005 investiert die ASFINAG in Sanierung und Neubau ca. 1,3 Mrd. €. Neben der Eröffnung der zweiten Tunnelröhre Herzogberg auf der A 2 Süd Autobahn und der Eröffnung des StrenGENER Tunnels auf der S 16 Arlberg Schnellstraße wer-

den 2005 die Streckenabschnitte der S 33 Kremser Schnellstraße zwischen Herzogenburg und Traismauer und auf der S 1 Wiener Außenring Schnellstraße zwischen Schwechat und Schwechat-Süd für den Verkehr freigegeben.

Nach dem Auslaufen der Finanzierung über die Bundesfinanzierungsagentur wurde ein Euro Medium Term Note Programm (EMTN) aufgesetzt, das nun die Basis für die Emission von Anleihen bildet. Vor diesem Hintergrund wurden 2004 sowohl 1,0 Mrd. €, wie auch eine CHF 300 Mio. Anleihe auf dem europäischen und asiatischen Markt platziert. Zusätzlich wurden im Jahr 2004 unter dem MTM Programm kleinere Privatplatzierungen (= nur ein Investor) mit brasilianischen Investoren zu sehr kostengünstigen Konditionen umgesetzt.

Erstmals wird durch die ASFINAG ein PPP-Modell zur alternativen Finanzierung von hochrangigen Straßen in Österreich ausgeschrieben. Im Herbst 2004 wurde mit der internationalen Interessentensuche begonnen.

Mit der Neustrukturierung des Konzerns und der Bereinigung der betrieblichen Struktur verfolgt die ASFINAG zielstrebig das Ziel Gesamtverantwortung für das hochrangige Streckennetz zu übernehmen. Durch die Integration der beiden Töchterfirmen ÖSAG und ASG wurde mit Ende 2004 ein wesentlicher Schritt in Richtung eines einheitlich geführten Konzerns mit eigenverantwortlichen Gesellschaften getätigt.

Tabelle 23 Finanzverbindlichkeiten außerbudgetärer Einrichtungen

in Mrd. €

	12.2002	12.2003	12.2004 vorläufig
ÖBB Gesamt	4,9	5,0	2,3
<i>ÖBB-Infrastruktur</i>	4,0	4,0	1,1
<i>ÖBB-Absatz</i>	0,9	1,1	1,2
BIG	3,1	3,5	3,5
SCHIG	4,7	5,6	3,4
ASFINAG	7,4	8,1	8,5
ÖIAG	2,0	1,8	0,7
Summe	22,0	24,0	18,4

Quelle: BMF

Bundesimmobiliengesellschaft (BIG)

Die Aufgaben der BIG mit ihren Tochtergesellschaften liegen hauptsächlich in der Bewirtschaftung der ehemaligen Bundesliegenschaften, der Planung, Errichtung und Instandhaltung von Baulichkeiten für Bundeszwecke sowie in der Entwicklung und Verwertung von nicht für öffentliche Zwecke erforderlichen Liegenschaften. Die Gesellschaft verwaltet per Jahresende 2004 einen mietenrelevanten Gebäudeflächenbestand von rd. 6,9 Mio. m². Die Mieteinnahmen als wesentlichste Umsatzkomponente (561,7 Mio. €) entfallen zu 95% auf Bundesmieter.

In Anlagen im Bau und in Bauten auf fremden Grund wurden im Jahr 2004 rd. 206 Mio. € investiert, wobei der Schwerpunkt der diesbezüglichen Investitionen bei Objekten lag, die dem Bildungsbereich dienen. Für Instandhaltungsmaßnahmen hat die Gesellschaft rd. 140 Mio. € aufgewendet.

Das voraussichtliche Betriebsergebnis des Jahres 2004 (227,2 Mio. €) konnte im Vergleich zum Vorjahr in etwa gleich gehalten werden. Die BIG hat im Jahr 2004 voraussichtlich einen Gewinn von 25,2 Mio. € erwirtschaftet.

Zur Finanzierung der Investitionen ist die BIG, die auch im vergangenen Jahr von Moody's mit einem „Aaa“ ausgezeichnet wurde, selbst als Emittent aufgetreten. Dabei konnte die BIG drei Privatplatzierungen von in Summe 11 Mrd. JPY (Gegenwert ca. 82 Mio. €) mit Laufzeiten zwischen 12 und 13 Jahren emittieren. Weiters wurde bei der Europäischen Investmentbank eine Finanzierung iHv 65 Mio. € aufgenommen.

Im Jahr 2005 werden von der BIG in Angelegenheit der Planung und Vorbereitung 32 Objekte und der Bauausführung 56 Objekte betreut. Weiters ist die Fertigstellung von 29 Neubau- und Sanierungsvorhaben mit Gesamtkosten von 198 Mio. € und der Baubeginn von 19 Neubau- und Generalsanierungsvorhaben mit Gesamtkosten von 189,5 Mio. € vorgesehen.

Neben ihrem Kerngeschäft, nämlich den Immobilienbedarf des Bundes nach marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bereit zu stellen, setzt die BIG auch verstärkt auf die Entwicklung und Verwertung von Projekten mit privatwirtschaftlicher Nutzung bzw. Beteiligung.

Die Neustrukturierung des Konzerns hat sich insbesondere an den Zielen orientiert, die Abläufe im Unternehmen durch klare Kompetenzverteilung zu optimieren, Instrumente für eine betriebswirtschaftliche Steuerung der Investitionstätigkeit zu entwickeln sowie den Kundennutzen sowohl bei den Nutzern vor Ort als auch bei zentralen Entscheidungsträgern zu optimieren.

Anhang: Übersichten

1. Weltwirtschaft und internationale Vergleiche

Übersicht 1 Entwicklung der Weltwirtschaft

Übersicht 2 Wirtschaftswachstum im internationalen Vergleich

Übersicht 3 Arbeitslosenrate im internationalen Vergleich

Übersicht 4 Inflationsentwicklung im internationalen Vergleich

Übersicht 5 Konvergenzindikatoren

Übersicht 6 Nettodefizite (-überschüsse) der öffentlichen Haushalte im internationalen Vergleich

2. Entwicklung des Bundeshaushaltes

Allgemeine Hinweise:

1. Durch verschiedene Ausgliederungen (wie z. B. der Post- und Telegrafverwaltung ab 1. Mai 1996; der Österreichischen Bundesforste, des Bundesrechnamtes und der ASFINAG ab 1. Jänner 1997; der Auflassung der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols mit Ablauf des 31. Dezember 1996; der Bundessportheime und Sporteinrichtungen, des Umweltbundesamtes und der Museen beginnend ab 1. Jänner 1999; der Bundestheater ab 1. September 1999; des Österreichischen Statistischen Zentralamtes ab 1. Jänner 2000; des Bundesgestütetes Piber-Spanische Hofreitschule ab 1. Jänner 2001; des Österreichischen Bibliothekenverbundes ab 1. Jänner 2002; der Finanzmarktaufsichtsbehörde ab 1. April 2002; der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit ab 1. Juni 2002; der Universitäten, der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ab 1. Jänner 2004 und der Buchhaltungsagentur ab 1. Juli 2004) sowie durch die Auswirkungen des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997, des Bundesimmobiliengesetzes 2000 und des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 50/2002 (Übertragung der Bundesstraßen an die Länder) ist ein Vergleich mit den Vorjahren nur bedingt möglich.
2. Die Werte für das Bruttoinlandsprodukt für die Jahre 1996 bis 2003 stammen von der Statistik Austria, 2004 bis 2006 aus der WIFO-Prognose vom Dezember 2004.
3. Die ausgewiesenen Daten für die Jahre 1996 bis 2003 sind den jeweiligen Bundesrechnungsabschlüssen, die Daten des Jahres 2004 dem vorläufigen Rechnungsabschluss 2004 (Stand: 31. Jänner 2005), die Daten des Jahres 2005 dem BVA 2005 und die Daten des Jahres 2006 dem BVA-E 2006 entnommen.
4. Bei Betragsangaben wurde bis einschließlich 4 ab- und ab 5 aufgerundet. Es kann daher bei Summen- bzw. Saldenbildungen zu Rundungsdifferenzen kommen.

Übersicht 7 Ausgaben, Einnahmen und Nettobudgetabgang

Übersicht 8 Kennzahlen der Budgetentwicklung

2.1 Entwicklung der Einnahmen

- Übersicht 9 Struktur der Gesamteinnahmen des Bundes
- Übersicht 10 Öffentliche Abgaben des Bundes
- Übersicht 11 Aufteilung der öffentlichen Abgaben des Bundes
- Übersicht 12 Einnahmen des Bundes nach ökonomischen Kriterien

2.2 Entwicklung der Ausgaben

- Übersicht 13 Gesamtausgaben des Bundes, finanzwirtschaftliche Gliederung
- Übersicht 14 Gesamtausgaben des Bundes, Ressortgliederung
- Übersicht 15 Gesamtausgaben des Bundes, funktionelle Gliederung
- Übersicht 16 Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Kriterien
- Übersicht 17 Ausgaben des Bundes für Soziale Wohlfahrt, Gesundheit und Wohnungsbau
- Übersicht 18 Familienlastenausgleich
- Übersicht 19 Pensionsversicherung, Finanzierung und Leistungen
- Übersicht 20 Ausgaben des Bundes für Wirtschaftsförderung
- Übersicht 21 Investitionen in die Infrastruktur
- Übersicht 22 Ausgaben des Bundes für Bildung
- Übersicht 23 Haftungsübernahmen des Bundes
- Übersicht 24 Planstellen für Bundesbedienstete nach Verwaltungszweigen
- Übersicht 25 Personalstand und Personalausgaben des Bundes für Bundesbedienstete
- Übersicht 26 Personalstand und Aufwandsersatz des Bundes für Landeslehrer

Übersicht 1 Entwicklung der Weltwirtschaft

jährliche Veränderung in %

	1999	2000	2001	2002	2003	2004 ¹	2005 ¹	2006 ¹
Weltproduktion ²	3,8	4,7	2,4	2,7	3,5	5,0	4,2	4,2
Exporte (Güter) ²	5,4	13,3	0,6	4,5	6,1	9,7	7,8	7,5
Importe (Güter) ²	6,6	13,5	-0,6	4,5	7,4	9,9	8,1	7,7
Rohstoffpreise	4,8	23,5	-7,2	0,2	9,2	24,5	7,0	-6,5
Ölpreise (Brent in US-\$/Barrel)	17,9	28,5	25,0	25,0	28,5	39,3	45,1	40,1

¹Prognose²Real

Quelle: EK-Herbstprognose 2004

Übersicht 2 Wirtschaftswachstum im internationalen Vergleich

jährliche reale Veränderung in %

Land/Region	1996-00	2000	2001	2002	2003	2004 ¹	2005 ¹	2006 ¹
Belgien	2,7	3,9	0,7	0,9	1,3	2,5	2,5	2,6
Deutschland	1,8	2,9	0,8	0,1	-0,1	1,9	1,5	1,7
Griechenland	3,4	4,5	4,3	3,6	4,5	3,8	3,3	3,3
Spanien	3,9	4,4	2,8	2,2	2,5	2,6	2,6	2,7
Frankreich	2,7	3,8	2,1	1,2	0,5	2,4	2,2	2,2
Irland	9,8	9,9	6,0	6,1	3,7	5,2	4,8	5,0
Italien	1,9	3,0	1,8	0,4	0,3	1,3	1,8	1,8
Luxemburg	7,1	9,0	1,5	2,5	2,9	4,0	3,5	3,6
Niederlande	3,7	3,5	1,4	0,6	-0,9	1,4	1,7	2,4
Österreich ²	2,9	3,4	0,7	1,2	0,8	1,9	2,4	2,4
Portugal	3,9	3,4	1,6	0,4	-1,2	1,3	2,2	2,4
Finnland	4,7	5,1	1,1	2,3	1,9	3,0	3,1	2,7
Eurozone	2,6	3,5	1,6	0,9	0,6	2,1	2,0	2,2
Dänemark	2,7	2,8	1,6	1,0	0,5	2,3	2,4	2,0
Schweden	3,2	4,3	0,9	2,1	1,6	3,7	3,1	2,9
Vereinigtes Königreich	3,2	3,9	2,3	1,8	2,2	3,3	2,8	2,8
EU-15	2,7	3,6	1,7	1,1	0,9	2,3	2,2	2,3
Zypern	3,7	5,0	4,0	2,0	2,0	3,5	3,9	4,2
Tschechien	1,5	3,9	2,6	1,5	3,1	3,8	3,8	4,0
Estland	5,5	7,8	6,4	7,2	5,1	5,9	6,0	6,2
Ungarn	4,0	5,2	3,8	3,5	3,0	3,9	3,7	3,8
Lettland	5,4	6,9	8,0	6,4	7,5	7,5	6,7	6,7
Litauen	4,2	3,9	6,4	6,8	9,7	7,1	6,4	5,9
Malta	4,5	6,4	-2,2	1,8	0,2	1,0	1,5	1,8
Polen	5,1	4,0	1,0	1,4	3,8	5,8	4,9	4,5
Slowakei	3,7	2,0	3,8	4,6	4,0	4,9	4,5	5,2
Slowenien	4,3	3,9	2,7	3,3	2,5	4,0	3,6	3,8
AC-10	2,8	3,6	1,8	1,1	1,0	2,5	2,3	2,4
EU-25	2,7	2,9	3,6	1,7	1,1	0,9	2,1	2,5
USA	4,1	3,7	0,8	1,9	3,1	4,4	3,0	2,9
Japan	1,4	2,8	0,4	-0,3	2,4	4,2	2,1	2,3

¹Prognose²WIFO-Prognose (Dezember 2004) für Österreich: 2004 1,9%, 2005 2,2% und 2006 2,3%

Quelle: EK-Herbstprognose 2004

Übersicht 3 Arbeitslosenrate im internationalen Vergleich¹

in %

Land/Region	1996-00	2000	2001	2002	2003	2004 ²	2005 ²	2006 ²
Belgien	8,7	6,9	6,7	7,3	8,0	8,2	8,1	7,9
Deutschland	8,7	7,8	7,8	8,7	9,6	9,7	10,0	9,6
Griechenland	10,6	11,0	10,4	10,0	9,3	8,5	9,0	9,0
Spanien	14,9	11,3	10,6	11,3	11,3	11,1	10,8	10,6
Frankreich	10,8	9,1	8,4	8,9	9,4	9,6	9,5	9,3
Irland	7,8	4,3	3,9	4,3	4,6	4,4	4,4	4,3
Italien	11,3	10,4	9,4	9,0	8,6	8,3	8,1	8,0
Luxemburg	2,6	2,3	2,1	2,8	3,7	4,3	4,6	4,4
Niederlande	4,2	2,9	2,5	2,7	3,8	4,6	5,0	4,4
Österreich ³	4,2	3,7	3,6	4,2	4,3	4,2	3,9	3,4
Portugal	5,6	4,1	4,0	5,0	6,3	6,3	6,2	6,1
Finnland	11,7	9,8	9,1	9,1	9,0	8,8	8,6	8,3
Eurozone	9,9	8,4	8,0	8,4	8,9	8,9	8,9	8,6
Dänemark	5,1	4,4	4,3	4,6	5,6	5,8	5,3	4,9
Schweden	8,0	5,6	4,9	4,9	5,6	6,3	5,8	5,0
Vereinigtes Königreich	6,5	5,4	5,0	5,1	5,0	4,9	4,9	4,9
EU-15	9,2	7,8	7,4	7,7	8,1	8,1	8,1	7,9
Zypern	5,0	5,2	4,4	3,9	4,4	4,2	4,0	3,7
Tschechien	6,4	8,7	8,0	7,3	7,8	8,3	8,2	8,0
Estland	10,5	12,5	11,8	9,5	10,1	9,7	9,4	9,1
Ungarn	8,0	6,3	5,6	5,6	5,8	5,8	5,9	6,0
Lettland	15,6	13,7	12,9	12,6	10,5	9,9	9,7	9,4
Litauen	13,9	16,4	16,4	13,5	12,7	11,4	10,6	9,9
Malta	6,7	7,0	6,7	7,5	8,2	8,6	8,5	8,4
Polen	12,6	16,4	18,5	19,8	19,2	19,0	18,7	18,1
Slowakei	14,5	18,7	19,4	18,7	17,5	18,4	17,9	17,2
Slowenien	7,0	6,6	5,8	6,1	6,5	6,3	6,1	5,8
EU-25	9,6	8,7	8,5	8,9	9,1	9,1	9,1	8,8
USA	4,6	4,0	4,8	5,8	6,0	5,5	5,5	5,4
Japan	4,1	4,7	5,0	5,4	5,3	4,8	4,7	4,6

¹in % der Erwerbspersonen (EUROSTAT Definiton)²Prognose³WIFO-Prognose (Dezember 2004) für Österreich: 2004 4,5%, 2005 4,4% und 2006 4,2%

Quelle: EK-Herbstprognose 2004

Übersicht 4 Inflationsentwicklung im internationalen Vergleich¹

jährliche Veränderung in %

Land/Region	1996-00	2000	2001	2002	2003	2004 ²	2005 ²	2006 ²
Belgien	1,6	2,7	2,4	1,6	1,5	2,0	1,9	1,8
Deutschland	1,1	1,4	1,9	1,3	1,0	1,7	1,3	1,1
Griechenland	4,6	2,9	3,7	3,9	3,4	3,0	2,9	2,9
Spanien	2,6	3,5	2,8	3,6	3,1	3,1	2,9	2,5
Frankreich	1,3	1,8	1,8	1,9	2,2	2,3	2,0	1,8
Irland	2,6	5,3	4,0	4,7	4,0	2,3	2,4	2,4
Italien	2,4	2,6	2,3	2,6	2,8	2,3	2,3	2,0
Luxemburg	1,7	3,8	2,4	2,1	2,5	3,0	2,3	1,6
Niederlande	1,9	2,3	5,1	3,9	2,2	1,2	1,3	1,4
Österreich ³	1,2	2,0	2,3	1,7	1,3	2,1	1,8	1,4
Portugal	2,4	2,8	4,4	3,7	3,3	2,4	2,4	2,3
Finnland	1,6	3,0	2,7	2,0	1,3	0,2	1,5	1,7
Eurozone	1,7	2,1	2,4	2,3	2,1	2,1	1,9	1,7
Dänemark	2,0	2,7	2,3	2,4	2,0	1,1	1,9	1,6
Schweden	1,1	1,3	2,7	2,0	2,3	1,1	1,5	1,9
Vereinigtes Königreich	1,6	0,8	1,2	1,3	1,4	1,4	1,9	2,0
EU-15	1,7	1,9	2,2	2,1	2,0	2,0	1,9	1,8
Zypern	--	4,9	2,0	2,8	4,0	2,4	2,4	2,1
Tschechien	6,5	3,9	4,5	1,4	-0,1	2,8	3,1	2,9
Estland	8,8	3,9	5,6	3,6	1,4	3,4	3,5	2,8
Ungarn	15,1	10,0	9,1	5,2	4,7	6,9	4,6	4,2
Lettland	--	2,6	2,5	2,0	2,9	6,8	4,7	3,5
Litauen	7,7	0,9	1,3	0,4	-1,1	1,2	2,9	2,8
Malta	--	3,0	2,5	2,6	1,9	3,7	3,1	2,6
Polen	--	10,1	5,3	1,9	0,7	3,5	3,3	3,0
Slowakei	8,2	12,2	7,2	3,5	8,5	7,7	3,9	3,0
Slowenien	8,2	8,9	8,6	7,5	5,7	3,9	3,4	3,0
EU-25	2,4	2,4	2,5	2,1	1,9	2,2	2,1	1,9
USA	2,5	3,4	2,8	1,6	2,3	2,6	2,8	2,3
Japan	0,3	-0,7	-0,6	-0,9	-0,3	-0,2	0,2	0,3

¹Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)²Prognose³WIFO-Prognose (Dezember 2004) HVPI: 2004 1,9%, 2005 2,2% und 2006 1,6%

Quelle: EK-Herbstprognose 2004

Übersicht 5 Konvergenzindikatoren

	Währungsunion Stand: Feber 2005	Preis- anstieg ² 2004 in %	Langfristige Zinsen ³ 2003 in %	Budget- saldo ¹ 2003 in % des BIP	Schulden- quote ¹ 2003 in % des BIP
Belgien	Euro	1,9	4,2	0,4	100,7
Deutschland	Euro	1,8	4,1	-3,8	64,2
Griechenland	Euro	3,0	4,3	-4,6	109,9
Spanien	Euro	3,1	4,1	0,4	50,7
Frankreich	Euro	2,3	4,1	-4,1	63,7
Irland	Euro	2,3	4,1	0,1	32,1
Italien	Euro	2,3	4,3	-2,4	106,2
Luxemburg	Euro	3,2	4,0	0,8	5,4
Niederlande	Euro	1,4	4,1	-3,2	54,1
Österreich	Euro	2,0	4,2	-1,1	64,5
Portugal	Euro	2,5	4,2	-2,8	60,3
Finnland	Euro	0,1	4,1	2,3	45,6
Dänemark	EWS II ⁴	0,9	4,3	0,3	45,9
Schweden	kein Euro	1,0	4,6	0,3	52,0
Vereinigtes Königreich	kein Euro	1,3	4,6	-3,3	39,8
Zypern	kein Euro	1,9	4,7	-6,4	70,9
Tschechien	kein Euro	2,6	4,1	-12,6	37,8
Estland	EWS II ⁴	3,0	5,3	3,1	5,3
Ungarn	kein Euro	6,8	6,8	-6,2	59,1
Lettland	kein Euro	6,2	4,9	-1,5	14,4
Litauen	EWS II ⁴	1,1	5,3	-1,9	21,6
Malta	kein Euro	2,7	5,0	-9,7	71,1
Polen	kein Euro	3,6	5,8	-3,9	45,4
Slowakei	kein Euro	7,4	5,0	-3,7	42,6
Slowenien	EWS II ⁴	3,6	6,4	-2,0	29,5

¹Laut August-Notifikation 2004.²HVPI (Harmonisierter Verbraucherpreisindex), Quelle: EUROSTAT.³Sekundärmarktrenditen langfristiger Bundesanleihen (in der Regel 10 Jahre), Quelle: OeNB.⁴EWS II ist das europäische Wechselkursystem. Vor der Euro-Einführung muss ein Land zuerst Mitglied des EWS II sein.

Quelle: Statistik Austria

Übersicht 6 Nettodefizite (-überschüsse) der öffentlichen Haushalte im internationalen Vergleich¹

in % des BIP

Land/Region	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003 ²	2004 ²	2005 ²	2006 ²
Belgien	-3,8	-2,0	-0,6	-0,4	0,2	0,6	0,1	0,4	-0,1	-0,3	-0,5
Deutschland	-3,4	-2,7	-2,2	-1,5	1,3	-2,8	-3,7	-3,8	-3,9	-3,4	-2,9
Griechenland	-7,4	-4,0	-2,5	-1,8	-4,1	-3,7	-3,7	-4,6	-5,5	-3,6	-3,0
Spanien	-4,9	-3,2	-3,0	-1,2	-0,9	-0,4	-0,1	0,4	-0,6	-0,1	0,0
Frankreich	-4,1	-3,0	-2,7	-1,8	-1,4	-1,5	-3,2	-4,1	-3,7	-3,0	-3,3
Irland	-0,1	1,1	2,4	2,6	4,4	0,9	-0,2	0,1	-0,2	-0,6	-0,5
Italien	-7,1	-2,7	-2,8	-1,7	-0,6	-2,6	-2,3	-2,4	-3,0	-3,0	-3,6
Luxemburg	1,9	3,2	3,2	3,7	6,0	6,4	2,8	0,8	-0,8	-1,6	-2,0
Niederlande	-1,8	-1,1	-0,8	0,7	2,2	-0,1	-1,9	-3,2	-2,9	-2,4	-2,1
Österreich ³	-3,9	-1,8	-2,3	-2,2	-1,5	0,3	-0,2	-1,1	-1,3	-1,9	-1,7
Portugal	-4,8	-3,6	-3,2	-2,8	-2,8	-4,4	-2,7	-2,8	-2,9	-3,7	-3,8
Finnland	-2,9	-1,3	1,6	2,2	7,1	5,2	4,3	2,3	2,3	2,1	2,2
Eurozone	-4,3	-2,6	-2,2	-1,3	0,1	-1,7	-2,4	-2,7	-2,9	-2,5	-2,5
Dänemark	-1,9	-0,5	0,2	2,4	1,7	2,1	0,7	0,3	1,0	1,5	1,7
Schweden	-2,7	-0,9	1,8	2,5	5,1	2,8	0,0	0,3	0,6	0,6	0,8
Vereinigtes Königreich	-4,2	-2,2	0,1	1,0	3,8	0,7	-1,7	-3,3	-2,8	-2,6	-2,4
EU-15	-4,2	-2,5	-1,7	-0,7	1,0	-1,1	-2,1	-2,7	-2,7	-2,4	-2,3
Zypern	--	--	-4,3	-4,5	-2,4	-2,4	-4,6	-6,4	-5,2	-3,0	-2,4
Tschechien	-3,1	-2,4	-5,0	-3,6	-3,7	-5,9	-6,8	-12,6	-4,8	-4,7	-4,3
Estland	-1,7	1,7	-0,3	-3,7	-0,6	0,3	1,4	3,1	0,5	0,2	0,1
Ungarn	--	--	--	--	-3,0	-4,4	-9,2	-6,2	-5,5	-5,2	-4,7
Lettland	-0,5	1,5	-0,6	-4,9	-2,8	-2,1	-2,7	-1,5	-2,0	-2,8	-2,9
Litauen	-3,6	-1,2	-3,0	-5,6	-2,5	-2,0	-1,5	-1,9	-2,6	-2,5	-1,9
Malta	--	--	--	--	-6,2	-6,4	-5,8	-9,6	-5,1	-4,0	-3,3
Polen	-3,6	-4,0	-2,1	-1,4	-0,7	-3,8	-3,6	-3,9	-5,6	-4,1	-3,1
Slowakei	-7,4	-6,2	-3,8	-7,1	-12,3	-6,0	-5,7	-3,7	-3,9	-4,0	-4,1
Slowenien	--	--	--	--	-3,5	-2,8	-2,4	-2,0	-2,3	-2,2	-1,9
EU-25	--	--	--	--	0,8	-1,2	-2,3	-2,8	-2,8	-2,4	-2,3
USA	-2,2	-0,8	0,4	0,9	1,6	-0,4	-3,8	-4,6	-4,2	-4,0	-4,3
Japan	-5,1	-3,8	-10,8	-7,2	-7,5	-6,1	-7,9	-7,5	-7,1	-7,0	-6,8

¹EU-Mitgliedstaaten ESVG 1995 ²Prognose ³WIFO-Prognose (Dezember 2004) für Österreich: 2004 -1,3%, 2005 -2,0% und 2006 -1,8%.
 Quellen: AMECO Datenbank, EK-Herbstprognose 2004

Übersicht 7 Ausgaben, Einnahmen und Nettobudgetabgang

Administrative Darstellung

	1996	1997 ²	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
in Mio. €											
Allgemeiner Haushalt¹											
Ausgaben	54.853	60.525	56.510	57.249	58.247	60.409	61.818	61.387	64.977	64.420	66.161
Einnahmen	48.358	55.640	51.712	52.293	55.393	58.994	59.428	57.890	60.347	58.969	60.351
Abgang	6.494	4.885	4.798	4.956	2.854	1.415	2.390	3.498	4.630	5.451	5.810
Ausgleichshaushalt											
Ausgaben	9.464	12.161	24.887	30.655	63.418	37.114	34.697	51.623	30.226	49.104	50.101
Einnahmen	15.959	17.046	29.685	35.611	66.272	38.529	37.087	55.121	34.856	54.555	55.910
Überschuss	6.494	4.885	4.798	4.956	2.854	1.415	2.390	3.498	4.630	5.451	5.810
Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
Allgemeiner Haushalt											
Ausgaben	-1,3	10,3	-6,6	1,3	1,7	3,7	2,3	-0,7	5,8	-0,9	2,7
Einnahmen	2,9	15,1	-7,1	1,1	5,9	6,5	0,7	-2,6	4,2	-2,3	2,3
Abgang	-24,2	-24,8	-1,8	3,3	-42,4	-50,4	68,9	46,3	32,4	17,7	6,6

¹Ein Vergleich mit den Vorjahren ist vor allem durch die erfolgten Ausgliederungen, wie z. B. der Post- und Telegraphenverwaltung (ab 1. Mai 1996), der Österreichischen Bundesforste, der ASFINAG und des Bundesrechnamtes (ab 1. Jänner 1997), der Auflassung der Verwertungsstelle des Österreichischen Alkoholmonopols (mit Ablauf 31. Dezember 1996), der Ausgliederung der Bundesmuseen (beginnend ab 1. Jänner 1999), der Bundestheater (ab 1. September 1999), des Österreichischen Statistischen Zentralamtes (ab 1. Jänner 2000), der Bundesimmobilien (ab 1. Jänner 2001), der Finanzmarktaufsichtsbehörde – FMA (ab 1. April 2002), der Universitäten und der ADA (ab 1. Jänner 2004), der Buchhaltungsagentur (ab 1. Juli 2004) nur bedingt möglich.

²Gebärung inklusive der ausgaben- und einnahmenseitig sich auswirkenden Zahlungen gemäß Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997 iHv 6.032 Mio. €.

Quelle: BMF

Übersicht 8 Kennzahlen der Budgetentwicklung

Administrative Darstellung

	1996	1997 ³	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
in % des BIP⁴											
Allgemeiner Haushalt											
Ausgaben	30,16	32,69	29,37	28,62	27,68	28,02	27,97	27,15	27,75	26,32	26,02
Zinsen für Finanzschuld ¹	3,44	3,45	3,40	3,32	3,21	3,04	2,98	2,79	2,72	2,80	2,66
Einnahmen	26,59	30,05	26,88	26,14	26,33	27,36	26,89	25,60	25,77	24,10	23,74
Steuereinnahmen des Bundes ²	15,32	16,22	17,38	16,34	15,70	17,59	16,59	15,68	16,08	15,32	15,30
Steuerähnliche Einnahmen	3,36	3,36	3,36	3,42	3,28	3,35	3,32	3,30	3,24	3,19	3,16
Abgang	3,57	2,64	2,49	2,48	1,36	0,66	1,08	1,54	1,98	2,23	2,28
Finanzschulden des Bundes	55,82	57,93	58,01	58,98	57,37	56,32	56,09	56,11	57,89	57,59	57,81
in Mrd. €											
Bruttoinlandsprodukt ⁴	181,9	185,1	192,4	200,0	210,4	215,6	221,0	226,1	234,2	244,7	254,3

¹Aufwand für Verzinsung bei Nettodarstellung der SWAPS²Nettosteuerereinnahmen des Bundes laut Kapitel 52 Bundeshaushalt³Gebärung inklusive der ausgaben- sowie einnahmenseitig sich auswirkenden Zahlungen gemäß Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997⁴Bruttoinlandsprodukt (inkl. FISIM): bis 2003 lt. Statistik Austria, 2004 bis 2006 WIFO-Prognose vom Dezember 2004

Quellen: BMF, WIFO

Übersicht 9 Struktur der Gesamteinnahmen des Bundes

	1996 ²	1997 ³	1998	1999 ²	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
in Mio. €											
Steuern											
Kapitel 52 (netto)	27.868	30.028	33.446	32.678	33.041	37.933	36.666	35.468	37.660	37.483	38.902
Überweisungen aus Steueranteilen ¹	1.415	1.428	1.423	1.437	1.531	1.504	1.494	1.497	1.663	1.572	1.675
Steuerähnliche Einnahmen	6.114	6.229	6.472	6.836	6.903	7.224	7.345	7.473	7.591	7.811	8.042
Betriebseinnahmen	1.871	53	55	36	--	--	--	--	--	--	--
Sonstige Einnahmen	11.090	17.902	10.317	11.306	13.919	12.333	13.924	13.452	13.433	12.103	11.732
Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushaltes	48.358	55.640	51.712	52.293	55.393	58.994	59.428	57.890	60.347	58.969	60.351
Anteil an den Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushaltes in %											
Steuern											
Kapitel 52 (netto)	57,6	54,0	64,7	62,5	59,6	64,3	61,7	61,3	62,4	63,6	64,5
Überweisungen aus Steueranteilen	2,9	2,6	2,8	2,7	2,8	2,5	2,5	2,6	2,8	2,7	2,8
Steuerähnliche Einnahmen	12,6	11,2	12,5	13,1	12,5	12,2	12,4	12,9	12,6	13,2	13,3
Betriebseinnahmen	3,9	0,1	0,1	0,1	--	--	--	--	--	--	--
Sonstige Einnahmen	22,9	32,2	20,0	21,6	25,1	20,9	23,4	23,2	22,3	20,5	19,4
Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushaltes	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹Überweisungen an Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, Katastrophenfonds, für Krankenanstaltenfinanzierung und Siedlungswasserwirtschaft, *Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds*.

²Die gegenüber den Vorjahren wesentlich geringeren Betriebseinnahmen stehen im Zusammenhang mit der Ausgliederung der Post- und Telegraphenverwaltung (ab 1. Mai 1996) bzw. der Bundestheater (ab 1. September 1999).

³Gebärung inklusive der bruttomäßigen Darstellung der Zahlungen gemäß Infrastrukturfinanzierungsgesetz 1997 iHv. 6.032 Mio. €.

Quelle: BMF

Übersicht 10 Öffentliche Abgaben des Bundes

in Mio. €

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Veranlagte Einkommensteuer	2.696	2.821	3.014	2.896	2.818	3.987	3.126	2.677	3.000	2.400	2.600
Lohnsteuer	11.663	13.312	14.073	14.753	14.468	15.672	16.219	16.944	17.300	17.000	17.800
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	1.657	1.666	1.549	1.388	1.473	1.616	1.663	1.410	1.730	1.550	1.600
Körperschaftsteuer	3.053	3.397	3.787	3.247	3.865	6.235	4.559	4.332	4.300	3.600	3.250
Umsatzsteuer	14.830	15.055	15.715	16.493	17.056	17.354	17.639	16.472	19.000	19.100	19.800
Zölle	255	255	240	244	261	225	219	208	200	180	170
Tabaksteuer	895	962	1.096	1.157	1.197	1.234	1.297	1.329	1.350	1.350	1.350
Mineralölsteuer	2.633	2.517	2.591	2.695	2.726	2.880	3.109	3.310	3.450	3.700	3.750
Stempel- und Rechtsgebühren	636	670	861	747	791	798	766	781	800	815	825
Energieabgabe	142	543	397	405	562	754	692	699	790	750	760
Normverbrauchsabgabe	400	388	391	439	433	423	415	450	440	490	500
Versicherungssteuer	689	645	726	728	745	814	826	888	880	980	1.020
Motorbezogene Versicherungssteuer	569	629	710	719	975	1.117	1.185	1.217	1.250	1.290	1.320
Kraftfahrzeugsteuer	131	125	125	129	132	166	201	207	150	140	145
Sonstige Abgaben	2.313	2.358	3.434	2.634	2.884	2.934	3.037	2.574	2.978	2.965	3.136
Bruttoeinnahmen	42.562	45.343	48.709	48.675	50.387	56.210	54.951	53.498	57.618	56.310	58.026
Überweisung an Länder, Gemeinden, Fonds u. a.	12.736	13.021	13.357	13.878	15.257	16.285	16.176	16.077	16.602	16.441	16.855
Überweisung an die Europäische Union	1.958	2.294	1.906	2.119	2.088	1.992	2.108	1.952	2.400	2.386	2.386
Nettoeinnahmen	27.868	30.028	33.445	32.678	33.041	37.933	36.666	35.468	38.616	37.483	38.785

Quelle: BMF

Übersicht 11 Aufteilung der öffentlichen Abgaben des Bundes

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
in Mio. €											
Gesamtabgaben (brutto)	42.562	45.343	48.709	48.675	50.387	56.210	54.951	53.498	56.207	56.310	58.316
Aufteilung in %											
Bund	65,48	66,22	68,66	67,13	65,58	67,48	66,72	66,30	67,00	66,57	66,71
Länder	14,61	14,22	13,59	14,11	13,92	12,96	13,13	13,40	12,75	12,82	12,65
Gemeinden ¹	11,99	11,53	10,98	11,21	11,32	11,24	11,46	11,44	11,13	11,13	11,09
Sonstige ²	7,92	8,03	6,77	7,55	9,18	8,32	8,69	8,86	9,12	9,48	9,55

¹Ertragsanteile und Gewerbesteuer.

²Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, Katastrophenfonds, EU-Beitrag, Gesundheitsförderung (ab 1998), Siedlungswasserwirtschaft (ab 1999), Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz (ab 2000).

Quelle: BMF

Übersicht 12 Einnahmen des Bundes nach ökonomischen Kriterien

in Mio. €

	2002	2003	2004	2005	2006
Öffentliche Abgaben					
Kapitel 52					
Einkommen- und Vermögenssteuern	18.373	18.549	18.869	17.929	20.015
Übrige öffentliche Abgaben	20.382	18.853	20.922	21.930	21.263
Sonstige Einnahmen	20	18	19	10	10
Summe öffentliche Abgaben	38.774	37.421	39.810	39.869	41.288
abzüglich					
Beitrag zur Europäischen Union	-2.108	-1.952	-2.150	-2.386	-2.386
Kapitel 52 (netto)	36.666	35.468	37.660	37.483	38.902
Überweisungen (Abgabenanteile)					
Direkte Abgaben	1.380	1.342	1.364	1.341	1.383
Indirekte Abgaben	113	155	299	230	292
Summe öffentliche Abgaben des Bundes	38.160	36.965	39.323	39.055	40.577
Abgabenähnliche Einnahmen					
Direkte Abgaben	7.321	7.460	7.574	7.802	8.033
hievon:					
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	3.968	4.052	4.106	4.218	4.324
Dienstgeberbeiträge zum FLAF	3.333	3.386	3.445	3.563	3.687
Indirekte Abgaben	23	13	17	8	8
Summe abgabenähnliche Einnahmen	7.345	7.473	7.591	7.811	8.042
Sonstige Einnahmen des allgemeinen Haushaltes	13.924	13.452	13.433	12.103	11.732
Gesamteinnahmen	59.428	57.890	60.347	58.969	60.351

Quelle: BMF

Übersicht 13 Gesamtausgaben des Bundes, finanzwirtschaftliche Gliederung

830 der Beilagen XXII - GP - Regierungsvorlage - Budgetbericht 2006 (Materialien)

in Mio. €

Kapitel lt. BVA-E 2006	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
01 Präsidentschaftskanzlei	5	4	4	5	5	6	6	5	6	5	5
02 Bundesgesetzgebung	139	137	139	109	105	270	119	113	115	112	112
03 Verfassungsgerichtshof	4	5	5	5	5	5	6	7	7	8	8
04 Verwaltungsgerichtshof	9	9	10	11	11	11	11	12	12	12	12
05 Volksanwaltschaft	3	3	4	4	4	4	4	4	5	5	5
06 Rechnungshof	19	19	20	22	22	22	23	23	23	25	25
10 Bundeskanzleramt	364	393	430	430	316	567	309	396	434	403	397
11 Inneres	1.530	1.551	1.626	1.717	1.669	1.671	1.696	1.728	1.831	1.893	1.885
12 Bildung und Kultur	4.887	4.921	5.161	5.409	5.533	5.733	5.769	5.870	5.902	5.950	6.012
13 Kunst	82	86	85	140	216	246	218	217	218	225	226
14 Wissenschaft	1.974	1.870	2.002	2.093	2.244	2.387	2.529	2.506	3.228	3.120	3.081
15 Soziale Sicherheit	6.708	6.458	6.324	6.444	2.823	1.853	1.881	1.872	1.840	1.890	1.883
16 Sozialversicherung	5.060	5.102	5.258	5.479	4.997	5.399	5.944	6.978	6.718	6.842	7.086
17 Gesundheit und Frauen	715	800	822	856	627	507	520	572	602	623	629
18 Umwelt	171	215	257	292	26	--	--	--	--	--	--
19 Familie, Generationen, Konsumentenschutz	4.039	3.996	4.117	4.210	4.322	4.494	4.532	4.960	5.477	5.618	5.789
20 Äußeres	284	288	320	298	327	330	314	308	343	380	388
30 Justiz	715	728	761	794	803	860	873	909	922	976	976
40 Militärische Angelegenheiten	1.504	1.536	1.552	1.603	1.734	1.666	1.664	1.760	1.801	1.810	1.810
50 Finanzverwaltung	1.811	2.982	3.302	3.354	2.214	2.291	2.157	2.221	1.849	2.007	1.968
51 Kassenverwaltung ²	668	513	1.130	881	1.578	2.074	1.948	921	1.136	758	1.018
52 Öffentliche Abgaben	9	10	11	10	7	7	5	5	2	2	2
53 Finanzausgleich	2.596	2.965	3.173	3.192	3.280	3.452	4.588	4.251	4.000	4.186	4.341
54 Bundesvermögen	1.323	1.378	712	776	775	822	730	639	643	1.141	1.135
55 Pensionen	4.936	5.254	5.349	5.509	5.740	5.992	6.205	6.535	6.797	7.143	7.284
56 Sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	--	--	100	254	562	--	--	--	--	--	--
58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	7.275	7.269	7.659	8.027	8.678	8.195	8.486	8.344	8.677	8.816	9.365
60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.119	1.933	1.828	1.749	1.952	1.923	1.994	2.024	2.075	2.052	2.114
61 Umwelt	--	--	--	--	289	370	409	508	504	525	559
63 Wirtschaft und Arbeit	225	256	271	281	3.991	5.292	6.008	5.348	5.846	5.604	5.722
64 Bauten und Technik	1.976	7.510	1.295	1.234	601	174	203	--	--	--	--
65 Verkehr, Innovation und Technologie	1.771	2.118	2.557	1.905	2.733	3.706	2.589	2.330	3.964	2.290	2.325
70 Öffentliche Leistung und Sport	--	--	--	--	59	79	78	21	--	--	--
Summe	52.920	60.306	56.286	57.093	58.247	60.409	61.818	61.387	64.977	64.420	66.161

¹Allgemeiner Haushalt sowie bis einschließlich 1999 exklusive Ausgaben für Bundesbetriebe.²Hievon Rücklagenzuführungen in Mio. €: 871 (1995), 429 (1996), 461 (1997), 1.087 (1998), 671 (1999), 1.207 (2000), 1.762 (2001), 1.662 (2002), 621 (2003) und 899 (2004).

Übersicht 14 Gesamtausgaben des Bundes, Ressortgliederung¹

in Mio. €

Ressort/Kapitel	2003	2004	2005	2006
01 Präsidentschaftskanzlei	5	6	5	5
02 Bundesgesetzgebung	113	115	112	112
03 Verfassungsgerichtshof	7	7	8	8
04 Verwaltungsgerichtshof	12	12	12	12
05 Volksanwaltschaft	4	5	5	5
06 Rechnungshof	23	23	25	25
Bundeskanzleramt				
10 Bundeskanzleramt	396	434	403	397
13 Kunst	217	218	225	226
70 Öffentliche Leistung und Sport	21	--	--	--
Bundeskanzleramt	635	652	627	623
BM für Inneres				
11 Inneres	1.728	1.831	1.893	1.885
BM für Bildung, Wissenschaft und Kultur				
12 Bildung und Kultur	5.870	5.902	5.950	6.012
14 Wissenschaft	2.506	3.228	3.120	3.081
Bildung, Wissenschaft und Kultur	8.376	9.130	9.070	9.093
BM für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz				
15 Soziale Sicherheit	1.872	1.840	1.890	1.883
16 Sozialversicherung	6.978	6.718	6.842	7.086
19 Familie, Generationen, Konsumentenschutz	4.960	5.477	5.618	5.789
Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz	13.809	14.035	14.350	14.758
BM für Gesundheit und Frauen				
17 Gesundheit und Frauen	572	602	623	629
BM für auswärtige Angelegenheiten				
20 Äußeres	308	343	380	388
BM für Justiz				
30 Justiz	909	922	976	976
BM für Landesverteidigung				
40 Militärische Angelegenheiten	1.760	1.801	1.810	1.810
BM für Finanzen				
50 Finanzverwaltung	2.221	1.849	2.007	1.968
51 Kassenverwaltung	921	1.136	758	1.018
52 Öffentliche Abgaben	5	2	2	2
53 Finanzausgleich	4.251	4.000	4.186	4.341
54 Bundesvermögen	639	643	1.141	1.135
55 Pensionen	6.535	6.797	7.143	7.284
58 Finanzierungen, Währungstauschverträge	8.344	8.677	8.816	9.365
Finanzen	22.916	23.104	24.054	25.113

Ressort/Kapitel	2003	2004	2005	2006
BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft				
60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.024	2.075	2.052	2.114
61 Umwelt	508	504	525	559
Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	2.532	2.579	2.576	2.673
BM für Wirtschaft und Arbeit				
63 Wirtschaft und Arbeit	5.348	5.846	5.604	5.722
BM für Verkehr, Innovation und Technologie				
65 Verkehr, Innovation und Technologie	2.330	3.964	2.290	2.325

¹Da ab dem Jahre 2003 auf Grund der durch die Novelle zum Bundesministeriengesetz erfolgten Kompetenzänderungen die nunmehrigen Ressortzuständigkeiten mit den Vorjahren nur sehr bedingt vergleichbar sind, wurde von Vorjahresvergleichen Abstand genommen.

Quelle: BMF

Übersicht 15 Gesamtausgaben des Bundes, funktionelle Gliederung

in Mio. €

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
A) Allgemeiner Haushalt											
Erziehung und Unterricht	4.918	4.959	5.233	5.460	5.563	5.650	5.657	5.745	5.767	5.779	5.832
hievon:											
Allgemein bildende Pflichtschulen	2.324	2.347	2.458	2.579	2.668	2.690	2.673	2.676	2.681	2.612	2.581
Allgemein bildende höhere Schulen und höhere Internatsschulen des Bundes	887	904	928	970	988	999	1.005	1.034	1.038	1.070	1.100
Technische und gewerbliche Lehranstalten	374	376	392	410	414	416	425	437	441	454	467
Handelsakademien und Handelsschulen	251	260	273	288	290	292	298	308	311	316	626
Sozialakademien, Lehranstalten für Tourismus-, Sozial- und wirtschaftliche Berufe	242	249	263	281	289	297	303	317	321	326	336
Berufsbildende Pflichtschulen	92	89	91	99	100	102	105	106	106	110	110
Land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen, Internate sowie land- und forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	70	66	71	73	75	81	82	81	82	83	83
Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung	162	166	169	174	177	180	184	183	184	190	193
Forschung und Wissenschaft	2.092	2.118	2.268	2.387	2.387	2.484	2.566	2.581	3.458	3.545	3.530
hievon:											
Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen	1.313	1.184	1.223	1.278	1.556	1.656	1.738	1.699	2.032	1.949	1.949
Ämter der Universitäten	--	--	--	--	--	--	--	--	672	647	599
Hochschulische Einrichtungen	201	205	199	196	189	179	207	213	219	194	194
Wissenschaftliche Forschung, Technologie- und Forschungsförderung sowie Forschungs- und Technologietransfer	51	53	55	62	70	92	75	97	78	78	82
Anwendungsorientierte Forschung, Forschungsunternehmungen, Sondervorhaben-Technologie einschl. ITF	--	1	37	44	76	84	81	85	64	51	51
Fachhochschulen	16	29	44	52	65	78	92	109	119	152	167

Kunst, Kultus	668	661	679	676	608	653	689	660	499	501	501
hievon:											
Bundestheater/Bundestheatergesellschaften	220	219	225	204	134	134	134	134	134	134	134
Amt der Bundestheater	--	--	--	1	3	4	4	4	4	4	4
Universitäten der Künste	130	123	125	136	139	143	153	150	--	--	--
Gesundheit	617	1.462	1.835	1.860	839	748	792	871	830	836	835
hievon:											
Überweisung an den Krankenanstalten- Zusammenarbeitsfonds	393	36	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Krankenanstaltenfinanzierung	--	472	543	553	576	455	499	507	500	521	526
Zahlungen gem. Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz ¹	--	745	1.063	1.080	--	--	--	--	--	--	--
Soziale Wohlfahrt	15.897	15.608	15.768	16.187	15.764	16.890	18.206	18.882	19.624	19.760	20.286
hievon:											
Arbeitsmarktpolitik	4.458	4.340	4.355	4.435	4.391	4.771	4.961	4.619	4.865	4.784	4.888
Kriegsopfer- und Heeresversorgung	497	470	448	431	408	392	381	362	342	338	319
Sozialversicherung	5.060	5.102	5.258	5.479	4.997	5.399	5.944	6.978	6.718	6.842	7.086
Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen ²	4.026	3.984	4.104	4.199	4.312	4.481	4.519	4.944	5.460	5.593	5.763
Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz	1.199	1.141	1.174	1.224	1.264	1.290	1.294	1.333	1.350	1.391	1.404
Wohnungsbau	1.840	1.835	1.826	1.823	1.819	1.812	1.807	1.805	1.803	1.810	1.810
hievon:											
Zuschüsse nach § 1 und § 5 des Wohnbau- förderungs-Zweckzuschussgesetzes	1.780	1.780	1.780	1.780	1.780	1.780	1.781	1.781	1.781	1.781	1.781
Zuschüsse nach § 3 des Wohnbauförderungs-, Zweckzuschussgesetzes sowie nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz	39	36	33	29	28	27	22	21	19	24	24
Straßen	1.187	6.785	551	534	495	551	571	575	601	577	577
hievon:											
Bundesstraßen ³	534	6.164	544	530	492	542	125	29	38	11	11
Zuschüsse – ZG 2001 (Übertragung der Bundesstraßen) ³	--	--	--	--	--	--	436	542	556	562	563
Straßengesellschaften	446	618	--	--	0	5	2	1	0	1	1

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
A) Allgemeiner Haushalt											
Sonstiger Verkehr	6.439	5.948	6.367	5.817	6.006	6.808	6.155	6.005	7.550	6.126	6.166
hievon:											
Abteilungen an die Postgesellschaften für Pensionen und Pflegegeld	559	828	836	848	872	922	1.003	1.093	1.159	1.193	1.198
Abteilungen an die Postgesellschaften für gemeinwirtschaftliche Leistungen	76	102	102	102	127	101	39	42	40	53	53
Ämter gemäß Poststrukturgesetz	861	1.289	1.261	1.263	1.225	1.156	1.073	961	841	887	883
Post- und Telegraphenverwaltung	1.553	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Abteilungen an die ÖBB für Pensionen (einschließlich Pflegegeld)	1.566	1.605	1.638	1.667	1.695	1.728	1.746	1.767	1.742	1.820	1.830
Sonstige Abteilungen an die ÖBB gemäß Bundesbahngesetz 1992	1.418	1.477	1.537	1.361	1.343	1.949	1.828	1.635	1.827	1.633	1.643
Bundesbeitrag für U-Bahnanteil (Schienenverbund)	109	109	109	109	109	109	109	109	109	109	109
Finanzzuweisungen in Nahverkehrsangelegenheiten (einschließlich Investitionszuschüsse für Straßenbahnen und Obuslinien)	130	151	147	154	155	178	187	196	208	218	218
Land- und Forstwirtschaft	2.128	1.798	1.693	1.603	1.771	1.729	1.798	1.835	1.875	1.874	1.936
hievon:											
Marktordnungsmaßnahmen	1.025	922	951	948	1.214	1.269	1.399	1.441	1.529	1.504	1.560
Agrarische Strukturförderung	287	274	276	262	201	81	2	24	27	34	40
Marktordnungspolitische Maßnahmen	1	--	0	--	--	--	--	--	--	--	--
Schutzwasserbau und Lawinenverbauung	112	125	126	138	137	129	154	144	124	123	123
Österreichische Bundesforste	134	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Energiewirtschaft	10	6	3	2	2	1	2	2	2	0	0
Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)	1.098	907	892	833	920	917	872	759	756	1.117	1.096
hievon:											
Bergbau und Grundstoffe – Förderung	13	12	13	12	10	5	--	--	--	--	--
Sonstige Wirtschaft einschließlich Energiewesen	26	32	54	54	46	33	60	--	--	--	--

Wirtschaftsförderungen	--	--	--	--	--	--	--	68	81	67	67
Haftungsübernahmen des Bundes (Ausfuhrförderungsgesetz)	698	597	502	547	599	534	533	380	322	836	825
Technologie- und Forschungsförderung (gewerblich)	55	63	64	67	63	75	83	72	50	0	0
Öffentliche Dienstleistungen	241	278	315	340	312	330	346	357	388	473	513
hievon:											
Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien	11	12	13	12	11	18	13	9	10	54	58
Siedlungswasserwirtschaft	63	104	134	165	185	215	241	259	286	298	313
Private Dienstleistungen	416	326	226	259	446	275	179	232	257	223	224
hievon:											
Alkohol (Monopol)	17	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Internationale Finanzinstitutionen	209	147	67	103	80	79	67	119	127	110	110
Tourismus	49	51	55	52	55	50	51	56	78	66	66
Landesverteidigung	1.522	1.555	1.575	1.622	1.691	1.627	1.624	1.721	1.764	1.769	1.769
hievon:											
Heer und Heeresverwaltung	1.391	1.426	1.440	1.493	1.608	1.549	1.545	1.650	1.696	1.702	1.701
Staats- und Rechtssicherheit	1.963	2.007	2.103	2.194	2.166	2.231	2.253	2.344	2.419	2.492	2.487
hievon:											
Justiz	680	693	723	753	761	816	828	865	880	922	922
Sicherheitsaufgaben	1.222	1.254	1.308	1.363	1.341	1.333	1.343	1.380	1.434	1.461	1.458
Übrige Hoheitsverwaltung	13.817	14.270	15.175	15.653	17.459	17.703	18.298	17.013	17.384	17.538	18.599
hievon:											
Finanzierungen, Währungstauschverträge, sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	7.275	7.269	7.758	8.280	9.240	8.195	8.486	8.344	8.677	8.816	9.365
Personalausgaben	3.143	3.131	3.188	3.329	3.458	3.587	3.688	3.802	3.918	4.190	4.253
Leistungen im Rahmen des Finanzausgleichs an Länder (Ertragsanteilekopffquoten-Ausgleich) und an Bundesbahnbetriebsstätten-Gemeinden (einschließlich Bedarfszuweisungen und Finanz-											

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
A) Allgemeiner Haushalt											
kraftstärkung sowie Polizeikostensätze an Städte mit eigenem Statut) sowie Finanzzuweisungen für umweltschonende und energiesparende Maßnahmen	364	595	784	829	844	1.052	1.073	990	1.036	1.195	1.332
Katastrophenfonds	225	260	245	254	277	254	939	571	250	251	267
Erhaltung der durch die Burghauptmannschaft Österreich betreuten Gebäude der übrigen Hoheitsverwaltung	238	189	158	129	114	4	5	4	7	7	7
Effekten- und Geldverkehr des Bundes	196	37	38	163	186	216	224	254	237	259	274
Zuführung an Rücklagen	429	461	1.087	671	1.207	1.762	1.662	621	899	0	5
Sonstige Kassenverwaltungs Ausgaben ⁴	0	15	6	48	186	97	62	--	--	--	--
Summe A (Allgemeiner Haushalt)	54.853	60.525	56.510	57.249	58.247	60.409	61.818	61.387	64.977	64.420	66.161
B) Ausgleichshaushalt											
Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau) 139	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
hievon:											
Ersatz an ÖIAG gemäß BGBl Nr. 973/93	139	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Übrige Hoheitsverwaltung	9.325	12.161	24.887	30.655	63.418	37.114	34.697	51.623	30.226	49.104	50.101
hievon:											
Finanzierungen, Währungstauschverträge, sonstige Finanzierungen und Veranlagungen	9.075	8.317	21.173	19.577	24.184	14.450	20.369	51.623	30.226	49.104	50.101
Sonstige Kassenverwaltungs Ausgaben ⁴	250	3.843	3.713	11.078	39.234	22.664	14.328	--	--	--	--
Summe B (Ausgleichshaushalt)	9.464	12.161	24.887	30.655	63.418	37.114	34.697	51.623	30.226	49.104	50.101
Gesamtausgaben	64.317	72.685	81.397	87.904	121.665	97.523	96.515	113.010	95.203	113.524	116.261

¹Ab 2000 sind diese Zahlungen zufolge geänderter gesetzlicher Bestimmungen bei den Einnahmen als Überweisung beim Kapitel 52 „Öffentliche Abgaben“ vorgesehen.

²Einschließlich Reservefonds für Familienbeihilfen.

³Gemäß den Bestimmungen im Finanzausgleichsgesetz wurde den Ländern ab 1. April 2002 die Projektierungs-, Bauaufsichts-, Bauoberleitungs-, Bauführungs- und Verwaltungsaufgaben der Bundesstraßen übertragen.

⁴Ab BVA 2003 bei „Finanzierungen, Währungstauschverträge“ mitveranschlagt.

Übersicht 16 Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Kriterien

in Mio. €

	2002	2003	2004	2005	2006
Personalausgaben	16.738	17.092	16.821	17.327	17.440
Aktives Personal	10.614	10.641	10.114	10.291	10.267
Bund	7.803	7.830	7.306	7.548	7.555
Landeslehrerkostenersätze	2.810	2.811	2.808	2.743	2.712
Pensionen	6.125	6.451	6.706	7.036	7.173
Bund	2.648	2.774	2.927	3.134	3.209
Landeslehrerkostenersätze	758	850	914	926	975
Postgesellschaften	972	1.059	1.123	1.157	1.159
Österreichische Bundesbahnen	1.746	1.767	1.742	1.820	1.830
Laufende (Verwaltungs-)Sachausgaben	4.729	4.948	4.489	4.678	4.930
Bruttoinvestitionen	377	227	187	174	162
Leistungen/Transferzahlungen	27.470	28.854	31.093	31.791	32.600
für familienpolitische Maßnahmen	4.453	4.869	5.071	5.274	5.494
im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik	2.832	3.150	3.392	3.364	3.630
im Rahmen der gesetzlichen					
Sozialversicherung	8.481	8.776	8.546	8.578	8.607
an Unternehmen	2.279	2.150	2.299	2.354	2.404
davon Transferzahlungen an die ÖBB	1.134	834	1.005	1.009	1.020
Sonstige Transferleistungen	9.426	9.909	11.785	12.220	12.465
davon					
Transferzahlungen an Länder	4.754	4.792	4.470	4.394	4.520
Transferzahlungen an Gemeinden	409	542	518	502	391
Zinsen und Spesen i.R. der Finanzschuldgebarung	8.486	8.344	8.677	8.816	9.365
Sonstige Ausgaben des allgemeinen Haushaltes	4.018	1.921	3.711	1.635	1.665
Gesamtausgaben	61.818	61.387	64.977	64.420	66.161

Quelle: BMF

Übersicht 17 Ausgaben des Bundes für Soziale Wohlfahrt, Gesundheit und Wohnungsbau

in Mio. €

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
1. Soziale Wohlfahrt											
1.1 Sozialversicherung											
Pensionsversicherung (inkl. Ausgleichszulagen)	4.951	4.993	5.165	5.383	4.893	5.338	5.881	6.929	6.675	6.555	6.677
<i>hievon:</i>											
<i>für Arbeiter und Angestellte (inkl. Bergbau und Eisenbahnen)</i>	2.728	2.867	3.063	3.208	2.661	3.218	3.497	4.470	4.198	3.980	3.929
<i>die gewerbliche Wirtschaft (Selbständige)</i>	1.129	1.038	1.018	1.058	1.081	861	1.133	1.156	1.126	1.216	1.299
<i>die Landwirtschaft (Selbständige)</i>	1.094	1.087	1.084	1.117	1.151	1.259	1.250	1.303	1.351	1.359	1.449
Krankenversicherung	64	64	46	47	50	1	1	17	31	32	33
<i>hievon:</i>											
<i>Bauern-Krankenversicherung</i>	63	63	45	45	48	0	0	0	0	0	0
<i>Sonstige Zahlungen an Krankenversicherungsträger</i>	2	1	1	1	2	1	1	17	31	32	33
Leistungen nach dem Nachtschwerarbeitsgesetz	22	21	22	23	27	31	34	36	38	33	40
Sonstige Leistungen	23	24	25	26	27	28	28	13	5	253	369
Summe 1.1	5.060	5.102	5.258	5.479	4.997	5.399	5.944	6.996	6.749	6.874	7.119
1.2 Arbeitsmarktpolitik											
Ämter des AMS	56	61	53	53	53	53	52	51	49	48	48
Arbeitsmarktpol. Maßnahmen gem. AMFG ¹ /AMSG ² einschl. EU-Mittel und arbeitsmarktpol. Maßnahmen gem. § 39a AMFG ¹ (Schulungsmaßnahmen, Beschäftigungs- programm, Zinsenzuschüsse, Beihilfen, Darlehen u. ä.)	422	537	528	631	606	675	657	765	754	725	722
Arbeitslosenunterstützung ^{3,5}	1.497	1.406	1.414	1.426	1.359	1.501	1.949	2.214	2.389	2.341	2.482
Notstandshilfe und Sondernotstandshilfe ³	816	864	946	922	846	809	831	884	954	978	1.107
Karenzurlaubsgeld ^{3,4}	818	752	590	508	499	559	-2	0	0	0	0
Leistungen gemäß EU/EWR-Vertrag	1	0	0	1	1	1	1	1	1	1	1
Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe	54	4	0	5	2	0	4	0	0	4	4
Sonderunterstützung ³	203	123	97	78	60	55	53	50	48	45	45
Überweisung an das AMS	211	211	189	193	323	216	222	250	268	279	288
Sonstige Ausgaben	381	381	538	619	642	901	1.195	403	403	364	197

Summe 1.2	4.458	4.340	4.355	4.435	4.391	4.771	4.961	4.619	4.865	4.784	4.888
1.3 Kriegsofopfer- und Heeresversorgung											
Bundessozialamt	41	42	43	45	44	44	42	42	42	41	43
Versorgungsgebühren (vor allem Rentengebühren für Beschädigte, Witwen, Eltern, Waisen u. ä.)	430	405	384	364	343	322	308	286	267	262	242
Sonstige Ausgaben	25	23	21	22	21	27	32	35	32	35	34
Summe 1.3	497	470	448	431	408	392	381	362	342	338	319
1.4 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen											
inkl. Zahlungen des Bundes an den Reservefonds	4.026	3.984	4.104	4.199	4.312	4.481	4.519	4.944	5.460	5.593	5.763
1.5 Leistungen nach dem Bundespflegegeldgesetz	1.199	1.141	1.174	1.224	1.264	1.290	1.294	1.333	1.350	1.391	1.404
1.6 Übrige Ausgaben	657	572	428	420	391	556	1.106	628	858	781	793
Summe 1	15.897	15.608	15.768	16.187	15.764	16.890	18.206	18.882	19.624	19.760	20.286
2. Gesundheit											
2.1 Überweisung an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds											
	393	36	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2.2 Krankenanstaltenfinanzierung	0	472	543	553	576	485	499	507	500	521	526
2.3 Zahlungen gemäß Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetz⁶											
	0	745	1.063	1.080	0	0	0	0	0	0	0
2.4 Übrige Ausgaben	224	209	230	227	263	263	294	364	331	315	309
Summe 2	617	1.462	1.836	1.860	839	748	792	871	830	836	835
3. Wohnungsbau											
3.1 Zuschüsse nach § 1 und § 5 des Zweckzuschussgesetzes 2001											
	1.780	1.780	1.780	1.780	1.780	1.780	1.781	1.781	1.781	1.781	1.781
3.2 Zuschüsse nach § 3 des Zweckzuschussgesetzes 2001 und nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz											
	39	36	33	29	28	27	22	21	19	24	24
3.3 Übrige Ausgaben	21	19	13	13	11	5	4	4	4	6	6
Summe 3	1.840	1.835	1.826	1.823	1.819	1.812	1.807	1.805	1.803	1.810	1.810
Gesamtsumme	18.354	18.906	19.429	19.870	18.422	19.450	20.806	21.559	22.257	22.406	22.931

¹Arbeitsmarktförderungsgesetz²Arbeitsmarktservicegesetz³Einschließlich Sozialversicherungsbeiträge⁴Einschließlich Teilzeitbeihilfe; auf Grund der Neuordnung wird für diese Zahlungen ab dem BFG 2002 beim Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vorgesorgt.⁵Einschließlich Weiterbildungsgeld, Solidaritätsprämie und Altersteilzeitgeld.⁶Ab 2000 sind diese Zahlungen zufolge geänderter gesetzlicher Bestimmungen bei den Einnahmen als Überweisung beim Kapitel 52 „Öffentliche Abgaben“ vorgesehen.

Übersicht 18 Familienlastenausgleich

in Mio. €

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
a) Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen											
Familienbeihilfen	2.371	2.302	2.306	2.516	2.711	2.718	2.738	2.887	2.909	2.920	2.920
Kinderbetreuungsgeld, Kleinkindbeihilfen, Mutter-Kind-Pass-Bonus	107	29	7	9	9	9	877	1.126	1.260	1.367	1.029
Schüler- und Lehrlingsfreifahrten sowie Schul- und Lehrlingsfreifahrtbeihilfen	333	307	288	297	301	304	324	336	344	356	355
Schulbücher	87	87	88	95	92	90	95	96	100	96	96
Sonstige Leistungen ¹	1.066	1.070	990	827	1.094	1.299	452	425	440	429	929
Ausgabensumme	3.964	3.794	3.678	3.745	4.207	4.419	4.486	4.869	5.053	5.168	5.329
Dienstgeberbeiträge und sonstige Beiträge	3.902	3.984	4.104	4.199	4.312	4.481	4.519	4.575	4.646	4.743	4.894
Abgang/Überschuss	-62	189	426	454	105	62	33	-295	-407	-425	-435
Anzahl der Kinder, für die Familienbeihilfen gezahlt werden	1.767.000	1.770.000	1.710.000	1.704.600	1.702.500	1.698.400	1.702.200	1.709.000	1.702.200	1.713.500	1.713.500
b) Bundshaushalt (ohne Fonds)											
Familienbeihilfen	77	73	70	67	76	75	72	73	70	73	73
Kleinkindbeihilfen, Mutter-Kind-Pass-Bonus	1	0	0	0	0	0	5	4	1	2	2
Anzahl der Kinder, für die Familienbeihilfen gezahlt werden	53.600	53.100	45.190	39.800	39.800	39.800	39.300	39.300	39.300	39.000	36.600

¹Vor allem Teilkostenersatz für Untersuchungen nach dem Mutter-Kind-Pass, Unterhaltsvorschüsse, Familienberatungsstellen, Beiträge zur Schülerunfallversicherung, Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld und Ersatz der halben Aufwendungen für die Betriebshilfe, Beitrag zum In-vitro-Fertilisations-Fonds.

Quellen: BMSGK, BMF

Übersicht 19 Pensionsversicherung, Finanzierung und Leistungen

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Finanzierung in Mrd. €											
Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge ¹	14,5	14,9	15,4	15,9	17,2	17,8	18,0	17,8	18,4	19,1	19,7
Bundeszuschüsse	3,9	4,0	4,1	4,5	4,2	4,1	4,8	5,6	5,9	5,9	6,2
Sonstige	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,5	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Insgesamt	18,5	19,0	19,7	20,6	21,6	22,4	23,0	23,6	24,5	25,2	26,1
Leistungen² in € bzw. Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
Alterspension	812	820	838	861	884	901	917	929	946	963	989
	3,4%	1,0%	2,2%	2,7%	2,7%	1,9%	1,8%	1,3%	1,8%	1,8%	2,7%
Pension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit	654	661	677	695	711	732	753	768	792	808	840
	3,2%	1,1%	2,4%	2,7%	2,3%	3,0%	2,9%	2,0%	3,1%	2,0%	4,0%
Witwenpension	451	457	468	481	493	502	512	520	533	543	562
	3,4%	1,3%	2,4%	2,8%	2,5%	1,8%	2,0%	1,6%	2,5%	1,9%	3,5%
Witwerpension	234	238	243	249	254	255	255	254	262	265	271
	12,0%	1,7%	2,1%	2,5%	2,0%	0,4%	0,0%	-0,4%	3,1%	1,1%	2,3%
Waisenpension	167	171	176	182	188	191	197	200	205	210	218
	4,4%	2,4%	2,9%	3,4%	3,3%	1,6%	3,1%	1,5%	2,5%	2,4%	3,8%
Pensionsleistungen der PV-Träger insgesamt³ in Mrd. € bzw. Veränderung gegenüber Vorjahr in %											
Pensionsaufwand	16,8	17,3	17,9	18,8	19,7	20,4	21,0	21,5	22,3	23	23,8
	5,7%	3,0%	3,5%	5,0%	4,8%	3,6%	2,9%	2,4%	3,7%	3,1%	3,5%

¹Einschl. Überweisungen aus dem Ausgleichsfonds (ab 2005 einschl. Ersatzzeitenfinanzierung aus Mitteln von AMS und FLAF).

²Durchschnittspension nach dem ASVG (14 mal jährlich).

³Ohne Ausgleichszulagen, Rehabilitation, Beitrag zur Krankenversicherung der Pensionisten, Verwaltungskosten, Versicherungsanstalt des österreichischen Notariates.

Quelle: BMSGK

Übersicht 20 Ausgaben des Bundes für Wirtschaftsförderung¹

in Mio. €

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Förderungsmaßnahmen											
für Industrie und Gewerbe	269	313	355	320	345	395	359	496	468	601	627
Förderungen an kleine und mittlere Unternehmen ²	48	63	75	79	70	69	49	50	62	76	76
Regionalförderung	45	55	63	42	96	101	78	147	149	130	109
Forschungs- und Technologieförderung ^{2,3}	98	120	131	121	106	164	170	230	183	312	335
Förderung von Umweltschutzmaßnahmen	41	35	45	43	43	43	46	60	64	66	92
Förderung von Rettungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen	26	25	26	23	16	8	4	0	0	7	6
Infrastrukturförderung	9	6	7	3	4	2	2	4	4	5	4
Sonstige Förderungen ²	1	8	10	10	10	9	10	5	5	5	5
Förderungsmaßnahmen im Bereich aktiver Arbeitsmarktpolitik⁴	456	538	533	641	630	667	666	767	792	786	796
Förderungsmaßnahmen für die Landwirtschaft	1.618	1.442	1.520	1.401	1.566	1.524	1.566	1.605	1.660	1.666	1.729
Agrarische Strukturförderungen ohne EU-Kofinanzierung	174	173	178	136	114	128	118	105	83	96	101
Agrarische Strukturförderungen mit EU-Kofinanzierung	507	488	656	658	819	796	775	803	829	856	886
Marktordnungsmaßnahmen von EU refinanziert	640	578	598	597	628	596	668	692	743	708	735
Nationale Marktordnungsmaßnahmen	18	5	6	7	4	3	5	5	5	7	7
Übergangsregelungen	278	197	81	4	0	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	2.342	2.293	2.408	2.362	2.541	2.586	2.591	2.868	2.920	3.052	3.152

¹Hier sind auch die im Wege des Bundeshaushalts weitergeleiteten Förderungsmittel der EU enthalten. Die Daten dieser Übersicht sind daher nur mehr eingeschränkt mit jenen vor dem EU-Beitritt Österreichs vergleichbar.

²Hierin sind auch Mitteln für die Technologie- und Exportoffensive (Technologiemilliarden) in den Jahren 1997: 21 Mio. €, 1998: 48 Mio. € und 1999: 66 Mio. € enthalten.

³Zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft Österreichs war im BVA 2001 für die nächsten Jahre aus dem Offensivprogramm ein Betrag in Höhe von 509 Mio. € vorgesehen. Durch die Rücklagefähigkeit wurden die nicht in Anspruch genommenen Teilbeträge auf die Folgejahre übertragen. Darüberhinaus ist im BVA das sich über die Jahre 2004 bis 2006 erstreckende Forschungs-Offensivprogramm (Gesamtrahmen 600 Mio. €) in Höhe von 180 Mio. € im BVA 2004, 200 Mio. € im BVA 2005 und 220 Mio. € im BVA 2006 enthalten.

⁴Ab 2001 geänderte Zahlenreihe auf Grund Neudefinition der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Quelle: BMF

Übersicht 21 Investitionen in die Infrastruktur

in Mio. €

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004 ⁴	2005 ⁴	2006 ⁴
a) Bundesbudget¹											
Straßen und Brücken	480	305	342	327	395	430	86	4	3	4	4
Gebäude	647	567	589	538	462	220	261	253	233	207	202
Inventar	291	254	262	276	231	200	247	218	284	176	156
Maschinen und Fahrzeuge	305	254	269	262	216	220	231	208	144	149	172
Übrige ²	719	182	182	189	168	150	112	98	83	87	79
Summe Bundesbudget³	2.442	1.562	1.642	1.592	1.471	1.220	936	782	747	623	612
b) Ausgegliederte Gesellschaften											
Hochbau	491	536	588	551	514	489	556	539	464	429	389
Schiene	558	707	918	1.046	1.099	1.050	1.217	1.186	1.200	1.200	1.200
Straßen	796	773	847	860	889	1.047	1.216	1.419	1.591	1.798	1.626
Summe ausgegliederte Gesellschaften	1.845	2.016	2.352	2.457	2.502	2.586	2.989	3.144	3.255	3.427	3.215
Abzügl. Bundesmittel, die in b) enthalten sind ⁵	-954	-748	-798	-732	-625	-418	-215	-152	-132	-116	-116
Gesamtsumme	3.333	2.830	3.197	3.317	3.348	3.388	3.711	3.774	3.870	3.934	3.711

¹Einschließlich Instandhaltungsausgaben.²Sonderanlagen, sonstige Grundstückseinrichtungen, Wasser- und Kanalisationsbauten, Grund und Boden, geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (einschließlich geringwertige Ersatzteile) sowie der gemäß § 1 (2) des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) bis zum Jahr 2002 den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauaufsichts-, Bauoberleitungs-, Bauführungs- und Verwaltungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeträge.³Die Verminderung des Investitionsvolumens ist vor allem auf die Ausgliederungen der Bundesbetriebe (u. a. Post- und Telegraphenverwaltung ab 1. Mai 1996), auf die Auswirkungen des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997 und auf die Folgen des Bundesimmobiliengesetzes (BGBl. I Nr. 141/2000) sowie des Bundesstraßen-Übertragungsgesetzes (BGBl. I Nr. 50/2002) zurückzuführen.⁴Daten Bund: 2004 vorl. Erfolg, 2005 BVA, 2006 BVA-E. Daten ausgegliederte Gesellschaften: 2004 Erwartung, 2005 und 2006 Planwerte.⁵Mittel des Bundes (Bundeshochbau, Bundesstraßenverwaltung), die auch in den Investitionen der ausgegliederten Gesellschaften enthalten sind.

Quelle: BMF

Übersicht 22 Ausgaben des Bundes für Bildung

in Mio. €

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Schulen											
Allgemein bildende Schulen	3.226	3.266	3.401	3.564	3.671	3.704	3.694	3.727	3.736	3.698	3.698
Berufsbildende Schulen	966	981	1.027	1.086	1.100	1.114	1.138	1.175	1.186	1.213	1.246
Anstalten der Lehrer und Erzieherbildung	162	166	169	174	177	180	184	183	184	190	193
Universitäten und universitäre Einrichtungen ¹	1.313	1.184	1.223	1.278	1.556	1.656	1.738	1.699	2.084	2.026	2.017
Universitäten der Künste	130	123	125	136	139	143	153	150	--	--	--
Ämter der Universitäten	--	--	--	--	--	--	--	--	672	647	599
Hochschulische Einrichtungen	201	205	199	196	189	179	207	213	219	194	194
Fachhochschulen	16	29	44	52	65	78	92	109	119	152	167
Sonstige	847	836	974	1.017	881	1.066	1.093	1.120	931	949	978
Summe	6.861	6.791	7.163	7.502	7.778	8.120	8.299	8.376	9.130	9.070	9.093

¹Ab 2004: inkl. Globalbetrag gem. § 141 UG 2002 an die Universitäten.

Quelle: BMF

Übersicht 23 Haftungsübernahmen des Bundes

in Mio. €

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004 ⁵
Ausfuhrförderungen ¹	33.929	35.481	35.961	38.469	40.858	44.526	48.364	50.423	47.603	46.711	48.522
Elektrizitätswirtschaft	1.541	1.253	798	388	283	234	224	220	215	198	133
Agrarinvestitionen	41	34	28	22	17	13	9	6	5	3	3
Verstaatlichte Unternehmungen (ohne E-Wirtschaft)	3.697	3.533	3.421	3.357	2.667	1.885	1.398	1.061	926	736	675
Bausektor im Bereich des Bundes											
Straßenbau											
ASFINAG	5.116	5.288	5.271	5.546	5.141	4.932	4.429	3.542	2.709	3.533	4.380
Sonstige	125	92	65	3	2	2	2	1	1	1	1
Wohnbaufonds	210	202	194	165	153	100	83	67	51	35	24
Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds	1.152	1.068	983	1.020	1.011	974	1.006	780	786	561	359
Übrige (ASFINAG und SCHIG) ²	1.607	1.745	1.793	2.393	2.512	2.701	306	301	288	768	1.989
Sonstige ³	661	887	1.120	1.039	987	1.177	1.399	4.606	2.060	2.760	3.171
Insgesamt⁴	48.079	49.584	49.634	52.403	53.629	56.541	57.220	61.007	54.644	55.306	59.257

¹Auf Grund des Ausfuhrförderungsgesetzes und des Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetzes.²Bundeshochbauten, Eisenbahn-Hochleistungsstrecken und Schieneninfrastrukturfinanzierung.³Beispielsweise: Haftungen im Rahmen der Austria Wirtschaftsservice GmbH, ÖHT, FFG, Erdölbevorratung und nur 2001 für Österr. Luftfahrtunternehmen.⁴Für Kapitalbeträge am Jahresende. In der Regel wird die Bundeshaftung auch für die Zinsen und Kosten übernommen. Das tatsächliche Haftungsobligo erhöht sich daher um diese nur schwer abschätzbaren jeweiligen Nebenkosten. Neben diesen vom Bundesminister für Finanzen auf Grund gesetzlicher Ermächtigungen übernommenen Haftungen haftet der Bund gemäß § 1 Abs. 2 des Postsparkassengesetzes 1969, BGBl. Nr. 458, für die Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse.⁵Vorläufiger Stand: 31. Dezember 2004.

Quelle: BMF

Übersicht 24 Planstellen für Bundesbedienstete nach Verwaltungszweigen¹

	1996 ^{3,4}	1997 ^{3,4}	1998 ^{3,4}	1999 ^{3,4}	2000 ^{3,4}	2001 ^{3,4}	2002 ^{3,4}	2003 ^{3,4}	2004 ^{3,4}	2005 ^{3,4}	2006
Allgemeine Verwaltung	35.494	34.596	32.954	32.552	29.574	28.154	26.208	25.216	25.495	24.808	24.400
davon:											
Oberste Organe	846	845	850	850	850	842	842	836	834	835	835
Zentralstellen	9.559	9.499	9.463	9.496	9.556	9.435	8.894	8.552	8.453	8.111	7.965
Besondere Verwaltungszweige											
Sicherheitswesen	34.402	33.861	34.242	34.589	34.138	34.001	32.978	32.241	30.967	31.051	30.140
Gerichtbarkeit und gerichtlicher											
Strafvollzug	11.799	11.832	11.784	11.861	11.629	11.493	11.297	11.098	10.982	10.962	10.592
Unterrichtswesen, Kultur und											
Forschung (ohne Landeslehrer)	56.671	56.093	54.934	51.891	51.487	51.264	48.762	60.774	42.654	42.221	42.059
Heerwesen	28.606	28.006	26.779	25.733	26.271	25.657	24.957	23.967	23.292	22.741	22.056
Auswärtige Angelegenheiten	1.645	1.613	1.644	1.628	1.603	1.582	1.539	1.498	1.457	1.428	1.425
Sonstige Betriebe	3.139	818	536	546	538	517	382	373	304	305	305
<i>Jugendliche Bedienstete²</i>	1.068	837	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Zwischensumme	172.824	167.656	162.873	158.800	155.240	152.668	146.123	155.167	135.151	133.516	130.977
Post- und Telegraphenverwaltung ⁵	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Summe	172.824	167.656	162.873	158.800	155.240	152.668	146.123	155.167	135.151	133.516	130.977

¹Beamte und Vertragsbedienstete.²Jugendliche Vertragsbedienstete, Anlernkräfte und Lehrlinge (Teil IV). Dieser Teil IV wurde zwecks vereinfachter Darstellung und einer verwaltungstechnisch einfacheren Verrechnung ab 1998 in den Teil II.A integriert, wobei aber für Lehrlinge eine gesonderte Kennzeichnung beibehalten wurde.³Ohne Bundesbedienstete, für die dem Bund die Personalausgaben zur Gänze von anderen Rechtsträgern ersetzt werden. Diese Bediensteten sind außerhalb der eigentlichen Planstellenverzeichnisse auszuweisen (Teil V; ab 2001 wird der Teil V als Annex/Teil 1 zum Stellenplan geführt; ihre Gesamtzahl für 1996 beträgt 50.066, für 1997 48.705, für 1998 47.189, für 1999 45.433, für 2000 44.303, für 2001 41.860, für 2002 39.303, für 2003 35.039, für 2004 42.255, für 2005 38.889 und für 2006 38.447).⁴Ohne Bundesbedienstete, die aus zwingenden, erst während des Finanzjahres eintretenden Anlässen aufgenommen oder in unterschiedlichem, vorher nicht bestimmbar Ausmaß beschäftigt werden, oder für die eine Gesamtjahresarbeitsleistung in Stunden festgelegt ist. Diese Bediensteten sind in besonderen Verzeichnissen getrennt von den eigentlichen Planstellenverzeichnissen auszuweisen (Teile VI und VII [ab 2003 wird der Teil VII aufgelöst; die Vertragslehrer IL werden in den Teil II.A überstellt und die Vertragslehrer ILL werden im Allgemeinen Teil des Stellenplanes dargestellt]; ihre Gesamtzahl für 1996 beträgt 1.342 (Teil VI) bzw. 9.834 (Teil VII), für 1997 1.338 (Teil VI) bzw. 9.751 (Teil VII), für 1998 1.338 (Teil VI) bzw. 11.620 (Teil VII), für 1999 1.293 (Teil VI) bzw. 11.617 (Teil VII), für 2000 1.585 (Teil VI) bzw. 11.617 (Teil VII), für 2001 1.515 (Teil VI) bzw. 11.617 (Teil VII), für 2002 1.514 (Teil VI) bzw. 12.975 (Teil VII), für 2003 1.499 (Teil VI), für 2004 91 (Teil VI), für 2005 91 (Teil VI) und für 2006 90 (Teil VI).⁵Die Post- und Telegraphenverwaltung wurde ab 1. Mai 1996 aus dem Bundesbudget ausgegliedert, 45.186 Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung wurden im Stellenplan 1996 neben anderen ausgegliederten Einrichtungen im Teil V ausgewiesen.

Übersicht 25 Personalstand und Personalausgaben des Bundes für Bundesbedienstete¹

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Personalstand											
Aktive Bedienstete ²	231.488 ⁵	225.031	221.775	218.713	212.413	209.071	203.589	192.252	179.746	173.637	170.658
Pensionisten	79.966 ⁶	84.063	81.877	82.842 ⁷	85.255	86.531	87.814	90.424	91.624	94.439	95.154
Insgesamt	311.454	309.094	303.652	301.555	297.668	295.602	291.403	282.676	271.370	268.076	265.812
Personalausgaben in Mio. €											
Aktivitätsaufwand	7.594	7.502	7.653	7.952	7.935	7.885	7.803	7.830	7.306	7.548	7.555
Pensionsaufwand ³		2.223	2.260	2.328	2.431	2.562	2.648	2.774	2.927	3.134	3.209
Post	263 ⁶	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Bund ⁴	2.215	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Insgesamt	10.072	9.725	9.913	10.279	10.366	10.447	10.452	10.604	10.234	10.682	10.764
Personalausgaben in % des BIP	5,54	5,25	5,15	5,14	4,93	4,85	4,73	4,69	4,37	4,37	4,23

¹Außerdem werden Zahlungen mit bezugsähnlichem Charakter an Personengruppen (u. a. für Oberste Organe, Abgeordnete, Regierungsmitglieder, Staatssekretäre, Vergütungen für Lehrer an konfessionellen Privatschulen, Probelehrer, Verwaltungspraktikanten) geleistet: Erfolg 2003: 288 Mio. €, v. Erfolg 2004: 229 Mio. €, BVA 2005: 209 Mio. € und BVA 2006: 213 Mio. € sowie Zuwendungen an/für ehemalige Mitglieder Oberster Organe, Abgeordnete, Regierungsmitglieder etc. geleistet: Erfolg 2003: 104 Mio. €, v. Erfolg 2004: 108 Mio. €, BVA 2005: 114 Mio. € und BVA 2006: 118 Mio. €.

²Der Veranschlagung zu Grunde gelegte Stände.

³Aufwand für Pflegegeld (ohne Post und ÖBB), das bei den Sachausgaben veranschlagt wird: Erfolg 2003: 42 Mio. €, v. Erfolg 2004: 43 Mio. €, BVA 2005: 48 Mio. € und BVA 2006: 48 Mio. €.

⁴Ab 1995 wird die Kostentragung des Bundes für den Pensionsaufwand der Österreichischen Bundesbahnen bei den Sachausgaben veranschlagt.

⁵Ausgliederung der Post- und Telegraphenverwaltung mit 1. Mai 1996. Exklusive 8.584 Planstellen für Vertragsbedienstete der Post- und Telegraphenverwaltung, für die jedoch budgetär im BVA 1996 bis 30. April 1996 Vorsorge getroffen wurde.

⁶Ab 1. Mai 1996 wurde die Kostentragung des Bundes für den Pensionsaufwand der Post- und Telegraphenverwaltung bei den Sachausgaben veranschlagt.

⁷Durch die Ausgliederung der Österr. Bundestheater mit 1. September 1999 musste die Erfassung des Standes der Pensionisten im zweifachen Ausmaß erfolgen (8 Monate im Kapitel 71 und 4 Monate im Kapitel 55), sodass sich gegenüber den früher bekannt gegebenen Vergleichswerten ein um 2.161 Pensionisten höherer Stand im Jahre 1999 ergibt.

Quelle: BMF

Übersicht 26 Personalstand und Aufwandsersatz des Bundes für Landeslehrer

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Personalstand											
Aktive Bedienstete	74.158	72.327	72.608	73.088	73.804	74.042	71.735	71.047	70.257	68.512 ²	-- ⁴
Pensionisten	26.382	26.668	26.598	27.599	29.081	29.458	30.386	32.891	33.441 ¹	35.291 ¹	--
Insgesamt	100.540	98.995	99.206	100.687	102.885	103.500	102.121	103.938	103.698	103.803	--
Ersätze in Mio. €											
Aktivitätsbezüge	2.440	2.457	2.574 ³	2.711	2.802	2.825	2.810	2.811	2.808	2.743	2.712
Pensionen ⁵	621	616	633	661	697	734	758	850	914	926	975
Insgesamt	3.061	3.073	3.207³	3.372	3.499	3.559	3.568	3.661	3.722	3.668	3.687

¹Der Veranschlagung zu Grunde gelegte Stände.

²Der Veranschlagung zu Grunde gelegte Stände (= vorläufige Stellenpläne der Landeslehrer für das Schuljahr 2004/2005 für die Zeit vom 1.9.04 bis 31.8.05).

³Ab 1997 geänderte Erfassung der Ersätze für Aktivitätsbezüge; vom Mehraufwand ist ein Betrag von rd. 26 Mio. € auf diesen Umstand zurückzuführen.

⁴Da für das Schuljahr 2005/2006 (1.9.05-31.8.06) noch keine Stellenpläne der Landeslehrer vorliegen, kann die Anzahl der Landeslehrer vorerst nicht eingesetzt werden.

⁵In den Ersätzen der Pensionen ist auch das Pflegegeld enthalten; Aufwand für Pflegegeld: Erfolg 2003: 14 Mio. €, v. Erfolg 2004: 14 Mio. €, BVA 2005: 16 Mio. € und BVA 2006: 18 Mio. €.

Quellen: BKA, BMF



www.bmf.gv.at